Donnerstag, 4. August 1983 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 179 - 31.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Israelfreundlich: Die Politik der neuen Bundesregierung ist von israelischen Diplomaten in EG-Ländern als „überzeugend israelfreundlich" bezeichnet worden. Das habe auch die deutsche EG-Präsidentschaft bewiesen, hieß es im Vorfeld der Kanzlerreise nach Israel vom 31. August an.

Dregger fordert Disziplin: Gegen „Rangeleien" in der Koalition hat sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dregger gewandt. Indirekt kritisierte er Kohl und Genscher wegen „unklarer" Aussagen zur Sicherheitspolitik.

Dollar nicht zu drücken: Der Kurs des US-Dollars ist trotz der konzertierten Intervention mehrerer Zentralbanken in Frankfurt fest geblieben: 2,6613 Mark (2,6605). Japans Zentralbankgouverneur Maekawa kündigte neues Eingreifen an, falls nötig. Kreise um US-Finanzminister Regan nehmen Dollar-Höhenflug gelassen auf.

Luftzwischenfall: Nach einer Beinahe-Kollision und anschließender Verfolgung libyscher Düsenjäger durch US-Flugzeuge zunehmende Spannungen. USA kritisieren Libyens Luftwaffenangriffe in Tschad.

Kampf gegen Hunger: Präsident Reagan hat einen Ausschuß eingesetzt, der die Ursachen des Hungers in den USA untersuchen soll. Fast 15 Prozent der US-Bürger liegen unter der „Armutsgrenze" von 9862 Dollar für eine Vier-Personen-Familie.

Reagan optimistisch: Der US-Präsident hält eine diplomatische Lösung im Mittelamerika-Konflikt für möglich. Dennoch seien die US-Manöver ab September in Honduras und zur See als „Schutzschild" nötig.

Craxis Programm steht: Die fünf Parteien der Mitte-Links-Koalition unter Führung des Sozialisten Craxi haben sich auf das Regierungsprogramm geeinigt. Schwerpunkt ist die Inflationsbekämpfung.

Aus „DDR" abgeschoben: Zwei weitere Personen aus Jena sind aus der „DDR" abgeschoben worden. Das Ehepaar kam am Grenzübergang Ludwigstadt in Bayern in den freien Teil Deutschlands.

Kein Geld für Kriminelle: Die „DDR" erhält von der neuen Bundesregierung kein Geld mehr für Kriminelle, denen die Ausreise erlaubt wurde.

Mehr Telefonate: Die Zahl der Telefongespräche aus dem Bundesgebiet in die „DDR" hat sich von 1977 bis 1982 von 12,8 auf 23,1 Millionen fast verdoppelt.

Kinder sollen arbeiten: Kinder seien durchaus in der Lage, „durch Arbeit ihren Anteil bei der Stärkung der DDR zu leisten", erklärte die Chefin der „Jungen Pioniere", Helga Labs.

Heute: Hessischer Landtag berät über Selbstauflösung. – SPD-Vorsitzender Brandt zu Gesprächen mit Schwedens Ministerpräsident Palme nach Stockholm.

Brüchiger „Generationenvertrag"

Der Anteil der Rentner an der Bevölkerung wird erheblich zunehmen und damit die Belastung für die Erwerbstätigen. Professor Ulrich Lohmar sieht hierin die Gefahr eines Verteilungskampfes zwischen den Generationen, die nur mit einer Erhöhung der Produktivität durch konsequente Nutzung der Technik *abzuwenden ist.* **Seite 3**

WIRTSCHAFT

Athen: Drachme soll vom Dollar gelöst werden. De-facto-Abwertung (gegenüber DM: 20 Prozent) erwartet.

Industrieprodukte: Nachfrage gegenüber März/April um zwei Prozent gestiegen (Bundeswirtschaftsministerium).

Banken: Helaba-Teilbetriebsergebnis im ersten Halbjahr auf 165,7 Millionen gestiegen (69,3 Millionen Vorjahresniveau). – Bayerische Vereinsbank meldet Teilbetriebsergebnis von 334,9 Millionen, 25,3 Prozent über Vorjahresniveau.

Münchner Rück: Wieder 18 Prozent Dividende angekündigt. Beitragseinnahmen 9,5 Milliarden DM.

Kaffee Hag: Wieder Aufwind; Absatzsteigerungen im ersten Halbjahr (Marktanteil von 6,7 auf 7,3 Prozent gestiegen).

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern mit Ausnahme von Maschinenbau- und Stahlaktien fester. Am Rentenmarkt herrschte im Hinblick auf die für den späten Nachmittag angekündigten Konditionen für die neue Bundesanleihe eine abwartende Haltung vor. WELT-Aktienindex 144,1 (143,5); Dollarmittelkurs 2,6613 (2,6605) Mark; Goldpreis je Feinunze 411,00 (414,25) Dollar.

KULTUR

Giorgio Strehler: Der Regisseur soll zugesagt haben, anstelle Craxis als sozialistischer Abgeordneter ins Europa-Parlament zu gehen.

USA: Die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR soll niedrig gehalten werden, bis die Beziehungen insgesamt besser geworden sind.

ZITAT DES TAGES



» Ich trage Verantwortung und brauche deshalb auch Vertrauen, wenn ich einen bestimmten Weg gehe, ohne ihn vorher jedermann erklären zu können. «

Der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Franz Josef Strauß im „Bayernkurier" zu seinem deutschlandpolitischen Kurs.

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

SPORT

Schach: Die sowjetischen Großmeister Kasparow und Smyslow boykottieren aus Protest gegen die Austragungsorte Pasadena (USA) und Abu Dhabi (Arabische Emirate) das Halbfinale der Weltmeisterschaft.

Segeln: Die deutschen Hochseesegler führen in der Mannschaftswertung des Admiral's Cup vor der Südküste Englands. Nach drei Regatten liegt das deutsche Team mit 496 Punkten vor den USA (439) und Australien (408).

AUS ALLER WELT

Terrorismus-Werbung: Kammergericht Berlin eröffnet Verfahren gegen die Journalisten Härlin und Klöckner.

Flick: Anklage gegen Redakteure von „Stern" und „Spiegel" wegen Veröffentlichung von Flick-Protokollen.

Wetter: Heiter bis wolkig, nur im Osten noch bewölkt und Regen. Temperaturen im Westen bis 23, im Osten um 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Beim „Leo"-Geschäft mit Saudis taktiert Kohl auf Zeitgewinn

Während seines Israel-Besuches will er keine verbindliche Auskunft geben

BERNT CONRAD, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird der israelischen Regierung bei seinem Besuch in Jerusalem vom 31. August bis zum 4. September versichern, daß es in der Frage der von Saudi-Arabien gewünschten Lieferung von Leopard-2-Panzern noch keine entscheidungsreife Lage gebe. Bonn müsse dieses Problem erst mit dem Hauptverbündeten USA abstimmen und werde auf jeden Fall auch die israelischen Interessen berücksichtigen, will Kohl nach zuverlässigen Informationen erklären, wenn die Israelis ihn darauf ansprechen.

Im Bundeskanzleramt glaubt man nicht, daß die deutschen Rüstungsexporte zu den substantiellen Themen dieses ersten Besuches eines deutschen Kanzlers in Jerusalem seit zehn Jahren gehören werden. Mit bohrenden Fragen wird jedoch gerechnet. Kohl wird darauf dem Vernehmen nach keine verbindliche Auskunft geben können. Sollte eine Änderung der bisherigen restriktiven Haltung Bonns aus gesamtstrategischen Gründen erwogen werden, dann nur als abgestimmte Aktion mit den Bündnispartnern, wird Kohl betonen. In diesem Fall werde die Angelegenheit auch vernünftig mit Israel besprochen werden.

Im Vorfeld des Kanzlerbesuches wird von *israelischen Diplomaten* in den EG-Staaten übereinstimmend anerkannt, daß die Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP eine überzeugend israelfreundliche Politik betreibe. Auch die deutsche EG-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 1983 habe dies bewiesen. Als ein Indiz gilt die von Bonn betriebene Freigabe des seit dem 29. Juni 1982 suspendierten Finanzprotokolls mit Israel, das Kredite in Höhe von 90 Millionen Mark vorsieht, sowie die Wiederinkraftsetzung des seit dem Einmarsch Israels in *Libanon* blokkierten europäisch-israelischen Kooperationsabkommens. Dies alles seien gute Vorzeichen für die Reise Kohls, wird von israelischer Seite erklärt.

Dagegen bekunden israelische Beobachter völliges Unverständnis für die in ihren Augen widersprüchlichen Nahost-Vorstellungen des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Chefs Franz Josef Strauß. Auf der einen Seite habe Strauß in den vergangenen Jahren die Europäische Gemeinschaft und vor allem die Regierung Schmidt/Genscher wegen mangelnder Solidarität mit Israel, etwa in der Nahost-Erklärung von Venedig, stets kritisiert. Auf der anderen Seite begünstige Strauß einen der erbittertsten Feinde Israels, nämlich Saudi-Arabien, durch sein Eintreten für einen Verkauf des Leopard-2-Panzers.

Der Export dieses Panzers würde nach israelischer Darstellung das regionale Gleichgewicht im Nahen Osten und in der Golfregion gefährden und die ohnehin geringen Chancen für einen dauerhaften Verhandlungsfrieden mindern. In der israelischen Öffentlichkeit würden deutsche Panzerlieferungen an Saudi-Arabien, wie Diplomaten aus Jerusalem versichern, einen einhelligen Aufschrei der Empörung auslösen. Deshalb hofften die Regierung Begin und die

● **Fortsetzung Seite 6**

Schweizer Notenbank stützt D-Mark

An den internationalen Devisenmärkten hat die Hektik nachgelassen

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Nach der Hektik am Montag und Dienstag hat sich die Nervosität an den internationalen Devisenmärkten gestern unter dem Eindruck der konzertierten Interventionen der Notenbanken der USA, der Bundesrepublik Deutschlands und Japans, denen sich auch die Schweizerische Nationalbank und die Banque de France angeschlossen hatten, etwas gelegt. Der Dollar schwankte in der Bundesrepublik nur noch in einer recht engen Bandbreite von 2,6580 bis 2,6630 DM. Sein amtlicher Mittelkurs wurde an der Frankfurter Börse mit 2,6613 DM nur geringfügig höher *notiert als am Dienstag* (2,6605 DM).

Die Notenbanken brauchten nach Beobachtungen des Devisenhandels gestern nicht mehr mit so großen Beträgen wie am Dienstag in den Markt einzugreifen, um den Höhenflug des Dollar zu bremsen. Die Bundesbank soll nach Schätzungen von Händlern nur noch einen Betrag in der Größenordnung von höchstens 120 bis 150 Millionen Dollar in den Markt gegeben haben, davon rund 66 Millionen an der Börse. Die Dollarverkäufe der Bundesbank am Dienstag wurden auf 350 Millionen geschätzt. Die New Yorker Federal Reserve Bank, die im Auftrage des US-Finanzministeriums an den Devisenmärkten interveniert, soll von Freitag, dem Beginn der Interventionen, bis einschließlich Dienstag rund 200 Millionen Dollar gegen D-Mark und japanische Yen verkauft haben, um den Kursanstieg der eigenen Währung gegenüber dem Yen und der Mark zu stoppen.

Mit erheblichen Beträgen hat auch die Schweizerische Nationalbank in den Devisenmarkt eingegriffen. Um ein Absinken des D-Mark-Kurses gegenüber dem Franken zu verhindern, hat sie D-Mark direkt gegen Franken gekauft. Mit der Stabilisierung des D-Mark-Kurses gegenüber dem Schweizer Franken stabilisierte die Notenbank zugleich den Kurs des Franken gegenüber den anderen Währungen des Europäischen Währungssystems, deren „Leitwährung" die Mark ist. Damit wollten die eidgenössischen Notenbankiers verhindern, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der sehr stark exportabhängigen schweizerischen Industrie auf den wichtigsten europäischen Märkten weiter verschlechtert. Der Frankenkurs ging bei der amtlichen Notierung in Frankfurt gestern von 124,365 auf 124,08 DM zurück.

Obwohl die Interventionen diverser Notenbanken den Markt fürs erste wirksam beeindruckt haben, zweifelt man in Bankkreisen daran, daß der Dollarkurs mit Eingriffen für längere Zeit unter Kontrolle *gehalten werden kann.* Der nach wie vor steigende Zinstrend in den USA spricht nach Meinung vieler Experten dafür, daß der Dollarkurs weiter steigt und daß die Zentralbanken dagegen nachhaltig nichts ausrichten können. Auf die gestrige Beruhigung an den Devisenmärkten haben deutsche Aktien mit steigenden Kursen reagiert. Renten haben sich behauptet.

Republikaner auf hartem Dollar-Kurs

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Mit Gelassenheit beurteilen die Republikaner in Washington die jüngsten Erdbeben an den Devi*senmärkten in Westeuropa und* Japan. Für sie scheint alles nach Plan zu laufen, gemäß der Parole, die US-Finanzminister Donald Regan im Januar 1981 nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration ausgegeben hat: „Nach jahrelanger Schlamperei bringen wir jetzt unser Haus in Ordnung, und zwar ohne Rücksicht auf das Ausland." Zu warnen ist vor der Erwartung, daß die Federal Reserve Bank of New York im Auftrag des Schatzamtes nun fleißig intervenieren werde, um den Höhenflug des Dollars zu stoppen.

Was die Republikaner wirklich denken, sagte Herbert Stein, Wirtschaftsprofessor, Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Beraterstabes im Weißen Haus unter Präsident Nixon und einflußreicher „Vordenker" der jetzigen Administration, auf einer Veranstaltung des American Enterprise Institute (AEI). Danach sind staatliche Eingriffe bei der Gestaltung der Wechselkurse nach wie vor unerwünscht, weil sich die Marktkräfte nicht außer Kraft setzen *ließen* und grundsätzlich gutes Geld schlechtem nachgeworfen werde.

Laut Stein hat die Treasury bei ihrer ersten Intervention seit dem Wirtschaftsgipfel in Williamsburg nur eine freundliche Geste gegenüber dem zornigen Ausland versucht. Er sprach von einem „Schaustück", das man nicht wiederholen sollte, da „sich die Ausländer *sonst daran gewöhnen*". Stein gab auch die Meinung der Administration wieder, als er sogar gelegentliche Eingriffe zur Glättung erratischer Kursschwankungen als wenig hilfreich bezeichnete. In dieser Situation, so Stein, könne man kaum etwas tun, entscheiden müsse allein das Gesetz von Angebot und Nachfrage.

Folgt man dem Professor, der heute das AEI, den „Think Tank" der Republikaner, dominiert, dann gibt es nur zwei Alternativen zur Lösung des Dollarproblems: Einmal kann die amerikanische Notenbank die Geldschleusen weit *öffnen, was das Inflations*karussell in den USA wieder in Bewegung setzen würde. Zum anderen müßten die riesigen Haushaltsdefizite der Vereinigten Staaten reduziert werden mit der Folge, daß die US-Zinsen sinken und sich der Dollar abwertet. Weder das eine noch das andere sei jedoch ein realistischer Weg. Auch Stein ist der Meinung, daß dies ein erstklassiger Nährboden für Handelsprotektionismus wäre.

Stein wischte die Proteste der Europäer mit dem Hinweis vom Tisch, sie hätten „immer etwas zu meckern". Er wurde aber sofort ernst, als er mit großer Offenheit darlegte, daß die Westeuropäer die *hohen US-Zinsen, den starken Dol*lar, die Kapitalabflüsse und die Rekordhandelsdefizite als Preis für die amerikanischen Verteidigungsanstrengungen hinnehmen müßten. Anders ausgedrückt: Würde in Europa mehr für die Verteidigung getan, wäre auch der Dollar nicht so mächtig.

Auch aus der Sicht des AEI sind sowohl das Haushalts- als auch das Handelsdefizit das Ergebnis des „Policy Mix", das heißt: Die Fiskalpolitik der USA ist zu expansiv, die Geldpolitik zu restriktiv. Einig ist man sich darin, daß der Dollar sich gegenüber den wichtigen Währungen wie Mark, Yen und Pfund Sterling niemals, wenn überhaupt, so stark aufgewertet hätte, wenn nicht der künstlich hochkatapultierte Zins, sondern die Entwicklung an den Rohstoffmärkten den Ausschlag gegeben haben würde.

Immerhin versprüht Stein – und damit die Republikaner in Washington – auch einige Funken Hoffnung. Nach seiner Rechnung haben sich bald so viele Dollar im Ausland angesammelt, daß die Portefeuilles adjustiert sind und die Sättigung erreicht ist. „Dann kann der Wert der US-Währung scharf fallen." Wann dieser Zeitpunkt eintritt, wußte der Theoretiker Stein nicht.

Seite 7:
Weitere Beiträge

Zwischenfall vor Küste Nicaraguas

Sowjets: USA verlangten Auskunft über Frachter-Ladung / Manöver-Pläne veröffentlicht

DW. Washington/Managua

Kurz vor Beginn großangelegter amerikanischer Manöver vor den Küsten Zentralamerikas ist es zu einem ersten Zwischenfall mit einem sowjetischen Frachter gekommen, der nach amerikanischer Darstellung Waffen nach Nicaragua transportierte.

Besatzungsmitglieder der „Alexander Uljanow" berichteten in Managua, der Frachter sei 55 Seemeilen vor der Küste von einem US-Zerstörer gestoppt und um Auskunft über Ladung und Reiseziel ersucht worden. Das Schiff habe seine Fahrt fortsetzen können, nachdem es über Funk mitgeteilt habe, daß es auf dem Weg nach *Corintho in Nicaragua sei und daß* die Ladung aus „allgemeiner Handelsware" bestehe.

Das Schiff war von US-Präsident Reagan als Waffentransporter bezeichnet worden. Das Pentagon bestritt, daß es „aufgebracht" oder „angehalten" worden sei, räumte jedoch ein, daß es Funkverkehr zwischen dem Zerstörer und dem Frachter gegeben habe.

Die ersten der 4000 bis 5000 US-Soldaten, die an Landmanövern in Honduras teilnehmen, werden in etwa zwei Wochen eintreffen. In die Manöver werden auch starke Marinekräfte mit insgesamt 20 Schiffen einbezogen.

Nach Angaben des Pentagon wird ein Zentrum der Truppenübungen bei Puerto Castilla an der Nordküste von Honduras liegen. Dort befürchte die honduranische Regierung Übergriffe Nicaraguas. Das zweite Manövergebiet sei der Küstenstreifen entlang des Golfs von Fonseca. Anrainer sind Honduras, Nicaragua und El Salvador. Die USA beschuldigen Nicaragua, unter anderem über den Golf und dessen Küste die linke Guerrilla in El Salvador mit Waffen zu versorgen.

Nach amerikanischen Angaben haben die Manövertruppen strikten Befehl, alles zu vermeiden, was sie in Feindseligkeiten verwickeln könnte. Die USA wollten demonstrieren, daß sie die Fähigkeit besäßen, Schiffsbewegungen in dem Gebiet zu blockieren. Es solle jedoch jeder Anschein einer Provokation Nicaraguas vermieden werden.

In Washington hat Außenminister Shultz führende Kongreßabgeordnete über die jüngste Mission des Mittelamerika-Beauftragten Richard Stone unterrichtet. Er erklärte, die Dinge in Mittelamerika entwickelten sich in eine „sinnvolle, positive Richtung". Stone soll in der kommenden Woche erneut nach Zentralamerika aufbrechen.

DER KOMMENTAR

Notbremse

CLAUS DERTINGER

Die jüngsten Interventionen der wichtigsten Notenbanken haben fürs erste ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Höhenflug des Dollar ist gebremst worden. Die beteiligten Notenbankiers können sich freuen über diesen Erfolg, den ihr konzertiertes Eingreifen in die Devisenmärkte gebracht hat.

Aber derartigen Interventionen wird mit Sicherheit kein Dauererfolg beschieden sein. Das weiß man aus vielen Erfahrungen. Es mag gelingen, der Spekulation für eine gewisse Zeit die Spitze zu brechen. Doch Notenbankeingriffe in den De*visenmarkt sind, sofern mit* ihnen der Trend von Wechselkursen verändert werden soll, nur ein Kurieren an Symptomen.

Der steigende Dollarkurs ist ein Symptom. Wenn man in Amerika reichlich fünf Prozent mehr Zinsen bekommt, als zum Beispiel bei uns, dann muß man sich bei freiem Geld- und Kapitalverkehr nicht wundern, daß internationales Kapital nicht in D-Mark angelegt wird, sondern in Dollar. Und man muß sich auch nicht wundern, wenn Opec-Länder – wie zum Beispiel Saudi-Arabien – fällige D-Mark-Anlagen nicht mehr erneuern, sondern diese Mittel in Dollars umtauschen, die sie angesichts *knapper gewordener Öleinnahmen* auch zur Bezahlung von Importen brauchen. Das alles hat mit Kapitalflucht nichts zu tun, ist also insofern noch nicht beunruhigend.

Die Ursache der vorerst abgebremsten Dollarhausse ist bekanntlich die Furcht, daß das Zusammentreffen von hohen US-Haushaltsdefiziten und wachsender Kreditnachfrage die Zinsen in den USA weiter hochtreibt. Dagegen ist mit Eingriffen von Notenbanken in den Devisenmarkt nichts auszurichten.

Die Tatsache, daß sich jetzt *erstmals die USA* selbst an früher in vergleichbaren Situationen stets abgelehnten Interventionen beteiligen, könnte die Hoffnung aufkommen lassen, daß den Verantwortlichen in den USA der Zusammenhang zwischen Haushaltsdefiziten, Zinsen, Wechselkursen und Arbeitslosigkeit etwas klarer wird. Ob diese Hoffnungen wirklich berechtigt sind, ob eine Umkehr des Denkens in Amerika einsetzt, das bleibt abzuwarten. So beruhigend die Interventionen am Devisenmarkt zeitweilig auch wirken mögen: Sie sind für die Katz, wenn sich in den USA in absehbarer Zeit nichts ändert.

Kein Freikauf von Kriminellen aus der „DDR"

Co. **Bonn**

Seit dem Amtsantritt der CDU-FDP-Bundesregierung erhält die „DDR" im Rahmen des Freikaufs von Häftlingen kein Geld mehr für Kriminelle, die in die Bundesrepublik Deutschland entlassen werden. Dies bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU), mit der offiziellen Feststellung: „Ein Freikauf von Kriminellen erfolgt durch diese Bundesregierung nicht."

Dahinter verbirgt sich, wie zuver*lässig verlautet, eine von der Öffent*lichkeit bisher nicht bemerkte Veränderung gegenüber der Haltung der früheren Bundesregierung. Hatte der damalige innerdeutsche Minister Egon Franke (SPD) widerstrebend, um die gesamte Freikaufaktion nicht zu gefährden, auch für kriminelle Häftlinge gezahlt, so hat die neue Bundesregierung ihre finanziellen Leistungen auf politische Häftlinge beschränkt. Zwar kommen mit Häftlingstransporten weiterhin Kriminelle in die Bundesrepublik Deutschland, aber Ost-Berlin erhält für diese Personen keinen Pfennig. Nach anfänglichem Unwillen haben sich die „DDR"-Behörden damit offenbar abgefunden.

Der Freikauf von Häftlingen und andere humanitäre Fälle werden *seit langem vom innerdeutschen* Ministerium über einen Westberliner Anwalt und den Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel abgewickelt. Nachdem der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß sich ebenfalls für Freilassungen eingesetzt und Bittbriefe aus der „DDR" weitergeleitet hatte, war vom innerdeutschen Ministerium ausdrücklich auf die Zuständigkeit dieses Hauses hingewiesen worden.

Dregger fordert, „Sommertheater" zu beenden

dpa/AP, **Bonn**

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat die Bonner Koalitionsparteien aufgefordert, das „Sommertheater der letzten Wochen" zu beenden und der Öffentlichkeit Geschlossenheit zu zeigen. In einem Interview mit dem „Handelsblatt" spielte Dregger vor allem auf die Unstimmigkeiten im Regierungsbündnis über den Milliardenkredit für die „DDR" und auf die Nachrüstungsdiskussion an. Dregger übte in diesem Zusammenhang Kritik an Bundeswirtschaftsminister Otto *Graf Lambsdorff und indirekt auch* an Bundeskanzler Helmut Kohl, dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher.

Dregger betonte, die „Rangeleien" zwischen Koalitionspolitikern seien für die Bonner Koalition wie auch für die bevorstehenden Wahlen in Hessen „wenig hilfreich". CDU/CSU und FDP müßten gemeinsam dem Eindruck entgegenwirken, die Koalition sei in wichtigen Fragen zerstritten, denn dies sei „ganz und gar nicht der Fall".

Für die Gewährung des Milliardenkredits an die „DDR" müssen nach Auffassung des schleswig-holsteinischen Regierungschefs Uwe Barschel (CDU) Gegenleistungen erwartet werden. Sollte sich herausstellen, daß sie ebenso *wie nach dem „DDR"-Besuch des* damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt ausbleiben, „würden nicht nur auf meinen bayerischen Kollegen Franz Josef Strauß kritische Fragen zukommen, sondern vor allem die Bundesregierung selbst käme in eine nicht einfache Erklärungssituation". Das Kreditgeschäft sei schließlich durch eine Bundesbürgschaft möglich geworden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gar nicht so anspruchsvoll

Von Heinz Pentzlin

Politiker haben schon oft festgestellt, daß „der Mann auf der Straße", die Bevölkerung in ihrer Mehrheit, viel vernünftiger und klarer denkt als sie – es annehmen. Zustimmung zu einer Politik ist keineswegs nur mit der Ausschüttung von Vergünstigungen – wie mit Wahlgeschenken vor Wahlen – zu gewinnen. Die Mehrheit des Volkes weiß sehr wohl, daß der Staat auf die Dauer nicht mehr ausgeben kann, als er einnimmt. Sie begreift, daß nach einer Übersteigerung der Ausgaben der Tag kommt, an dem Kürzungen notwendig sind.

Das hat der Ausgang der letzten Bundestagswahlen bewiesen, in der die Koalition der Unionsparteien mit den Freien Demokraten nicht trotz, sondern gerade wegen der angekündigten Sparmaßnahmen, die vielen Wählern Kürzungen ihrer Finanzen brachten, einen eindrucksvollen Sieg errang. Politiker, die meinen, sie würden Zustimmung und Anhänger verlieren, wenn sie der Bevölkerung Belastungen zumuten, mögen erstaunt sein über das Ergebnis einer jüngsten Meinungsumfrage, die besagt, daß 46 Prozent der Befragten die bisher vorgenommenen Kürzungen im Sozialbereich für „gerade richtig" ansehen und vier Prozent noch weitergehende Kürzungen als erforderlich ansehen. Nur ein Drittel empfindet die Kürzungen als Zumutung (die WELT vom 8. August).

Weitaus die meisten, die mit den Kürzungen einverstanden sind, oder sie in einem noch größeren Ausmaß durchgeführt sehen möchten, sind selber von den Kürzungen betroffen. Sie wissen aber, daß auf die Dauer das immer wieder so gern zitierte „soziale Netz" nur fest bleiben kann und nicht in absehbarer Zeit zum Zerreißen kommt, wenn solide gewirtschaftet wird. Die für die Sozial- und Finanzpolitik Verantwortlichen brauchen keineswegs vor Maßnahmen zurückzuschrecken, die dem Volke nicht gefallen könnten. Dem Volk gefällt, was mit Vernunft in Angriff genommen wird.

Waldeslust

Von Enno v. Loewenstern

Des Menschen Wege führen ihn so manches Mal in den Wald hinein, bis er die Rechtspositionen vor lauter Realitäten nicht mehr sieht.

Einer beispielsweise ließ sich von der heißen Sonne Varnas inspirieren, „in Richtung auf die Ergebnisse des Waldspaziergangs der beiden Unterhändler Kwizinski und Nitze vom Sommer letzten Jahres zu denken". Zu diesen Ergebnissen gehörte, daß Europa nicht mehr zum Schutz vor der sowjetischen Übermacht und ihren SS 20 eigene Raketen haben sollte. Das Echo war entsprechend, es rauschte durch Gipfel und Wipfel und sogar über den Atlantik. Doch das, was Eichendorff im Walde erfuhr: „Und durch mein ganzes Wesen ward's unaussprechlich klar" – das schien lange unerreichbar zu sein.

Noch größer wurde die Wirrnis, als ein anderer Wanderer davon sprach, „daß wir sehr genau zu unterscheiden wissen zwischen Rechtspositionen, die unserem Verfassungsrecht entsprechen und zwingend davon ausgehen, und den politischen Realitäten, die wir ja mit den verschiedenen Verträgen anerkannt haben". Anerkannt? War er es nicht gewesen, der selber vorher nach Karlsruhe gewandert war?

Nun ist der sommerliche Friede wieder eingekehrt. Der Waldeslustige stellt klar, „daß bei einem Notwendigwerden von Nachrüstung im November selbstverständlich in dem Umfange und in der Substanz, also auch in dem Waffenmix, nachgerüstet werden würde, wie das 1979 entschieden worden ist". Und der andere beruhigt: „Unser Gang nach Karlsruhe hat verhindert, daß der Grundlagenvertrag jener Teilungs- und Anerkennungsvertrag geworden ist, als den ihn nicht nur die andere Seite gesehen hat." Warum also das alles? Fragen wir nicht, anerkennen wir dankbar, daß das Dickicht sich gelichtet hat.

Sternstunde des ZDF

Von Detlev Herbers

Sonst sind sie ja sehr kritisch gegenüber allem, was die privaten Medien produzieren. Aber als der „Stern" mit einer angeblichen Sensation von angeblichen Hitler-Tagebüchern herauskam, da war das ZDF zur Stelle. Da wurde nicht erst lange kritisch hinterfragt, wie es die öffentlich-rechtlichen Tugendwächter sonst von sich behaupten. Da mußte man die Sensation von der trüben Quelle übernehmen – gegen gutes Geld.

Es wurde eine der traurigsten Komödien, die im öffentlich-rechtlichen Fernsehen veranstaltet worden sind. Eine Reporterin namens Dickmann, die allen als Fernseh-Mitarbeiterin bekannt war und von der nur die Eingeweihten wußten, daß sie längst beim Bilderblatt unter Vertrag war, veranstaltete ein „Interwiev" über die wundervollen Tagebücher. Gezahlt wurde eine sechsstellige Summe, ausgestrahlt wurde der Film zur besten Sendezeit – man wagt nicht daran zu denken, was der „Stern" eigentlich, wenn alles mit rechten Dingen zugegangen wäre, für diesen Superwerbespot von vierzig Minuten Dauer hätte zahlen müssen.

Die Anstalt dachte sich auch ein schlaues Alibi aus: Das Ganze sei nur als „Dokument" eingeführt worden, weil man in der *Eile (immerhin ist man die größte* Fernsehanstalt Europas) nichts Geeignetes auf die Beine stellen konnte; überdies werde ja alles durch die nachfolgende Diskussion relativiert. Faktisch schaltete gut die Hälfte der Zuschauer nach dem Film ab. Warum auch nicht? Sie hatten ja alles als Tatsachenbericht präsentiert bekommen.

Nun gut, es hat sich mittlerweile herausgestellt, daß das „Dokument" auf einer Fälschung beruhte. Die seinerzeit öffentlich-rechtlich betrogenen Zuschauer wissen das auch. Das ZDF hat es nie für nötig gehalten, sich bei ihnen zu entschuldigen. Noch bemerkenswerter: Es fordert die unter falschen Vorspiegelungen gezahlte Summe nicht zurück. Die Hände, die sich da gewaschen haben, unterliegen freilich auch keiner Kontrolle. Oder wer nimmt schon den Fernsehrat oder den Rechnungshof ernst?



Familienfreundliches Freizeit-Fahrzeug ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Falls Carstens reist

Von Jens Hacker

Während die „DDR" bisher den Wunsch des Bundespräsidenten ignoriert hat, privat einen der kirchlichen Luther-Gedenktage in der „DDR" zu besuchen, ist Carstens zur Teilnahme an dem Staatsakt der „DDR" zum 500. Geburtstag Martin Luthers am 9. November nach Ost-Berlin eingeladen worden. Eine etwaige positive Antwort des Bundespräsidenten tangiert nicht nur das innerdeutsche Verhältnis und den völkerrechtlichen Status Berlins, sondern hätte auch internationale Auswirkungen.

Ein Besuch Carstens' und anderer Staatsoberhäupter westlicher Länder würde in der Tat der Reputation der „DDR" im „kapitalistischen Westen" höchst dienlich sein. Die Führungen der Mehrzahl dieser Länder haben sich bisher nicht dazu durchzuringen vermocht, dem sehnlichen Wunsch des Vorsitzenden des „DDR"-Staatsrates zu entsprechen, ihn zu einem offiziellen Staatsbesuch einzuladen.

In seinem Urteil zum Grundlagenvertrag vom 31. Juli 1973 hat das Bundesverfassungsgericht mit Nachdruck betont: „Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland nicht als *Ausland angesehen werden.*" Als die SED-Führung im Herbst 1980 mit der drastischen Erhöhung der Zwangsumtauschsätze für westliche Besucher auf eine radikale und kompromißlose Abgrenzungspolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland umschaltete, erhob sie auch die Forderung, die ständigen Vertretungen in Botschaften umzuwandeln. Die „DDR" möchte die auf diesem wichtigen Bereich 1972 vereinbarten „Inter-se-Beziehungen" auf die völkerrechtliche Ebene transponieren, was eindeutig dem Text des Grundlagenvertrages widerspricht. Nur von einem „Staatsbesuch", nicht von einem „privaten" Besuch des deutschen Bundespräsidenten kann sich die SED-Führung eine wesentliche Aufwertung der „DDR" in der westlichen Welt versprechen. Darüber hinaus würde ein offizieller Besuch Carstens' in der „DDR" der SED-These Vorschub leisten, es gelte, die innerdeutschen „Sonderbeziehungen" so schnell wie möglich durch volle völkerrechtliche Beziehungen abzulösen.

Ein Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Ost-Berlin erscheint noch problematischer, da es hier auch die Rechtsauffas*sung der drei westlichen* Alliierten zu beachten gilt. Nach Ansicht der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland bezieht sich das am 3. September 1971 unterzeichnete Vier-Mächte-Abkommen auf ganz Berlin, während die Sowjetunion und die „DDR" meinen, es erstrecke sich nur auf die drei Westsektoren der Stadt, da Ost-Berlin in die „DDR" voll integriert sei. Außerdem ist nach Auffassung der UdSSR und der „DDR" Ost-Berlin die „Hauptstadt der DDR". Als das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin geschlossen wurde, haben die drei westlichen Alliierten nachdrücklich den angemaßten Anspruch der „DDR" zurückgewiesen, Ost-Berlin sei die „Hauptstadt der DDR". Zweifellos läßt sich diese von der UdSSR unterstützte These der „DDR" aus dem Abkommen über Berlin nicht ableiten.

Reiste der Bundespräsident am 9. November nach Ost-Berlin, und unterwürfe er sich dem dort praktizierten Besuchsprotokoll, dann entspräche er der von der UdSSR und der „DDR" vertretenen Ansicht, der östliche Teil Berlins unterliege nicht mehr einem Vier-Mächte-Status und sei die „Hauptstadt der DDR". Selbst wenn sich die SED-Führung bereit fände, bei einem Besuch Carstens' auf das übliche Protokoll bei der Begrüßung eines Staatsgastes zu verzichten, und sie dem Bundespräsidenten sogar die Möglichkeit einräumte, die Rechtsposition der Bundesrepublik Deutschland zum Vier-Mächte-Status ganz Berlins in „offizieller" Form darzustellen, würde die westliche Rechtsauffassung zumindest geschwächt.

Um jegliche negative Auswirkungen sowohl rechtlicher als auch politischer Art zu vermeiden, sollte der Bundespräsident bei seiner Absicht bleiben, im Rahmen eines privaten Besuchs an einer Luther-Feierlichkeit in der „DDR" teilzunehmen. Zum Abschluß des Luther-Jahres in der „DDR" findet ein Festgottesdienst am 10. November in Eisleben statt. Wenn die SED-Führung wirklich an einer Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen interessiert ist, sollte sie endlich der Bitte des Bundespräsidenten entsprechen, ihn „privat" zu diesem Höhepunkt der kirchlichen Luther-Feiern einzuladen. Da auch Honecker an dem Festgottesdienst und dem Empfang des kirchlichen Luther-Komitees in Eisleben teilnehmen dürfte, böte sich ihm *dort auch die Gelegenheit, mit* dem Bundespräsidenten zusammenzutreffen.

Die Tatsache, daß Carstens bisher nur zum offiziellen Luther-Festakt am 9. November nach Ost-Berlin eingeladen worden ist, zeigt, worum es der SED-Führung bei dem erwünschten Staatsbesuch des deutschen Bundespräsidenten ausschließlich geht: um die Aufbesserung des internationalen Ansehens der „DDR" und eine Durchsetzung ihrer Berlin-Positionen. Der Bundespräsident weiß, daß es ihm der Vier-Mächte-Status verbietet, sich in Ost-Berlin wie ein ausländisches Staatsoberhaupt behandeln zu lassen. Es sollte dem Auswärtigen Amt nicht schwerfallen, diesen Rechtsstandpunkt den Oberhäuptern jener westeuropäischen Staaten zu verdeutlichen, die ihre Teilnahme am Staatsakt in Ost-Berlin am 9. November von der Entscheidung des Bundespräsidenten abhängig machen.

GAST-KOMMENTAR


Professor Jens Hacker lehrt Staats- und Völkerrecht an der Universität Köln FOTO: KLAUS MEHNER

IM GESPRÄCH Manfred Jung

Helle Stimme

Von Giselher Schmidt

Man kann ihn als das Faktotum von Bayreuth bezeichnen: Denn Manfred Jung tat und tut recht vielerlei im Festspielhaus. Nicht nur, daß Tenor Jung – der zunächst lediglich als Loge für die Solti/Hall-Neuproduktion des „Ringes" eingeplant war – kurz vor der Generalprobe als „Götterdämmerungs"-Siegfried und dann noch ohne Probe als junger „Siegfried"-Siegfried einsprang. Der heute 43jährige Jung kennt noch völlig andere Stationen und sehr verschiedenartige Perspektiven der Festspielbühne. Dort begann er nämlich vor genau zwanzig Jahren als Beleuchter – was er damals hauptberuflich am Theater der Stadt Essen war. Jung – der wie der Siegmund des „Ringes", der gleichaltrige Tenor-Kollege Jerusalem, aus Oberhausen stammt – bemerkt zu seiner Entwicklung mit dem ihm eigenen Kohlenpott-Humor: „Ich wollte über die Hinterbühne ins Theater reinkommen, um auch technisch zu wissen, wie man in der Versenkung verschwindet."

Im selben Jahr, da der gelernte Elektroingenieur als Festspiel-Beleuchter debütierte, nahm er ein Gesangsstudium an der Folkwang-Hochschule in Essen auf. Bereits vor Studienabschluß konnte er 1967 in Bayreuth singen, zwar noch nicht bei den offiziellen Richard-Wagner-Festspielen, aber immerhin doch schon – als Arindal in Wagners Jugendoper „Die Feen" – bei den Jugendfestspielen. 1970 wurde er von Chorleiter Wilhelm Pitz für den Festspielchor auf dem Grünen Hügel gewonnen. Ein Jahr später erhielt er ein Engagement am Musiktheater der Stadt Dortmund. Intendant und Generalmusikdirektor war damals Wilhelm Schüchter, der Jung sehr förderte und sich Zeit für stundenlange Soloproben nahm – und zuletzt noch für Zimmerproben der „Walküre".

Nach Schüchters allzu frühem Tod ging Jung ans Pfalz-Theater in Kaiserslautern. Den „Freischütz"-Max sang er dort – und bald darauf auch an der Deutschen Oper Berlin. Nun eroberte er sich große Wagner-Rollen – den „Götterdämmerungs"-Siegfried in Saarbrükken, den Parsifal in Wuppertal und Basel. Beide Partien sang er auch 1977 erstmals im Bayreuther Festspielhaus. In den Sommern 1979 und 1980 war er der doppelte Siegfried, noch in der „Ring"-Inszenierung von Patrice Chereau. Als Siegfried gastierte er ebenso an der Metropolitan Opera *in* New York. In Karlsruhe wie in Düsseldorf übernahm er alle vier Tenor-Partien des „Ringes" – Loge, Siegmund und die beiden Siegfriede.

In seiner Laufbahn hat sich Jung den *Ruf* großer Zuverlässigkeit erworben – vor allem in Bayreuth, wo er bereits 1977 innerhalb ganz kurzer Zeit für einen erkrankten Kollegen als Parsifal einsprang und wo er auch in diesem Sommer als Einspringer vom Dienst den neuen „Ring" rettete. Jung ist gewiß kein Opern-Beau, kein Götterliebling, kein musikalischer Moses, der ins Gelobte Land der üppigen Stimmenvegetation hineinzuführen vermag. Doch als zuverlässiger Sänger ist er genau auf Schlag, und er singt die Sechzehntel präzise dort, wo sie stehen. Vor allem zählt er zu den ganz wenigen, die robust genug sind, um die beiden strapaziösen Siegfriede – bei nur einem Tag Unterbrechung – stimmlich und physisch durchzuhalten. Eine Traum-Karriere vom Beleuchter zum Sänger kommt nicht durch eine Zufallskehle zustande.


Vom Beleuchter zum Wagnertenor: Jung FOTO: FESTSPIELE BAYREUTH

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Nordwest-Zeitung

Zu Strauß spekuliert, das Oldenburger Blatt:

Weil die Wende gegenüber der DDR so vorzüglich gelungen ist, scheint sich Strauß nach diesem Aufgalopp nun seinem Traumziel zuzuwenden, der Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion. Kein Wunder, daß die ersten Gerüchte über eine Reise des bayerischen Ministerpräsidenten in den Kreml aus Bankenkreisen kommen. Jurij Andropow kann harte D-Mark mindestens ebensogut gebrauchen wie Honecker. Vielleicht darf es diesmal auch etwas mehr sein, als nur eine Milliarde.

Lübecker Nachrichten

Zu Senator Sinns Sinneswandel merkt die Zeitung an:

So edelmütig seine Entscheidung, seinen Posten weiterhin zu bekleiden, auch wirken mag – Sinn ist wohl doch nur eine Figur in einem harten politischen Schachspiel. Sein Rücktrittsschreiben an Dohnanyi ist gezielt an die Hamburger Presse geleitet worden. Offensichtlich eine gegen den Bür*germeister gerichtete Indiskretion,* deren Urheber nur in seiner Partei gesucht werden können.

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert die mögliche Reise von Bundespräsident Carstens nach Ost-Berlin:

Gestern forderte die SPD-Fraktion Bundespräsident Carstens auf, die Einladung Honeckers zur offiziellen Luther-Feier am 9. November nach Ost-Berlin anzunehmen. Wenn Fraktionschef Ulrich sagt, dabei müßten selbstverständlich die Grundpositionen des Status von Berlin gewahrt werden, dann ist das ein verbales Schaugefecht, hinter dem sich das schlechte politische Gewissen verbirgt. Warum hat man wohl vor nicht einmal zwei Jahren, als Helmut Schmidt zum Werbellinsee aufbrach, mit peinlicher Akribie darauf geachtet, daß seine Reiseroute kein Ostberliner Gebiet berührte? Es gibt keine protokollarischen Tricks, die verhindern könnten, daß der Bundespräsident mit seiner offiziellen Anwesenheit in Ost-Berlin den Sowjetsektor als „Hauptstadt der DDR" bestätigte. Spätestens seit gestern wissen auch die Berliner Sozialdemokraten, daß Carstens die Einladung Honeckers nicht annehmen wird, weil er sonst den Viermächte-Status der Stadt unterliefe.



Die Auswirkungen der Devisenbeschränkungen der französischen Regierung kommentiert die Massenzeitung:

Frankreichs sozialistischer Präsident Mitterrand hat seinen Bürgern Auslandsreisen vergällt. Sie kriegen nur noch 600 Mark Devisen pro Mann und Jahr. Aber statt Urlaub im eigenen Land zu machen, bleiben viele Franzosen zu Hause. Auch die Ausländer bleiben weg, sie fürchten, daß Frankreichs Strände überfüllt sind. Fehlanzeige. Sie sind leer. Statt mehr also weniger Devisen in der Kasse. Wann endlich lernen die Sozialisten, daß dem Menschen nichts mehr hilft als die Freiheit, sein Leben so zu gestalten, wie er es will.

Der Friedensadler, seine holde Taube und ein Hermlin

Wie ein Altstalinist ein Gedicht vergaß / Von Peter R. Hofstätter

Für den Verzicht eines Dichters auf einige seiner gelungensten Strophen muß es triftige Gründe geben. Noch dazu, wenn es um den Frieden geht und um einen Dichter, der den Frieden sozusagen gepachtet hat. Woher also die Lücken in Stephan Hermlins „Gesammelten Gedichten" (die als Lizenzausgabe des Hanser Verlages 1982 im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen sind)?

Jedenfalls geht es nicht um die *Entstalinisierung.* Denn die „Ballade von den weitschauenden Augen" aus dem Jahr 1940 ist im Buch enthalten. Sie verleiht dem Diktator das schon aus vorchristlicher Zeit bekannte Gottes-Symbol der wachenden, nie schlafenden Augen: „Hoch ob dem ruhenden Roten Platz ist noch immer entzündet ein Licht / ... Und in dein Gesicht / richtet voll sich der Blick jener Augen, in den Schein deiner Einsamkeit."

Ob Stalin wirklich, wie nach seinem Tod berichtet wurde, tags meistens schlief, kann dahingestellt bleiben, denn die nächtliche Wachsamkeit wird vielen Herrschern nachgesagt, auch Kaiser Franz Joseph, Bismarck und Hitler, weil sich aus dieser Vorstellung für den Gläubigen ein Gefühl der Geborgenheit ergibt. Vielleicht fühlte Hermlin sich damals besonders geborgen, weil die weitschauenden Augen gerade wohlwollend auf dem Vertragspartner Hitler ruhten.

Jedenfalls dürfte er sich die Beibehaltung dieser Ballade genau überlegt haben; dafür spricht ein „Sonett" des 41jährigen von 1956, dem Jahr der Entstalinisierung: „Inmitten der schwierigen Strategie / der Dichtung, wie ich auch die Worte siebe: / Da war kein Wort, das mir nicht Liebe lieh ... / Nie reimte sich Liebe auf Beflissenheit."

Was also mag den Dichter bei der Strategie des Worte-Siebens dazu veranlaßt haben, ausgerechnet den Gedichtzyklus „Der Flug der Taube" (1952) wegzulassen?

Gewiß nicht die Abneigung gegen Polit-Lyrik, denn die erschallt herzhaft in der Einladung zum „Kongress der Völker", das heißt zum kommunistischen Weltfriedenskongreß, der erstmals in Paris (1949), dann (1950) in Warschau und 1952 in Wien stattfand: „Was in Paris gerufen, / was in Warschau aufstand, / will sich vertausendfachen, / steht zu Wien in Brand."

Auf den ersten Blick ist die Lage verwirrend, denn Stalin – nach seinem Geburtsort „der Mann von Gori" genannt – und die Friedensbewegung sind auch die beiden Themen im nunmehr unterdrückten „Flug der Taube":

„Dann schritt vom Gebirge herab / der Rufer, der Lehrer. / Aus den Toren der Klüfte / trat er hervor, der Mann von Gori. / ... Er gab den richtigen Lauf / den Flüssen wüstenwärts. / Halt gebot er den Steppenwinden, / riß das Unfruchtbare auf / mit dem dröhnenden Keil der neuen Kraft. / Es lauschten die Völker, die dämmernden, hinüber / auf das Gurren in seinen Händen, / und redeten untereinander / von dem Adler, / der vor den Habichten mächtig / die Taube schützt."

Der Text, der in die „Gesammelten Gedichte" keinen Eingang fand, hat sprachliches Niveau; inhaltlich ist er allerdings mit der Anspielung auf die Kernkraft nicht weniger aggressiv als die Ankündigung des Brandes „zu Wien".

Wie ist das aber nun wirklich mit dem Adler, der vor den Habichten die Taube schützt? Schon bei Hesiod lernt man in den „Werken und Tagen" (Vs. 202–212) den Habicht kennen, der die Nachtigall in seinen Fängen hält und auf deren Jammerlaute eiskalt erwidert: „Töricht ist, wer es wagt, einem Stärkeren Widerstand zu leisten."

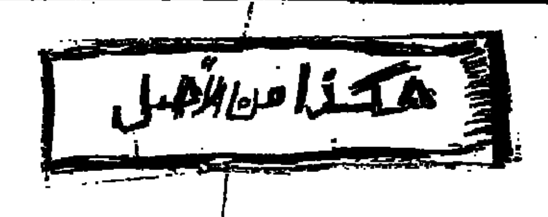
Vielleicht hält es der Habicht mit der Taube ebenso; aber vom Adler, der die Taube dann beschützt, wissen weder die Verhaltensforscher noch die Fabeln zu berichten. Im Gegenteil, da gibt es in den um 1350 entstandenen lehrhaften Tiergeschichten des Dominikaners Ulrich Boner unter dem Titel „Von bösen Vögten" ganz Schreckliches davon zu hören, was die Tauben *aus Angst vor einem* Tagesraubvogel, dem Milan bzw. Weih, taten: „Vom Weih ward Fehde angesagt / den Tauben, die in ihrer Not / nichts vor sich sahen als den Tod." Um ihre Sicherheit bangend machten die Tauben ausgerechnet den Habicht zu ihrem Vogt: „... des argen Weihen wildes Rauben, / viel besser war den ängst'gen Tauben / als ihres neuen Vogtes Haß, / der ohn Erbarmen alle fraß."

Die Moral von der Geschichte lautet: „Wer zwischen Bösen treffen soll / die Wahl, dem will ich raten wohl, / er nehme, soll es werden gut, / den, der geringern Schaden tut."

Der als „Adler" gepriesene Stalin als das geringere von zwei Übeln wäre doch zu blamabel. Aber so sind sie nun einmal, die ängstlichen und dümmlichen Tauben: „Wer einem Schelm sich anvertraut zum Schutz, / wird, so er Hilfe sucht, Verderben finden", lautet die Moral in einer Fabel des römischen Dichters Phaedrus, der unter dem Kaiser Tiberius lebte, in der die Tauben den Weih zu ihrem König wählten: „Sie trauen und überliefern sich dem Weih. / Doch der, nun König, frißt sie nach der Reih' / und übt sein Regiment mit blutigen Krallen."

Nein, solche Assoziationen kann und darf sich ein Text nicht leisten, der im Auftrag des Mannes von Gori für die kommunistischen Friedenskongresse werben soll. Dabei hat es den Autor im Ausklang keineswegs an militärischem Pathos fehlen lassen: „Die Taube hüllt sich in Erz. / Der Schlag für den hellen Flieger / ist überall aufgetan. / Es schreitet der Friede als Krieger."

Unschwer erkennt man Stalins Rezept: Die Friedensbewegung als äußerst preiswerter Ersatz für den Eroberungskrieg; statt der Panzer und Kanonen bedarf es nur der Einschüchterung, und schon ist überall der Schlag für den in Erz gehüllten Flieger aufgetan. Das gilt 1983 ebenso wie 1952, nur dürfen das die Taubenzüchter niemals erfahren.



Das Paradies hat sich in Beton verwandelt

Hawaii ist zum wohlhabendsten, teuersten Bundesstaat der USA geworden – durch den Massentourismus. Hawaii '83, das ist der Handel mit einer Legende.

Von FRITZ WIRTH

Sie haben davon gehört, Sie haben darüber gelesen. Doch nichts ist besser, als es aus nächster Nähe mit eigenen Augen gesehen zu haben." – So waren wir geködert worden. Es war nicht die Einladung zu einem Zirkus; Geschichte war zu besichtigen. „Wenn Sie die Schlachtenszene vom friedlichen Deck unseres Dampfers beobachten, dann stellen Sie sich den Schock vor, den unsere Soldaten erlitten haben müssen, als sie in die Morgendämmerung eines sonntäglichen Himmels schauten und feindliche Flugzeuge auf sich zukommen sahen."

Amerikanische Tragödie zu Discountpreisen. Man hat uns aus dem Hotel zum Hafen geholt. Die Busfahrt zum Schiff ist frei. Auf dem Dampfer stehen der Kapitän und eine Stadtschöne als Statisten für unsere authentischen Urlaubsfotos bereit. Wir sind 150 Touristen auf dem Weg nach Pearl Harbor. „Wir fahren anderthalb Stunden", sagt der Kapitän, „42 Jahre zurück in die Geschichte." Er macht das dreimal am Tag, Hawaiis unbestrittener Großhändler in Geschichte.

Das Datum, das wir rückbesichtigen, ist der 7. Dezember 1941. „Stellen Sie sich vor, an diesem schicksalhaften Morgen plötzlich vom Gedröhn geweckt zu werden ..." Dann stellt er die Geschwindigkeit seines Dampfers und seines Tonbandes synchron, und wir fahren vorwärts zurück in die Vergangenheit.

In 90 Minuten rollt noch einmal der schwärzeste Tag in der Geschichte der amerikanischen Kriegsmarine ab. Wir erleben den Untergang der „Tangier", „Raleigh", „Detroit", „Nevada". Der Bericht ist ohne Zorn und Häme. Am „Arizona Memorial" hält der Kapitän sein Schiff an, fordert zu einer Schweigeminute auf und wirft einen „Lai", einen hawaiianischen Blumenkranz, ins Wasser. Unter dem Memorial liegt das Wrack des Schlachtschiffes „Arizona", versenkt von fünf japanischen Torpedos. Im Wrack dieses Schiffes ruhen die Überreste von 1102 Toten.

Hawaii 1983. „Aloha" sagt eine Reisezofe bei der Ankunft am Flughafen, die uns ungefragt als Kunden ihres Reiseunternehmens erkannt hat. Es ist nach Mitternacht. Noch bevor wir das Gepäck in Händen haben, hängt ein Blumenkranz um unseren Hals, das freundlichste, aber zugleich auch festeste Touristen-Lasso dieser Welt. Mit dem Duft sinkt die Gewißheit in unser Gemüt, die richtige Urlaubsadresse gewählt zu haben. Mit 16 Flugstunden im Gebein und süßer Touristen-Lyrik im Ohr („Hawaii – das letzte Urlaubsparadies auf dieser Welt") fallen wir in den Schlaf.

Der Schock kommt am Morgen. Man schaut aus dem Fenster und sucht Meer, Strand, sucht Waikiki, und der Blick prallt auf tristen grauen Beton. Protestmarsch zur Reisezofe, die plötzlich irgendwie diesseitiger wirkt. Unser Zeigefinger weist triumphierend auf das Prospekt-Versprechen: „Blick aufs Meer." Ihr Zeigefinger weist nicht minder bestimmt auf die entscheidende Vokabel, die die Hawaii-Perspektive schlagartig auf Massentourismus-Maß Anno '83 einengt. „Partiell" heißt das Schlüsselwort.

Wenige Minuten später testen wir, was in Hawaii ein „partieller Blick aufs Meer" ist: Man lehne sich weit über das Gitter des Balkons (möglichst ohne die Balance zu verlieren), schaue nach rechts in eine Häuserschlucht, und – presto – bietet sich in der Ferne das Meer dar, 20 Meter breit, aber mit ungeheurer Tiefenwirkung.

Begegnung mit einer Legende namens Oahu, Hawaii. Ein Urlaubsjuwel wurde in Beton gefaßt. Vor 20 Jahren noch war Waikiki eine Oase im flachen, sichtfreundlichen Kolonialstil. Heute ist es das pazifische Manhattan des Tourismus. Zwischen Ala-Wei-Kanal und Waikiki-Strand reckt sich mit obszöner Wucht ein Wald 30stöckiger Hochhäuser in den Himmel. Aus einst eleganten und verspielten Straßen wurden Schluchten, in denen sich der Lärm und Gestank ungeduldiger Autokarawanen fängt.

Der übereinandergeschichtete Tourist haust in Wohntürmen, *architektonischen Ausrufezeichen* des Massentourismus. Der einheimische Bürger ist aus Waikiki und Umgebung lange geflohen. Der Wohnraum in allen Lagen, die einen „partiellen Blick zum Meer" zulassen, ist in Honolulu unbezahlbar geworden.

Ein Paradies wird vermietet. 4,2 Millionen Touristen kamen im letzten Jahr nach Hawaii, acht Prozent mehr als im Vorjahr. Der Handel mit der süßen, operettenhaften Legende namens Waikiki ist die einzige Wachstumsindustrie des Staates. Die Zuckerindustrie stagniert. 40 Prozent aller konservierten Ananasfrüchte, die in der Welt auf den Tisch kommen, stammen aus Hawaii, doch der Markt ist flau und abgeflacht durch Überproduktionen.

Das große Geld auf Oahu wird nicht im ärmlichen Hinterland der Insel auf den endlosen Ananasfeldern zwischen Halaiwa und Wahiawa, sondern direkt an der Touristenfront in Waikiki zwischen Diamond Head und Aloha-Tower gemacht. Dort lassen sich Zimmer für 100 Dollar die Nacht verkaufen, Austern mit garantierter Zuchtperle zum Preise von 4,95 Dollar an den Mann bringen, die er dann wenig später in durchsichtigen Konservendosen zum halben Preis *im Supermarkt findet*, und dort lassen sich dickbäuchige Fremdlinge zum Preis von sechs Dollar für 15 Minuten in einen „Outrigger", ein Ausleger-Kanu, pressen, um sich dann anschließend nach wilder Paddelei zum Preise von 120 Dollar wieder ihre ausgerenkte Schulter kurieren zu lassen.

Hawaii – das ist der endlose Angriff auf die nackte Haut und die gut gefütterte Brieftasche, und so kommt es, daß schon nach zwei Tagen zwei Dinge diesen anonymen Touristen-Treck zur Schicksalsgemeinschaft vereinen: der gemeinsame Sonnenbrand und die Gewißheit, ausgenommen zu werden.

Den 994 000 heimischen Bürgern bekommt das. Hawaii ist heute der gesündeste, wohlhabendste, wenn auch teuerste Staat unter amerikanischer Flagge. Nur 25 000 arbeitsfähige Bürger (5,6 Prozent) sind auf der Insel ohne Beschäftigung, das ist die bei weitem geringste Arbeitslosenrate in den gesamten Vereinigten Staaten. Zugegeben, das Leben in diesem Beton-Paradies ist teurer als anderswo in Amerika. Die minimalen Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie liegen im übrigen Amerika bei 15 500 Dollar, auf Hawaii betragen sie 21 000 Dollar. Die Bürger auf Hawaii sind jedoch Lebenskünstler und Optimisten genug, die gute Seite des teuren Hawaii zu sehen: Es hält Immigranten aus New York, Boston und Philadelphia ab, mit denen sie nur ungern ihr Paradies teilen möchten.

Es ist eine Insel der eiligen Touristen, *Amerkaner und Kanadier* werden in Jumbo-Ladungen an den Strand von Waikiki geworfen und nach drei Tagen wieder eingesammelt zum Rundtrip auf die anderen Hawaii-Inseln. Die Japaner werfen in noch größerer Zahl Ehe-Frischlinge an Land, denn Hawaii ist seit Jahren das große Exerzierfeld japanischer Flitterwöchler, die kichernd und verlegen am Morgen exotisches amerikanisches Pfannkuchen-Frühstück testen und sich am Abend eher scham- denn hoheitsvoll von amerikanischen Studenten in einem Fahrrad-Rikscha die Kalakaua Avenue in Waikiki hinunterkutschieren lassen.

Der Abschied von der Insel ist in der Regel kühler als die Ankunft. Wenn sich Wehmut einstellt, dann über eine gnadenlos leergefegte Brieftasche, über ein verlorenes Paradies in Beton und über einen „Lai", den Blumenkranz am Hals, der lange welk geworden ist, so wie die Erinnerung an eine einst unschuldige Insel, die sich zu behende und zu unbedingt dem großen Geschäft auslieferte.

„Mit partiellem Ausblick aufs Meer": Hotels auf Hawaii, Strandnähe FOTO: MICHAEL FRIEDEL



Schon heute heißt die zentrale Frage: Reicht die Leistung, um die Last zu tragen? FOTO: SVEN SIMON

Es droht der Kampf der Generationen

Die Zahl der Erwerbstätigen wird in den nächsten Jahrzehnten geringer sein als die jener Menschen außerhalb des Berufslebens. Die sozialen Belastungen werden damit wachsen. Wer wird sie tragen? Oder gibt es einen Ausweg, den Lebensstandard für jung und alt zu sichern?

Von ULRICH LOHMAR

Das Wort geht uns seit langem leicht von den Lippen – „Generationenvertrag". Zwar ist ein solcher Vertrag zwischen den Jungen, den Erwachsenen und den Alten eigentlich nie geschlossen worden, aber wir halten es seit alters her für selbstverständlich, daß die Erwachsenen für die Nachwachsenden aufkommen und dazu noch die Versorgung der Alten aus dem wirtschaftlichen Ertrag abzweigen. Diese Rechnung geht so lange auf, wie die Schultern der erwerbstätigen Erwachsenen diese doppelte Last tragen können.

Seit drei Jahren liegt der Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vor, ein Dokument, das die damalige Bundesregierung veröffentlicht hat. Die Annahmen dieser Studie beruhen auf drei denkbaren Voraussetzungen: Die Geburtenzahl bleibt konstant (Basisjahr 1978), sie sinkt, oder sie steigt im Laufe der nächsten Jahrzehnte. Unter der Voraussetzung einer langfristig im großen und ganzen konstanten Zahl von neugeborenen Deutschen würde sich danach für die Zeitspanne bis zum Jahre 2030 ergeben, daß der Anteil der 20- bis 60jährigen von 53 Prozent auf 49 Prozent sinken, also *relativ geringfügig zurückgehen* würde. Im gleichen Zeitraum wird der Block der über 60jährigen aber von 20 Prozent auf 35 Prozent ansteigen, während der Anteil der unter 20jährigen von 26 Prozent auf 16 Prozent der Bevölkerung zurückgeht.

Nimmt man dieses Bild zunächst einmal so hin, bedeutet es, daß auf hundert 20- bis 60jährige im Jahr 1980 noch 49 Menschen unter 20 Jahren, im Jahre 2030 nur noch 34 aus dieser Altersgruppe entfallen werden. Der Knick erfolgt schon in der *Zeit bis 1990*, wo wir den reduzierten Anteil von 34 Prozent junger Leute bereits erreichen. Der Block der über 60jährigen pro hundert Mitbürger zwischen 20 und 60 Jahren wird von 38 (1980) auf 72 (2030) ansteigen. Je hundert Deutsche in den Lebensjahren zwischen 20 und 60 hätten also – nach dem klassischen Modell des Generationenvertrages – 1980 damit rund 87 junge und alte Mitbürger materiell mitzutragen gehabt, die berufstätigen Erwachsenen nach der Jahrtausendwende hingegen müßten im Jahre 2030 für 106 Junge und Alte gleichzeitig aufkommen.

Wir stehen also vor einem langfristigen „Verteilungskampf" zwischen den drei Generationen um den Ertrag dessen, was die jeweiligen berufstätigen Erwachsenen heute und in den kommenden Jahrzehnten erwirtschaften. Dieser Verteilungskampf wird sich nicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern abspielen, sondern eben zwischen den Generationen. Sieht man sich die ökonomischen Beziehungen der drei Generationen zueinander genauer an, wird das Bild eher noch düsterer, als es die bloße demographische Übersicht vermittelt.

Bei den jungen Leuten werden es die Hauptschüler ohne Abschluß und deren bildungspolitisches Gegenstück, die jungen Anwärter auf ein Hoch- oder Fachschulstudium, sein, die das demographische „Gemälde" zu Lasten der wirklich erwerbstätigen Erwachsenen weiter verzeichnen: Hauptschüler ohne Abschluß – die Kultusminister der westdeutschen Länder rechnen mit einem Viertel bis zu einem Drittel des jeweiligen Hauptschülerjahrgangs – haben auf den Arbeitsmärkten der Zukunft noch weniger eine Chance als heute. Sie werden oft arbeitslos, sobald sie die Hauptschule verlassen, und sie bleiben es.

Abiturienten und ihnen Gleichgestellte hingegen entscheiden sich heute und vermutlich auch in Zukunft in ihrer überwiegenden Mehrheit für ein Studium und dehnen diese Studienzeit zudem oft über Gebühr lange aus. Sie fallen damit als Beitragszahler für die Sozialversicherung für viele Jahre aus – von der Arbeitslosenversicherung oder den Kosten des BAFöG gar nicht zu reden. In Zahlen ausgedrückt: 1983 werden rund 100 000 Hauptschüler den Abschluß dieser Schulausbildung nicht schaffen und etwa 300 000 junge Leute irgendeinen Studienanspruch erwerben. Der *Anteil* beider Gruppen an den schwächer werdenden Geburtsjahrgängen der kommenden Jahrzehnte wird sich proportional vermutlich nicht sehr wesentlich verändern.

Mit anderen Worten: Den Hauptschülern ohne Abschluß mit ihren geringen Berufsqualifikationen nimmt der wesentliche Teil der Gastarbeiter bei uns die weniger anspruchsvollen Tätigkeiten weg. Hunderttausende von Hochschulanwärtern treten fünf bis zehn Jahre später in das Berufsleben ein, als das vor zwanzig Jahren der Fall war. Hier sollen beide Tatbestände zunächst nicht bewertet, sondern nur festgehalten werden. Sie bedeuten, daß der zurückbleibende Teil tatsächlich berufstätiger Erwachsener eine größere Zahl junger Menschen unter zwanzig und über zwanzig unterhalten muß und daß Hunderttausende junger Leute als Zahlende für die Kosten des Sozialstaates ganz oder für viele Jahre ausfallen.

Umstrittene Definition des „Erwerbsalters"

Die Bundesregierung blieb 1980 gleichwohl bei ihrer Definition, als „Erwerbsalter" sei der Lebensabschnitt zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr anzunehmen. Immerhin aber wurde vor drei Jahren bereits klar, daß nur die Hälfte der 15- bis 20jährigen tatsächlich ins Erwerbsleben eintritt und lediglich jeder vierte Mitbürger zwischen dem 60. und 65. Lebensjahr noch *erwerbstätig* ist. Aber *statistische* Berechnungsgewohnheiten schleppen sich offenbar ebenso unausrottbar weiter wie die Annahme von einem immer noch intakten Generationenvertrag, dessen Grundlagen schon heute brüchig geworden sind und der in den nächsten Jahrzehnten in seinen Grundfesten erschüttert werden dürfte.

Denn es ist nur eine halbe Wahrheit, wenn die Bundesregierung in ihrem letzten Bevölkerungsbericht anmerkte, „daß sich die Zahl der für die gesamtwirtschaftliche Produktion zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte definitorisch aus Bevölkerungszahl im Erwerbsalter und der jeweiligen Erwerbsquote, das heißt dem Grad der Erwerbsbeteiligung", ergibt. Vor allem bei den Frauen vermutete die Bundesregierung seinerzeit noch ein erhebliches Reservoir für spätere Arbeitskräfte-Engpässe.

In Wirklichkeit wird die deutsche Politik von Jahr zu Jahr mehr vor einem mehrfachen Druck stehen, den bislang die Generation der tatsächlich erwerbstätigen Erwachsenen alleine aushalten muß:

- *einem hohen Anteil von schwer* vermittelbaren Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß,
- einem sehr hohen Anteil von Studienberechtigten, die davon Gebrauch machen,
- vielen Arbeitenden, die schon vor dem 60. Lebensjahr aus Gesundheitsgründen aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen,
- einer höheren Lebenserwartung eines wachsenden Anteils älterer und alter Menschen.

Das sind die heute erkennbaren Grundmaße der demographischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für das nächste halbe Jahrhundert. Welche der darin enthaltenen Faktoren veränderbar sind und welche nicht, ist also die politische Grundfrage für die Aufrechterhaltung eines sozialen Friedens in unserem Lande. Selbst wenn die Zahl der Geburten von heute an sprunghaft ansteigen und alle anderen Umstände unverändert bleiben würden, könnten sich positive Verschiebungen des Gesamtbildes erst lange nach dem Jahr 2000 entwickeln. Doch diese Hypothese ist ohnehin wenig wahrscheinlich. Was also ist zu tun?

Die erste Alternative, keine überzeugende und doch in Grenzen nicht vermeidbar, ist ein härterer Verteilungskampf zwischen den Jungen, den erwerbstätigen Erwachsenen und den Alten. Extrapoliert man den heutigen Lebensstandard der erwerbstätigen Erwachsenen und der Alten, ergibt sich für das Jahr 2035 – fortschreitend bis dahin entweder ein Absinken der Renten von 45 Prozent des heutigen Bruttoverdienstes (im Durchschnitt) auf nur noch 23 Prozent im Jahre 2035. Oder – das andere Extrem – ein Anstieg des Anteils der Beiträge für die Sozialversicherung von heute 18.5 Prozent auf 35 Prozent bis zum Jahre 2035, also eine Verdoppelung allein dieser Belastung. Das eine werden die Alten von morgen nicht wollen, das andere die Berufstätigen nicht hinnehmen, denn es kämen für sie ja noch die Kosten für die Arbeitslosenversicherung und erst recht die Steuern hinzu.

Die gesellschaftspolitisch stärkste Gruppe unter den drei Generationen wird immer die der erwerbstätigen Erwachsenen sein, und sie werden wahrscheinlich eher den Lebensstandard für die jeweils Alten senken, bevor sie ihren Kindern oder gar sich selbst erhebliche materielle Einschränkungen zumuten. Andererseits aber fällt die alte Generation als Wählerpotential zunehmend ins Gewicht, und darauf werden zumindest die politischen Parteien Rücksicht nehmen müssen. Die Frage nach der Chancengleichheit nicht nur *innerhalb*, sondern erst recht zwischen den drei Generationen, wird in jedem Fall erheblich an politischer Bedeutung gewinnen.

Die Alternative heißt erhöhte Produktivität

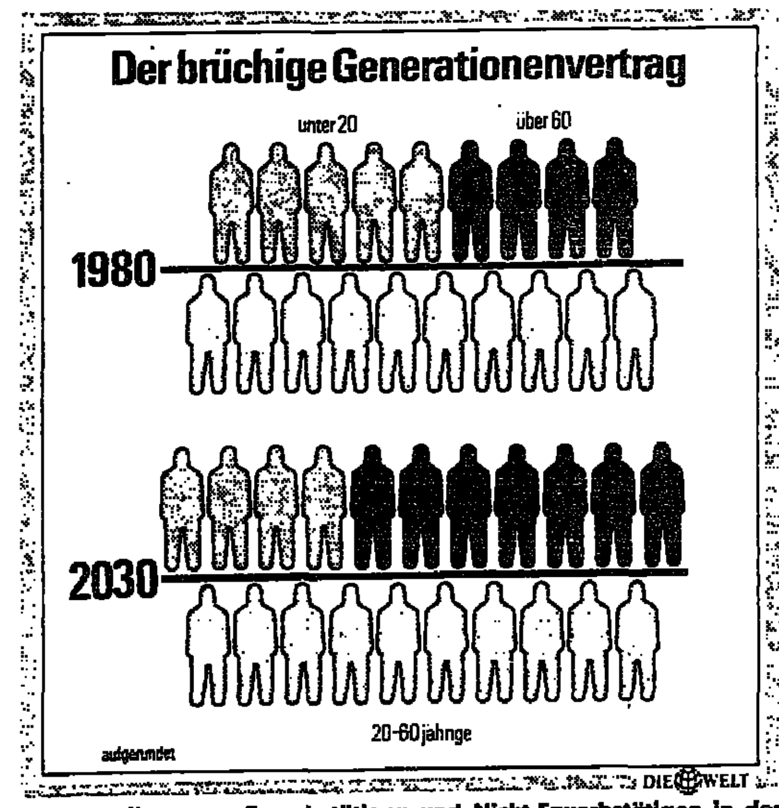
Zu diesem berechenbaren „Kampfplatz" im Rahmen eines in diesem Ausmaß bisher unbekannten Generationenkonfliktes gibt es nur eine einzige Alternative, die den Belastungen für alle drei Generationen hinsichtlich des kommenden Lebensstandards einigermaßen erträgliche Grenzen ziehen würde: eine geradezu atemberaubende Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität der kommenden erwerbstätigen Erwachsenengeneration. Produktivität kann man durch mehr Arbeit von mehr Menschen über eine längere Arbeitszeit während des Lebens steigern. Diesen Weg zu gehen wird sehr schwierig sein, weil wir uns unter dem Eindruck der augenblicklichen Arbeitslosigkeit ja gerade an Modelle einer verkürzten Lebensarbeitszeit herantasten.

Wenn also nicht mehr und länger gearbeitet werden soll, was dann? Es bleibt uns lediglich die Technik als das zweite Vehikel, mit deren Hilfe wir die Produktivität unseres Wirtschaftslebens nachhaltig erhöhen könnten. Die Technik wird sich also, wie schon so oft, nicht als ein Fluch, sondern geradezu als ein unabweisbarer Segen für die Milderung des Generationenkonflikts erweisen, auch wenn wir nur zehn *Jahre weiter in die Zukunft* blikken. Auf das nächste halbe Jahrhundert bezogen, ist die Technik das einzige verbleibende Mittel, um sowohl dem Generationenkonflikt die Spitze abzubrechen als auch die Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten zu vermeiden. Werden wir das rechtzeitig, noch früh genug begreifen?

Die Wettbewerbswirtschaft und die parlamentarische Parteiendemokratie haben, bei allen Unterschiedlichkeiten in ihren Erscheinungsformen, eins gemeinsam: die Kurzfristigkeit ihrer Erfolgshorizonte. Unsere Parteien glauben, daß die Wähler lediglich Antworten auf die Probleme von heute hören wollen und daß sich morgen schon irgendeine Lösung finden wird. Die Wirtschaft und die Gewerkschaften streben rasch realisierbare Gewinne und schnelles Wachstum des Lebensstandards an. Das mag für normale Zeiten akzeptabel sein, aber angesichts der demographischen Verwerfungen in unserem Bevölkerungsgefüge *werden wir mit* dieser Zielperspektive nicht mehr lange auskommen können. Statt unseren bisherigen Maximierungsstrategien nachzuhängen – möglichst viel Gewinn, Sicherheit, Wähler, Kompetenzen –, werden wir einen neuen gemeinsamen Nenner für das Zusammenleben der drei Generationen in der Bundesrepublik Deutschland bestimmen müssen.

„Nach uns die Sintflut" war nie eine überzeugende politische und moralische Maxime. Für das vor *uns liegende halbe Jahrhundert ist* sie es weniger denn je.

Professor Dr. Ulrich Lohmar lehrt Politische Wissenschaften an der Universität Paderborn. Von 1957 bis 1976 gehörte er als SPD-Abgeordneter dem Deutschen Bundestag an.



Die Verteilung von Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen in den nächsten 50 Jahren: Die dargestellte Entwicklung basiert auf der konservativen Schätzung gleichbleibender Geburtenzahlen.

WIE WAR DAS? Als die Synodalen über die Atombewaffnung diskutierten

Von BERNT CONRAD

Ich will nicht sterben! Nieder mit Bischof Dibelius, denn er will den Atomkrieg!" schrie eine blonde Frau im abgetragenen Regenmantel den evangelischen Kirchenmännern im Ostberliner Stöcker-Stift zu. Ein Schwarm gestikulierender Demonstranten strömte hinter ihr in den Versammlungsraum der gesamtdeutschen Synode. Präses von Dietze komplimentierte die vermutlich von kommunistischer Seite inspirierten „Friedenskämpfer" bald wieder hinaus. Aber der Vorfall zeigte, wie emotionsgeladen die Stimmung schon vor 25 Jahren war, als die Kirche zum erstenmal über Atomwaffen diskutierte.

1958 ging es um die geplante nukleare Ausrüstung der Bundeswehr. Die heftigen Debatten des Bundestages spiegelten sich in der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wider, die damals noch die Landeskirchen im Westen und im Osten vereinte. Ebenso wie heute gab es auch in jenen Tagen Theologen, die alle Atomwaffen als „Teufelszeug" verdammten, und Kirchenleute, die notfalls selbst den Einsatz von Nuklearwaffen für denkbar hielten. Ungebrochen jedoch war der Wille, den Oberkirchenrat Säuberlich aus Weimar in die Worte faßte: „Wir sollten uns nicht gegenseitig verketzern."

Äußere Beeinflussungsversuche, wie die Demonstration im Stöcker-Stift und massive Attakken der „DDR"-Presse gegen Bischof Dibelius, den greisen Feuerkopf an der Spitze der EKD, konnten die Synodalen nicht beeinflussen. Aber sie steigerten untergründig die Furcht vor einer Spaltung, die wenige Jahre später bittere Wirklichkeit wurde.

Bei den Diskussionen der Synode jedenfalls, die im Ostsektor begannen und an den letzten beiden Tagen im Westberliner Johannesstift fortgesetzt wurden, nahm niemand ein Blatt vor den Mund. Wortgewaltig verkündete der pazifistische Dekan der Ostberliner Theologischen Fakultät, Professor Vogel: „Den Menschen, den Gott so geliebt hat, wie es das Evangelium sagt, zum Gegenstand von Massenvernichtungsmitteln auch nur in Gedanken zu machen, ist Sünde. Das ist mehr als Verbrechen und Wahnwitz. Darum Hände weg davon!" Ihm sekundierte der frühere hessische Kultusminister Metzger: „Die These, daß man mit Atomwaffen Verteidigung leisten kann, ist falsch", betonte der SPD-Politiker. Kirchenpräsident Niemöller und der später Bundespräsident Heinemann schlugen in die gleiche Kerbe.

Sogar der als „Atombischof" denunzierte Otto Dibelius stellte fest: „Der Krieg mit Atomwaffen ist Massenmord an fremden Völkern und Selbstmord am eigenen Volk."

Die Gegenposition vertrat Landesbischof Bender (Karlsruhe): „Weil wir unsere Frauen und Kinder liebhaben, gebietet uns die Liebe nachzudenken. Dabei kann man nicht an der Tatsache vorüber, daß diese furchtbare Bewaffnung bisher jede Seite abgehalten hat, eine Katastrophe über die Welt zu bringen." Noch einen Schritt weiter ging Professor Künneth (Erlangen): „Selbst diese schrecklichen Mittel könnten in den Dienst der Nächstenliebe treten."

Wie alle Synodalen aus der „DDR" warnte Kirchenpräsident Schröter (Dessau) dringend, aber ohne verletzende Schärfe, vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Bundestagspräsident Gerstenmaier hingegen – damals eine der stärksten Figuren des Protestantismus – rang um eine vorsichtige, Einseitigkeiten vermeidende Bejahung. Die Überwindung der Angst und die Entspannung seien der einzige Weg, um zu einer kontrollierten Abrüstung und damit zur Abschaffung der Atombomben zu kommen, sagte der CDU-Politiker.

Am Ende appellierten die Synodalen – ohne ihre Differenzen in der grundsätzlichen Beurteilung der Nuklearwaffen beilegen zu können – an die Regierungen in Bonn und Ost-Berlin, eine atomare Ausrüstung ihrer Streitkräfte zu vermeiden. Die Entschließung mündete in dem Credo: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung der Gegensätze."

Liberale treten für eine Steuerreform 1987 ein

Zurückhaltung gegenüber Mehrwertsteuer-Erhöhung

HEINZ HECK, Bonn

Am 1. Januar 1987 sollte die nächste Lohn- und Einkommensteuertarifsenkung in Kraft treten. Diese Auffassung hat der FDP-Abgeordnete und Vorsitzende im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, Hans H. Gattermann, im Gespräch mit der WELT vertreten. Er ist sich mit Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) einig, daß diese Tarifsenkung, die auch er auf 12 bis 14 Milliarden Mark Einnahmeausfall veranschlagt, „am liebsten" nur aus der Rückgabe heimlicher Steuererhöhungen (also *inflations- und progressionsbedingten* Steuermehreinnahmen) und dem Abbau von Steuervergünstigungen finanziert werden sollte.

Zu der ebenfalls erwogenen Finanzierung durch Steuerumschichtung, also einer Erhöhung indirekter Steuern, etwa der Mehrwertsteuer, zeigt sich Gattermann „ungewöhnlich zurückhaltend". Dagegen hatte Stoltenberg noch am Wochenende (WELT v. 1. 8. 83) erklärt, die Finanzlage des Bundes, der Länder und Gemeinden sei noch zu kritisch, „um eine Steuerentlastung von 12 bis 14 Milliarden Mark ohne ein Element des Ausgleichs tragen zu können".

Gattermann führt gegen eine Mehrwertsteuererhöhung auch die Erfahrungen mit der am 1. Juli in Kraft getretenen Erhöhung des Steuersatzes von 13 auf 14 (6,5 auf 7) Prozent ins Feld. Es gebe Branchen, die die Erhöhung nicht an den Verbraucher weitergeben könnten. Somit gehe die Maßnahme zu Lasten der Ertragskraft. „Das paßt nicht in die Landschaft", betonte er. Viel grundsätzlicher ist sein Einwand, daß damit der noch verbleibende Spielraum für Erhöhungen des Mehrwertsteuersatzes nicht mehr für eine Strukturreform zur Verfügung stünde.

Gattermann erinnert an das Stichwort Gemeindefinanzreform und die Überlegungen, die den Gemeinden zufließende Gewerbesteuer (wegen ihrer überwiegend ertragsunabhängigen Wirkung) abzubauen und durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Mehrwertsteuer zu ersetzen.

Für den Termin 1987 sprechen nach Meinung Gattermanns mehrere Gründe, wobei er die Bundestagswahl nur „als letztes Argument" gelten läßt. Auf diese Weise könnten die Mehreinnahmen aus den Jahren 1984 bis 1986 noch für die Haushaltskonsolidierung verwandt werden.

So müsse das gesamte Freibetragswesen überprüft werden. Seine Wunschvorstellung ist, daß das entsprechende Gesetzeswerk möglichst Anfang 1986 verabschiedet ist, damit sich Wirtschaft und Steuerverwaltung sorgfältig darauf vorbereiten können. Wie Minister Oscar Schneider (s. Wirtschaftsteil) ist auch Gattermann der Auffassung, daß für 1987 eine Anschlußregelung für den zunächst auf drei Jahre befristeten Schuldzinsenabzug beim selbstgenutzten Wohneigentum gefunden werden müsse.

Bei der Tarifsenkung geht es Gattermann vorrangig darum, das „steilste Stück" in der Progressionskurve der Besteuerung abzuflachen. Nach seiner Auffassung, die noch nicht mit der Fraktion ausdiskutiert ist, müsse deshalb vor allem bei zu versteuernden Jahreseinkommen um 30 000/60 000 Mark (Ledige/Verheiratete) die Progression abgemildert werden. Um einen entsprechend steileren Anstieg in den höheren Einkommensklassen zu vermeiden, plädiert er zugleich dafür, daß der Spitzensatz von 56 Prozent nicht schon bei 130 000/260 000 Mark jährlich einsetzt (das ist die geltende Regelung), sondern zur Abflachung der Progressionskurve weiter hinausgeschoben wird.

Nach Berechnungen des Finanzministeriums steigt die Steuerlast-Quote von 1983 bis 1987 unter bestimmten Annahmen von 23,75 auf 24,29 Prozent (Anteil der Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt). Die Steuerquote könne zwar derzeit nicht gesenkt, sie solle aber auch nicht ausgeweitet werden. Daher ist es Gattermanns Ziel, 1987 zu dem 83er Wert zurückzukehren.

Ausreisewillige demonstrierten in Jena

gko. München/Jena

In Jena ist es am vergangenen Sonnabend zu einer Demonstration auf dem „Platz der Kosmonauten" gekommen. Die Demonstration war von Personen geplant worden, die seit Jahren vergeblich Anträge auf Ausreise aus der „DDR" gestellt haben. Das wurde gestern aus Jena bekannt. Angaben über die Anzahl der beteiligten Personen und den Verlauf der Demonstration gab es bisher nicht.

Von Augenzeugen wurde berichtet, daß Polizei, Bahnpolizei und andere Sicherheitskräfte am Sonnabend alle Zufahrtsstraßen und Bahnlinien nach Jena scharf kontrollierten. Anreisenden Personen, die ebenfalls Ausreiseanträge aus der „DDR" gestellt haben, wurde die Weiterfahrt nach Jena verboten. An der Demonstration auf dem „Platz der Kosmonauten" wollten mehrere hundert Ausreisewillige aus den drei thüringischen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl teilnehmen.

Vermutlich wurde im Zusammenhang mit der Demonstration dem Jenaer Ehepaar Dietrich (36) und Jutta (31) Wagner überraschend die Ausreise nach dem Westen genehmigt. Wie die bayerische Grenzpolizei gestern bekanntgab, ist das Ehepaar am Montag in den Westen gekommen. Es hätte am 6. April einen Ausreiseantrag gestellt und am Sonnabend auch an der Demonstration teilnehmen wollen, sei aber daran gehindert worden.

Journalisten von „Radikal" angeklagt

dpa, Berlin

Das Berliner Kammergericht hat jetzt die Anklage gegen die Journalisten Benny Haerlin und Michael Glöckner wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung (Paragraph 129 a Strafgesetzbuch) zugelassen. Dies teilte Justizsprecher Kähne mit. Die in Untersuchungshaft genommenen Journalisten von der Zeitschrift „Radikal" müssen sich wegen des Abdrucks sogenannter Bekennerbriefe der „Revolutionären Zellen" verantworten.

„Wahlkampf aus der Staatskasse"

CDU, FDP und Grüne kritisieren Propaganda von Börner / Landtag löst sich heute auf

dg. Wiesbaden

„Liebe hessische Bürgerinnen und Bürger!" sprach gestern in großformatigen Anzeigen in der hessischen Regionalpresse ein freundlich lächelnder Herr die Zeitungsleser an. „Morgen, Donnerstag, tritt der Hessische Landtag zu einer Sondersitzung zusammen. Die Abgeordneten werden über die vorzeitige Auflösung des Landtags beschließen."

Die Anzeige mit einem Porträtfoto und der Unterschrift „Holger Börner, Ministerpräsident" wird mit ziemlicher Sicherheit heute selbst zum Gegenstand der Landtagsdebatte werden. Sie gehört zu einer „Informationsanzeigenserie der Landesregierung", *in der* bereits die Schaffung von Ausbildungsplätzen sowie „Grundlinien für ein ökologisch orientiertes Wirtschafts- und Arbeitsplatzprogramm" als Leistungen der Landesregierung herausgestellt wurden. In einer weiteren Anzeige unter der Überschrift: „So schön ist Hessen" verkündete die Landesregierung: „Wir reden nicht von früher. Wir pflegen unsere Geschichte!" Darunter folgte ein Hinweis auf das „Freilichtmuseum Hessenpark" – just jenen Ort, an dem die SPD am kommenden Sonnabend mit Willy Brandt und Holger Börner den Auftakt der Landtagswahl feiern will.

Von der CDU bis zu den Grünen und zur nicht mehr im Parlament vertretenen FDP haben alle Parteien an dieser „unzulässigen Wahlkampfpropaganda" Anstoß genommen, weil hier mit Geldern aus der Staatskasse die Politik der geschäftsführenden Regierungspartei SPD propagiert werde. Regierungschef Börner hat dieser Kritik unter Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Frühjahr, mit dem eine Verfassungsbeschwerde gegen Anzeigen der Regierung Kohl zurückgewiesen worden war, die kalte Schulter gezeigt. Jetzt will die CDU das Thema vor den Landtag bringen.

Nicht weniger kühl reagierte das sozialdemokratische Kabinett auf *eine Empfehlung des Ältestenrates*, in der heutigen Sondersitzung des Landtages auf eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Landtagsauflösung zu verzichten. „Aus grundsätzlichen Erwägungen", so Regierungssprecher Edgar Thielemann gestern, müsse die Regierung an ihrer Absicht festhalten. Aller Voraussicht nach wird Börner die Gelegenheit nutzen, noch einmal die Motive der inzwischen gescheiterten rot-grünen Zusammenarbeit zu erläutern, die Leistungen seiner Regierung hervorzuheben und die Unausweichlichkeit der Landtagsauflösung und der Festsetzung von Neuwahlen zu unterstreichen. Die CDU erwartet eine „Wahlkampfshow" und „absurdes Polittheater" am Ende des „nutzlosesten Jahres der hessischen Landespolitik".

Inzwischen hat Börner seine Strategie fortgesetzt, Hessen entsprechend den vorbereiteten Wahlkampflosungen als Bollwerk gegen eine „schwarze Republik" in Erscheinung treten zu lassen. Dazu gehört die Fülle doppelgleisiger Vorstöße im Bundesrat, mit denen die Landesregierung *entsprechend* den Intentionen ihres Programms „Arbeit und Umwelt" zugleich Arbeitnehmer und potentielle Grün-Wähler ansprechen will: Schwefelabgabegesetz, Benzin-Blei-Gesetz, Vorruhestandsgeld sowie die gestern angekündigten Initiativen zur Anhebung des Arbeitnehmerfreibetrages *auf 1000 Mark und zur* Erhöhung der Kilometerpauschale auf 50 Pfennig. Ebenfalls gestern gab die Regierung bekannt, daß sie nach dem Muster von Hamburg und Bremen in Karlsruhe gegen die Zivildienstnovelle der Regierung Kohl–Genscher klagen will.

Die grüne „Mauserung" der Regierungspartei irritiert vor allem die Grünen. Sie werfen der SPD jetzt „Verlogenheit" vor, weil Sozial- und Umweltministerium trotz aller Bundesratsinitiativen jetzt dem Sofortvollzug für den Bau eines Kohlekessels in Darmstadt zugestimmt haben. Nun fordern sie Antwort, wie die Regierung „auf diese Weise dem Waldsterben begegnen will".

Gespräche über „heißen Herbst" in Stuttgart

PETER PHILIPPS, Bonn

Die baden-württembergische Polizeiführung versucht zur Zeit, in Gesprächen mit den Kirchen, Gewerkschaften und Teilen der Friedensbewegung Wege zu finden, daß die für den „heißen Herbst" geplanten Aktionen und Demonstrationen ohne gewalttätige Zwischenfälle verlaufen. Nach den Worten des Sprechers des Stuttgarter Innenministeriums „sollte es im Bemühen aller Beteiligten liegen, einen ‚heißen Herbst' zu vermeiden".

In den ersten Gesprächen habe man auf beiden Seiten dargestellt, „was *geplant" sei und wie die* „möglichen Reaktionen" aussähen. Dabei sei es auch darum gegangen, die Frage miteinander zu diskutieren, wie man „im Rahmen von Demonstrationen von Friedlichen die Gewalttätigen abgrenzen kann". Feststellbar sei auf beiden Seiten die Bereitschaft, auf die Anliegen des jeweils anderen einzugehen.

Im baden-württembergischen Innenministerium ist man optimistisch, zu gewissen „Regelabsprachen" mit den für die geplanten Demonstrationen Verantwortlichen zu kommen. Denn der Südwesten der Bundesrepublik Deutschland wird mit großer Sicherheit einer der Schwerpunkte für Aktionen gegen die mögliche Nato-Nachrüstung sein.

Nach einem Bericht der „Stuttgarter Zeitung" soll es im Rahmen dieser Kontakte auch Gespräche mit der „Arbeitsgemeinschaft Umweltfragen" gegeben haben, die am 8. September fortgesetzt werden. Ziel auch dieser Gespräche sei es gewesen, „für Demonstrationen zu allen Themen, die den Bürger existentiell betreffen – also nicht nur die Raketenstationierung –, einen möglichst breiten Spielraum innerhalb der Rechtsordnung zu finden und zur Klimaverbesserung beizutragen".

Wie der Sprecher des Innenministeriums gegenüber der WELT betonte, seien alle diese „Gespräche ein Wert an sich", änderten aber natürlich nichts an den Rechtsvorschriften, die eingehalten werden müßten. Die Polizei habe in den zurückliegenden Monaten viele Erfahrungen gesammelt, die sie jetzt verwerten könne.

„Ich kann überhaupt keinen Sinn darin sehen, sich gegenseitig den Schädel einzuschlagen", sagte das Vorstandsmitglied des Bundes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Wolfgang Sternstein, zu den Gesprächen. Im Saarländischen Rundfunk unterstrich er die Absicht seiner Organisation, Gewalt „im Sinne einer menschenverletzenden Gewalt" zu vermeiden. Diesem Ziel dienten auch die Kontakte mit der Polizeiführung. Gewaltfreie Aktionen schlössen aber nach seiner Ansicht die Übertretung „ungerechter Gesetze" oder die Mißachtung polizeilicher Anordnungen nicht aus. Und: „Wir können niemanden daran hindern, daß er die Aktionen, die er für notwendig hält und die auch Gewalt einschließen mögen, durchführt. Wir sind keine Polizei."

In Stuttgart ist gestern ein Teilnehmer an der Blockade der US-Befehlszentrale am 12. Dezember 1983 freigesprochen worden.

Strauß bittet Partei um Vertrauen

Ministerpräsident warnt davor, Möglichkeiten zu zerreden

PETER SCHMALZ, München

In einer bisher ungewohnten Form und Deutlichkeit bittet Franz Josef Strauß seine Partei in der jüngsten Ausgabe des CSU-Organs „Bayernkurier" um Verständnis und Vertrauen für seine neue deutschland- und ostpolitische Haltung. Er verstehe die auch in Teilen der CSU geführte Diskussion und begreife manche Sorge, die sich „da und dort artikuliert", schreibt Strauß in dem Leitartikel, der unter dem Titel „Verantwortung für Deutschland" die erste Seite des Blattes füllt.

Er bitte aber auch um Verständnis, daß es Entscheidungen gibt, die nicht vorab des langen und breiten auf offenem Markt erörtert werden können, weil sonst die Möglichkeit, die damit bei nüchterner Erwartung zu verbinden sind, Gefahr laufen, zerredet zu werden. „Ich trage die Verantwortung", schreibt Strauß, „und brauche deshalb auch Vertrauen, wenn ich einen bestimmten Weg gehe, ohne ihn vorher jedermann erklären zu können."

Mit „Deutlichkeit" weist der CSU-Chef jedoch auf die Übereinstimmung mit der Bundesregierung hin: „Wer mein Verhalten angreift, muß die Deutschlandpolitik der Bundesregierung ablehnen und das auch offen bekunden." Sein Verhalten sei bestimmt durch den Verlauf der Koalitionsverhandlungen, bei denen kein Teilnehmer auf seine präzise Frage hin sich für einen Abbau bestehender Wirtschaftsverbindungen mit der „DDR" oder für eine Unterlassung ihres Ausbaues erklärt hatte. „Im Gegenteil", betont Strauß, der in seinem Artikel „DDR" in Anführungszeichen setzt.

Das Vertrauen der Partei habe er nie als Einbahnstraße gesehen, sondern „stets als Auftrag, mit allen Kräften und nach bestem Wissen und Gewissen meine Pflicht zu tun". Freunde wie Gegner können sich darauf verlassen, „daß diese Haltung mein politisches Handeln bestimmen wird, solange mir Gott die Kraft dazu gibt".

Strauß betonte auch, er nehme jede an ihn gerichtete Frage ernst und bemühe sich, diese zu beantworten. Über die Form dieser Antworten schreibt Strauß jedoch nichts, er gibt auch keinen Hinweis darauf, ob er Fragesteller künftig in einem weniger beleidigenden Ton antworten werde als dies seit seiner Rückkehr aus der „DDR" der Fall ist. So hat Strauß erst in diesen Tagen der Jungen Union seines ehemaligen Bundestags-Wahlkreises Weilheim-Schongau, die ihn schriftlich um „Darlegung der Beweggründe" für den Milliardenkredit gebeten hatte, empört abgekanzelt: „Die Tatsache, daß Sie das von mir vermittelte Kreditgeschäft an meiner Glaubwürdigkeit zweifeln läßt, offenbart einen für mich beschämenden Mangel an Vertrauen." Was gebe den Anlaß, „mir nicht mehr Vertrauen zu schenken als einem maghrebinischen Teppichhändler und levantinischen Gebrauchtwagenverkäufer?" In der Jungen Union wurde diese Antwort „gleichmäßig negativ" aufgenommen und als „leicht unverschämt" empfunden.

Den weitaus größten Teil seines „Bayernkurier"-Artikels verwendet Strauß zur Darstellung seiner Rolle bei der Karlsruher Klage Bayerns gegen den Grundlagenvertrag. Es sei sein „energisches Drängen" gewesen, das das Kabinett Goppel nach anfänglichem Zögern dazu gebracht habe. Bei diesem auf den ersten Blick nicht populären Schritt seien die CSU und Bayern völlig allein geblieben, weder die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch irgendein von der CDU regiertes Bundesland hätten dabei Unterstützung geleistet. „Warum dies so war, warum wir in einer Schicksalsstunde deutscher Politik allein blieben – dies völlig aufzuklären, wird eine Sache der Historiker sein", schreibt Strauß. Als ein Motiv für die Zurückhaltung der CDU vermutet er aber „das angebliche oder echte Weben des damaligen Zeitgeistes", der Brandt und seine Ostpolitik auf dem Gipfel der Popularität gesehen habe, was, so Strauß, „vorsichtiges Ducken und geschmeidiges Anpassen manchem näher sein ließ als die Bereitschaft zu einem mutigen Alleingang". Ohne den Mut und die Fähigkeit der CSU und ihrer Führung wäre die deutsche Politik anders verlaufen. „Es muß und darf gesagt werden", schreibt der CSU-Vorsitzende.

Als Zeichen für die in der CSU noch nicht abgeebbte Irritation über die Aktivitäten von Strauß ist auch der breite Raum zu werten, der der „Bayernkurier" erstmals einer Leser-Diskussion über das Thema „Milliardenkredit" einräumt. Auf Seite 6 sind 16 Briefe abgedruckt: neun mit zustimmendem Tenor und sieben überwiegend kurze mit kritischen Tönen.

Seite 2: Waldeslust

Kirchliche Denkanstöße zu Ramstein

Über 20 „Friedensgruppen" bei Flugtag / Polizei bildet einen Sonderstab

dpa, Ramstein

Bevor Pfarrer Kurt Herzer seinen Segen erteilte, gab er seinen Gemeindegliedern in der protestantischen Kirche von Ramstein noch einen „Denkanstoß" mit auf den Heimweg. In einer von dem Pfarrer am vergangenen Sonntag verlesenen Erklärung wurden alle Gemeindeglieder gebeten, dem Flugtag auf dem NATO-Flughafen in Ramstein am kommenden Sonntag (7. August) fernzubleiben und damit „aus Verbundenheit mit den Opfern" von Flugtagen aus den vergangenen Monaten „ein Zeichen des Friedens zu setzen". Von den Politikern wird in dem Aufruf gleichzeitig verlangt, „diesen militärischen Schauspielen Einhalt zu gebieten".

Den ungewöhnlichen Appell hatten in großer Mehrheit die Pfarrer im Dekanat Homburg/Saar der evangelischen Kirche der Pfalz, zu dem auch Ramstein gehört, beschlossen. Bereits vorher hatte eine Kaiserslauterer Bürgerinitiative gegen den Flugtag – der größten Flugschau in Europa – den Stein ins Rollen gebracht. Auch in der wenige Kilometer entfernten Großstadt Kaiserslautern, die in der Einflugschneise des Flughafens liegt, sprachen sich schließlich SPD- und FDP-Stadtratsfraktionen gegen den Flugtag aus.

Die US-Streitkräfte zeigten sich bisher von den Protesten wenig beeindruckt. Dem diesjährigen Flugtag, zu dem trotz der Proteste rund eine halbe Million Menschen erwartet wird, komme eine besondere Bedeutung zu, heißt es bei der US-Luftwaffe. Der Tag sei „Höhepunkt" der Feierlichkeiten aus Anlaß der ersten Auswanderung von Deutschen nach Nordamerika vor 300 Jahren.

Für die über 20 Friedensgruppen aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, die für den kommenden Sonntag Aktionen in Ramstein geplant haben, handelt es sich dagegen beim Ramsteiner Flugtag um eine „Werbeveranstaltung des Militärs". Ihre Argumente wollen die Initiativen sowie Mitglieder der Grünen am Sonntag den Besuchern unter anderem mit „Mahnwachen" und einer symbolischen Blockade der Rollbahn nahebringen. Umstritten innerhalb der Initiativen ist die Absicht einer saarländischen Gruppe, die angekündigt hat, „mit der Kraft unserer Hände" ein „militärisches Objekt" zu zerstören.

Die Polizei in Kaiserslautern hat inzwischen einen Sonderstab für den Flugtag gebildet. Die Sicherheitsorgane befürchten offenbar, daß Ramstein zum Auftakt für die großen von der Friedensbewegung angekündigten Herbstaktionen gegen die NATO-Nachrüstung werden könnte.

Es muß zur Entflechtung von Bundes- und Länderaufgaben kommen

Von UWE BARSCHEL

Ein zentrales Thema der staatlichen Finanzpolitik ist neben der Konsolidierung der Staatshaushalte seit einigen Jahren die Diskussion zwischen Bund und Ländern über eine Entflechtung der sogenannten Mischfinanzierungen. Nicht nur aus fiskalischen, sondern mehr noch aufgrund zunehmender staatspolitischer, verfassungsrechtlicher Bedenken wird eine Reduzierung der Mischfinanzierungen für notwendig gehalten.

Historischer Ausgangspunkt und Entwicklung

„Bund und Länder tragen gesondert die Ausgaben, die sich aus der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ergeben, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt." So lautet der in Art. 104 a Grundgesetz verankerte Grundsatz über die Lastenverteilung in unserer föderalistisch gegliederten Bundesrepublik Deutschland.

Die verfassungsrechtliche Regelung der Staatsfinanzen hat für die föderalistische Ordnung hervorragende Bedeutung. Für eine schöpferische und kraftvolle Politik ist eine freie und unabhängige Verfügung über ausreichende Finanzmittel unerläßliche Voraussetzung. Bei einer auf mehrere Staatsebenen verteilten Macht kommt es deshalb entscheidend darauf an, die staatlichen Einnahmen so zu verteilen, daß keine staatliche Ebene von der anderen abhängig ist.

Dieser in Art. 104 a GG verankerte Grundsatz wurde indes in vielen Bereichen durchbrochen. So klar und einleuchtend er auf den ersten Blick auch erscheinen mag, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung seit Gründung der Bundesrepublik hatte schon frühzeitig dazu geführt, daß die Verfassungswirklichkeit immer mehr vom Verfassungsrecht abgewichen war.

Diese Entwicklung führte mit einer Änderung des Grundgesetzes zur Finanzreform des Jahres 1969. In Art. 91 a Grundgesetz wurden als Gemeinschaftsaufgaben eingeführt:

- Der Ausbau und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken.
- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".
- Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes".

Eine weitere gemeinschaftliche Finanzierung ist die in Art. 91 b des Grundgesetzes verankerte Bildungsplanung und Forschungsförderung.

Umfangreiche Finanzhilfen des Bundes der unterschiedlichsten Art beruhen auf den Regelungen in Art. 104 a Grundgesetz. Der ebenfalls durch die Finanzreform in das Grundgesetz eingeführte Absatz 3 dieses Artikels besagt: „Bundesgesetze, die Geldleistungen gewähren und von den Ländern ausgeführt werden, können bestimmen, daß die Geldleistungen ganz oder zum Teil vom Bund getragen werden." Zu diesen Gesetzen gehören insbesondere das Wohngeldgesetz, das Wohnungsbauprämiengesetz und das Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Die Finanzhilfen nach Art. 104 a Absatz 4 Grundgesetz kennzeichnen einen besonders wichtigen Bereich, in dem der Bund Aufgaben der Länder mitfinanziert. Danach kann der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder und Gemeinden gewähren, die zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums erforderlich sind. In der Staatspraxis stellen diese Finanzhilfen eine der bedeutendsten Ausnahmen vom Lastenverteilungsgrundsatz dar. Gestützt auf diese Regelung hat die Bundesregierung z. B. im Zeitraum von 1974 bis 1981 insgesamt 16 Ausgabeprogramme mit beschäftigungspolitischer Zielsetzung beschlossen. Ebenfalls gestützt auf Art. 104 a Absatz 4 Grundgesetz werden gemeinschaftliche Finanzierungen für

- Stadtsanierung und Stadtentwicklung,
- Ausbau von Verkehrswegen der Gemeinden und des öffentlichen Personennahverkehrs,
- Krankenhausbau,
- Wohnungsmodernisierung und Energieeinsparung,
- sozialer Wohnungsbau,
- Bau von Erdgasleitungen,
- Kohleheizkraftwerk und Fernwärmeausbauprogramm.

Schließlich gibt es noch einen ganzen Katalog von Aufgaben, die der Bund finanziert, obwohl ihm für diese Aufgaben eine geschriebene Kompetenz im Grundgesetz fehlt.

Zur Berechtigung der gemeinsamen Finanzierungen

Die Finanzhilfen des Bundes haben in der Vergangenheit immer mehr an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklung löste aber auch Kritik aus, die im Kern auf folgende Punkte hinausläuft:

- zu wenig allgemeine Finanzmittel für die Länder,
- zu viele exakt gesteuerte Finanzzuweisungen des Bundes an die Länder mit der Folge einer zunehmenden Kompetenzverschiebung zu Lasten der Länder.

Diese Kritik ist in zahlreichen Einzelfällen sicherlich berechtigt. Niemand wird jedoch ernstlich erwarten, das Ergebnis von Bemühungen zur Entflechtung von Mischfinanzierungen werde darin bestehen, die Aufgabenerfüllung total in die alleinige Kompetenz der Länder zurückzuverlagern. Die moderne Entwicklung hat nun einmal auf zahlreichen Gebieten zu überregionalen Verflechtungen mit der Folge geführt, daß neue Formen für die Erfüllung staatlicher Aufgaben im Bundesstaat entwickelt werden mußten. Aus meiner Sicht stellt vor allem die Einführung von Gemeinschaftsaufgaben gegenüber den vor *1969* bestehenden verfassungsrechtlich zweifelhaften Förderungssystemen einen Fortschritt dar. Das Verfahren muß aber entbürokratisiert werden. Die Länder, und speziell die Landtage müssen größeren Verantwortungsraum bei der Abwicklung der Gemeinschaftsaufgaben erhalten.



Uwe Barschel ist zur Zeit Vorsitzender der Ministerpräsidenten-Konferenz. Der schleswig-holsteinische Regierungschef kann auf eine steile politische Karriere zurückblicken. Der heute 39jährige trat 1960 in die Junge Union ein. Bereits 1969 wurde er stellvertretender CDU-Landesvorsitzender. Als Stoltenberg im September 1982 nach Bonn ging, schlug er Barschel, inzwischen Innenminister, als Nachfolger vor, der dann am 14. Oktober gewählt wurde. Bei der Landtagswahl im März konnte die CDU unter Barschel 49 Prozent der Stimmen holen.

Zur Kritik an den Mischfinanzierungen.

Es ist aber auch nicht zu übersehen, daß durch die Mischfinanzierungen der Einfluß des Bundes auf Investitionen im Aufgabenbereich der Länder auf ein beachtliches Volumen angewachsen ist: Etwa die Hälfte der Investitionsausgaben der Länder wird für gemeinsam finanzierte Maßnahmen verwendet, die der Bundessteuerung unterliegen, bei denen also die Bundesregierung im Rahmen von gemeinsamen Planungsgremien ein entscheidendes Mitspracherecht hat. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen: 1981 beispielsweise hat der Bund knapp 9 Milliarden DM zur Mitfinanzierung von Investitionen der Länder aufgebracht, bei eigenen Sachinvestitionen von etwa 7,3 Milliarden DM. Die investiven Ausgaben der Länder haben 1981 rd. 39,1 Milliarden *DM* betragen, davon entfallen etwa 18 Milliarden DM auf gemeinsame Finanzierungen mit dem Bund.

Angesichts dieser Größenordnung sind die Mischfinanzierungen vor allem bei den Ländern auf schwerwiegende Bedenken gestoßen. In dem großen Einfluß des Bundes wird eine Gefahr für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Haushaltswirtschaft der Länder und des föderalistischen System überhaupt gesehen.

Diese Kritik ist nicht unberechtigt: Für die gemeinsam finanzierten Ausgaben werden entweder Rahmenpläne aufgestellt, durch Bundesgesetze werden die Ausgaben nach Art und Umfang im einzelnen festgelegt oder der Bund schließt mit den Ländern detaillierte Verwaltungsvereinbarungen über die Verwendung der Haushaltsmittel ab. In jedem Fall stellen die Ausgaben für gemeinsam finanzierte Tatbestände gewissermaßen Sonderhaushalte dar, die von den Landesregierungen und Landesparlamenten so gut wie nicht mehr beeinflußt werden können. Da auch die übrigen Ausgaben der Länder durch gesetzliche Festlegungen weitgehend versteinert sind, ist die Budgethoheit der Länder in Frage gestellt. Zugleich hat der Bund seine Gesetzgebungskompetenz auf dem großen Gebiet der konkurrierenden Gesetzgebungshoheit immer mehr wahrgenommen. Zusammen mit dem finanziellen Einfluß des Bundes hat dies zu einer weitgehenden Entmachtung der Landesparlamente und zu einer Verwischung der Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern geführt.

Der Bund begründet die Mitfinanzierung von Landesaufgaben hauptsächlich mit seiner Aufgabe, für einheitliche Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu sorgen. Er hält Einwirkungs- und Koordinierungsmöglichkeiten für unerläßlich, um Schwerpunkte zu bilden, um Förderungskonkurrenzen zu vermeiden, und um eine Verflechtung mit seinen gesamtstaatlichen Aufgaben zu erreichen.

Reformüberlegungen

Die Kritik aus dem Kreis der Länder an den gemeinschaftlichen Finanzierungen hat bereits 1971 eingesetzt. Offen blieb jedoch die Problematik von Finanzierungsersatzmodellen, d. h. es wurde kein Finanzierungsmodus gefunden, bei dem die finanzschwachen Länder ihren finanziellen Besitzstand erhalten hätten.

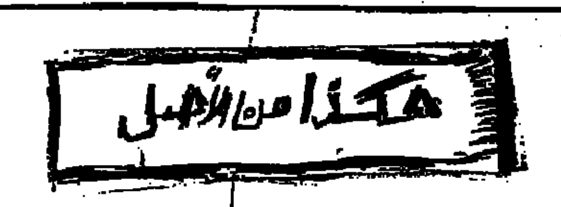
Die weiteren Reformüberlegungen konzentrierten sich auf einen Abbau der Mischfinanzierungen auf bestimmte Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104 a Abs. 4 GG und auf die grundgesetzlich nicht festgelegten Mischfinanzierungen. Umstritten sind heute vor allem die Mischfinanzierungen im Bereich der Krankenhausfinanzierung, des Städtebaus, des Studentenwohnraumbaus, das Energiesparprogramm, Modellvorhaben im Bildungsbereich und das Psychiatriemodellprogramm. Die Ministerpräsidenten der Länder faßten im Juli 1980 einstimmig den Beschluß, im Interesse der föderativen Ordnung, der Stärkung der Eigenständigkeit und der Eigenverantwortlichkeit der Länder, der Gestaltungsmöglichkeiten der Landesparlamente, der Notwendigkeit sachgerechter und rascher Entscheidung sowie flexibler Handlungsfähigkeit eine klarere Trennung von Aufgaben und Ausgabenverantwortlichkeit zwischen Bund und Ländern anzustreben. Sie hielten es deshalb für erforderlich, die Gewährung von Finanzhilfen nach Art. 104 a GG unter strenger Auslegung des Wortlauts dieser Bestimmung auf das unabdingbar Notwendige zu beschränken.

Die Verhandlungen der Ministerpräsidenten mit der damaligen SPD-geführten Bundesregierung haben jedoch keinen Erfolg gehabt. Die Länder verknüpften einen Abbau von Mischfinanzierungen mit einem vollen Ausgleich der entfallenden Bundesmittel. Dazu war die alte Bundesregierung nicht bereit.

Politisch rührte die starre Haltung des Bundes an den Kern der Diskussion. Beabsichtigt war ja nicht, den Bund durch die Übernahme bisheriger Mischfinanzierungstatbestände finanziell zu entlasten, die Haushaltsprobleme des Bundes zu erleichtern. Die Länder, Parlamente und Regierungen wollten gerade aus staatspolitischen Gründen die Freiheit haben, mit einer gleichbleibenden Finanzausstattung die bisher gemeinsam finanzierte Aufgabe stärker oder weniger oder vielleicht gar nicht mehr zu fördern und dafür andere Schwerpunkte zu setzen. Gerade das aber hat die alte Bundesregierung in den vergangenen Jahren abgelehnt und damit die Gespräche mit den Ländern immer wieder ins Stocken gebracht.

Inzwischen hat sich die Ausgangssituation der Länder gegenüber dem Bund durch den Regierungswechsel in Bonn verbessert. Erste Anzeichen deuten darauf hin, daß die jetzige Bundesregierung bereit ist, den Vorstellungen der Länder entgegenzukommen. Die Regierungschefs der Länder haben daraufhin auf ihrer Tagung im Mai dieses Jahres beschlossen, die Verhandlungen mit der Bundesregierung über den Abbau von Mischfinanzierungen wieder aufzunehmen. Sie erwarten von der Bundesregierung die Bereitschaft, bei einem Abbau von Mischfinanzierungen die entfallenden Bundesmittel auszugleichen. Gleichzeitig haben sie ihre Auffassung bekräftigt, daß mit dem Abbau der Mischfinanzierung auch die Gesetzgebungskompetenz wieder auf die Länder übergehen muß. Schließlich haben sie sich darauf geeinigt, daß keine neuen Mischfinanzierungstatbestände mehr begründet werden dürfen.

Die erste Reaktion der Bundesregierung auf diesen Beschluß war aus der Sicht der Länder positiv. Im Gespräch mit dem Bundeskanzler und Bundesministern im Anschluß an die Konferenz der Ministerpräsidenten hat der Bundesfinanzminister angekündigt, die Bundesregierung werde bei den angestrebten Verhandlungen eine für die Länder kostenneutrale Lösung anstreben. Dies läßt hoffen, daß es nun tatsächlich zu ersten Schritten in Richtung einer Entflechtung von Bundes- und Landesaufgaben kommen wird.



Reagan beruft Kommission gegen Hunger

rtr/dpa, **Washington**

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hat eine Kommission eingesetzt, die die Hintergründe für den Hunger in den USA aufzeigen soll. Reagan erklärte, er reagiere damit auf Presseberichte, nach denen der Hunger in den USA weit verbreitet sei. Er sei tief betroffen, daß es ein Problem gebe, das es in einem so großen und reichen Land nicht geben dürfe.

Präsidentenberater Edwin Meese wurde beauftragt, eine Kommission zu bilden, die in 90 Tagen einen Bericht über das Ausmaß und die Ursachen des Hungers erstellt sowie Lösungsvorschläge unterbreitet. In der Erklärung Reagans hieß es, er sei erstaunt über die Hungerberichte, zumal die Regierung in großem Umfang Lebensmittelprogramme finanziere. Er wolle auch wissen, ob es hier Mißmanagement gebe oder ob mehr Geld benötigt werde. Für den Etat 1984 ist eine Reduzierung der Lebensmittelprogramme von 17,4 auf 16 Milliarden Dollar geplant.

Die Zahl der Armen ist in den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr um 2,6 Millionen auf insgesamt 34,4 Millionen gestiegen. Wie die Volkszählungs-Behörde mitteilte, sei der jetzige Anteil von 15 Prozent Armen an der Gesamtbevölkerung der höchste Prozentsatz in den vergangenen 17 Jahren.

Uruguay verbietet Parteienbetätigung

rtr, **Montevideo**

Die Militärregierung des südamerikanischen Staates Uruguay hat ein vorläufiges Verbot für jede Art der öffentlichen Betätigung der drei zugelassenen politischen Parteien verhängt. Die Anordnung wurde verkündet, nachdem Gespräche zwischen Regierung und Parteien über eine Verfassungsreform als Vorbereitung für die für 1985 vorgesehene Rückkehr zur Demokratie des Landes ergebnislos abgebrochen worden waren.

Gleichzeitig untersagte die Regierung jede Verbreitung von Nachrichten oder Kommentaren, die sie nicht ausdrücklich gebilligt habe. Die seit zehn Jahren amtierende Militärregierung behielt sich außerdem das Recht vor, sämtliche Personen, die die öffentliche Ordnung und Ruhe durch „ungebührliches Betragen, Aktionen oder Unterlassungen" störten, von jeder politischen Betätigung auszuschließen.

EG verurteilt Apartheid-Politik

dpa, **Genf**

Die zehn EG-Länder haben sich gegen jede Art der Rassendiskriminierung ausgesprochen und dabei in scharfer Form die Apartheid-Politik Südafrikas verurteilt. „Unsere Politik ist die klare und unzweideutige Zurückweisung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie von Apartheid als ihre schändlichste Form", erklärte im Namen der Zehn der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Karolos Papoulias, auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Genf.

UdSSR verteidigt SS 20 in Asien

dpa, **Moskau**

Die Sowjetunion hat erneut die Stationierung von SS-20-Raketen im Fernen Osten mit dem Hinweis auf die „Aktionen Japans" verteidigt. Angesichts der Stationierung amerikanischer Angriffswaffen in Japan brauche die UdSSR diese Raketen, hieß es gestern in der Parteizeitung „Prawda". Aus einem Helfer der antisowjetischen Strategie der USA sei Japan inzwischen zu einem Komplizen Washingtons geworden. Die Sowjetunion müsse sich mehr und mehr um die Sicherheit ihrer Grenzen im Fernen Osten sorgen.

In einem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt" hat der Moskauer Abteilungsleiter des Instituts für Außenpolitik der Vereinigten Staaten, Henry A. Trofimenko, erklärt, falls die Amerikaner bei den Genfer Verhandlungen die sogenannte Waldspaziergang-Formel zum eventuellen Vorschlag machten, werde man darüber reden. Bislang liege jedoch ein solcher Vorschlag nicht vor. Zugleich nannte Trofimenko, der als außenpolitischer Berater des Kreml gilt, den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau „wichtiger als alle Waldspaziergänge". Leider habe dieser Besuch jedoch zu keinen Fortschritten geführt.

Italien bestreitet Druck aus Moskau

AP, **Rom**

Das italienische Staatspräsidialamt hat einen Bericht des Nachrichtenmagazins „L'Espresso" dementiert, wonach Moskau mit massivem Druck gegen Italiener in der Sowjetunion die Freilassung zweier in Italien unter Spionageverdacht verhafteter Sowjetbürger erreicht habe. Der Darstellung von „L'Espresso" zufolge sollen nach der Festnahme zweier Sowjetbürger zwei italienische Geschäftsleute in Moskau festgenommen worden sein. Sie hätten die UdSSR erst verlassen dürfen, nachdem die beiden in Italien Festgenommenen auf freien Fuß gesetzt worden seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Die Mafiosi verhöhnen den Staat

Was in Italien einst Synonym für Schönheit und Stolz war, steht heute für Verbrechen

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die italienische Demokratie sieht sich nach ihrem Sieg über den roten und schwarzen Terrorismus aufs neue zu einem Existenzkampf herausgefordert. Das organisierte Verbrechertum, das unter dem Markenzeichen „Mafia" und „Camorra" weit über Italien hinaus traurige Berühmtheit erlangt hat, bedroht die Fundamente des Staates.

Nach dem jüngsten Blutbad von Palermo, bei dem der leitende Untersuchungsrichter für Mafia-Verbrechen, Rocco Chinnici, zwei Polizisten und ein Zivilist den Tod fanden, warnte die christdemokratische Bürgermeisterin der sizilianischen Hauptstadt, Elda Pucci: „Wenn sich die Überzeugung weiter ausbreiten sollte, daß der Staat diesen Krieg nicht gewinnen kann, würde das Klima in der Tat unerträglich werden. Die Gefahr besteht, und es wäre nutzlos, das zu verheimlichen. Ich erkenne das aus all dem, was ich zu hören bekomme: Das einzige, was man noch machen könne, sei, aus Sizilien wegzugehen, sagen die Leute."

Allgegenwärtige Kriminalität

Die seit Jahren nicht abreißenden Mordserien in Palermo und Neapel terrorisieren nicht nur die lokale Bevölkerung. Sie diskreditieren auch die scheinbar machtlose Staatsgewalt. Und sie bringen ganz Italien in Verruf. Für immer mehr Menschen in der Welt verbindet sich mit dem Namen des traditionellen Reiselandes der Sonne, des Urlaubs und der Altertümer auch die Vorstellung von allgegenwärtiger Kriminalität. Die Morde machen sogar jenseits des Atlantiks Schlagzeilen. Sie haben den Kardinal von Palermo und selbst den Papst auf den Plan gerufen. Großrazzien der Polizei und Massenverhaftungen erregen zwar gelegentlich Aufsehen, können aber offensichtlich das Übel nicht an der Wurzel treffen. Gerüchte über angebliche politische Verfilzungen kommen nicht zum Schweigen.

Mit dem Wort Mafia wird weithin die Vorstellung von einer übermächtigen Geheimgesellschaft mit verbrecherischen Zielsetzungen, straffer zentraler Leitung, festen Riten und genau vorgeschriebenen Verhaltensweisen ihrer Mitglieder assoziiert. Entspricht das der Wirklichkeit?

Das Wort „mafioso" stand – lange bevor die Welt von Mafia sprach – im palermitanischen Stadtteil Borgo für Schönheit, Kühnheit, Stolz und Außergewöhnlichkeit. „Welch ein Mafioso!" Der italienische Schriftsteller Luigi Barzini hat diesen Ausruf in Sizilien sogar in bezug auf einen „sich bäumenden, schön herausgeputzten Hengst mit gewölbtem Nacken, weit geöffneten Nüstern und feurigen Augen" gehört. Und Luigi Capuana schrieb 1902 in seiner Untersuchung „La Sicilian e il brigantaggio": „Der Mafioso ist einfach ein Musiker und tüchtiger Mann, der sich nicht auf der Nase herumtanzen läßt."

In der vorindustriellen Agrargesellschaft war der Mafioso eine Art Männlichkeitsideal auf dem Dorf. Meist aus sehr bescheidenen Verhältnissen stammend, verstand er es, sich Respekt zu verschaffen – auch mit Gewalt, denn letztlich öffnete ihm nur der Gewaltakt den Weg zur Macht. Dadurch wurde er zum „capo" (Anführer). Die Mitbürger, die die schwache Staatsmacht mißachteten und ihr mißtrauten, wandten sich hilfesuchend an ihn, wenn sie ihr wirkliches oder vermeintliches Recht durchsetzen wollten. Er half und verpflichtete sich dadurch immer mehr Personen. So bildete sich um ihn bald die „cosca" oder „Familie", eine dem Mafioso voll ergebene Gruppe von Personen.

Der Mafioso war, obwohl er immer wieder gegen das kodifizierte Privat- und Strafrecht verstieß, ehrbarer Bürger seines Dorfes. Seine Stellung wurde durch die Volksmoral legitimiert. Er war um so erfolgreicher, je besser es ihm gelang, ein Netz von Beziehungen zu den Trägern der institutionalisierten Macht zu knüpfen, die er dadurch in seine Vereinigung zur Hilfeleistung auf Gegenseitigkeit einband. Die erfolgreichsten Mafiosi waren schließlich weit über ihr Dorf hinaus respektiert. Sie standen untereinander in Beziehungen, unterstützten sich oft gegenseitig, trafen Absprachen, handelten gemeinsam, konnten sich aber auch erbittert bekämpfen.

Mit der Auswanderung wurde die mafiose Mentalität nach Amerika verpflanzt. Dort erfuhr sie durch den Kontakt mit dem organisierten Gangstertum eine ernste Mutation, die über Rückwanderer bis nach Sizilien reflektierte: Vom Land ging der Mafioso in die industrialisierte Großstadt, wo seine „Familie" versuchte, Monopolstellungen auf den Großmärkten zu erringen und Tribute für fiktive Schutzleistungen von Bauunternehmern zu erpressen. Weitere „Qualitätssprünge", die die alte „cosca" immer mehr zur kriminellen Gang werden ließen (allerdings immer noch getragen von der überkommenen mafiosen „Lebensphilosophie"), brachten dann Aktivitäten auf den Gebieten des Schmuggels, der Prostitution und des Rauschgifthandels sowie schließlich das „Recycling" illegal erworbener Gelder über ferngesteuerte Banken und Industrieunternehmen. Auf dem Nährboden mafioser Mentalität und Subkultur entstand dadurch ein ganzes Wirtschaftsimperium.

Mit dem Leben bezahlt

Der vor einem Jahr ermordete Carabinieri-General und Präfekt von Palermo, Dalla Chiesa, versuchte als erster, hier den Hebel anzusetzen. Er ließ in einer Großaktion suspekte Bankkonten und Firmen überprüfen. Untersuchungsrichter Chinnici ist in dieselbe Richtung weitergegangen. Beide haben dafür mit dem Leben bezahlt. Die Mafia als Ausdruck eines überlieferten, ganz spezifischen Begriffs von Moral hat einmal mehr ihre Macht gegenüber der Staatsautorität demonstriert. Mit den beiden Staatsdienern, so klagte Bürgermeisterin Elda Pucci, sei auch „die Hoffnung getroffen" worden – die Hoffnung auf Etablierung einer modernen rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung. Um sie wiederzubeleben, bedarf es vielleicht, wie die christdemokratische Politikerin fordert, Ausnahmegesetze. Vor allem aber bedarf es eines Staates und einer staatlichen Verwaltung, die nicht nur stark sind, sondern ihre Stärke auch glaubhaft zu machen verstehen.

Tschad braucht eine Ordnungsmacht

„Afrika den Afrikanern" nutzt vor allem Khadhafi / Die Rolle Frankreichs und der USA

B. RÜTTEN, **Bonn**

Als im Hotel „La Chadienne", inmitten des zerstörten N'Djamena notdürftig wieder hergerichtet, im Frühjahr 1981 die ersten europäischen Gäste eintrafen, war der Oberkellner gerührt. Sie schienen ihm den heraufkommenden Frieden zu symbolisieren. Damals hatte Goukouni Weddeye Hissène Habre besiegt, und man hoffte, daß Tschad endlich Frieden finden werde. Doch sein Sieg hatte einen Makel: Er war mit libyscher Hilfe errungen. Konnte und wollte Goukouni sich aus der Umarmung Khadhafis lösen? Daß dieser Tschad als Lohn einkassieren wollte, war offensichtlich: Der Expansionist und Ideologe des „Grünen Buches", der mit seiner „Dritten Universaltheorie" die ganze Welt beglücken möchte, hätte nach dem Scheitern aller Fusionsbestrebungen im arabischen Raum nur zu gerne im südlichen Nachbarstaat Fuß gefaßt, um seinen Machtbereich von dort aus auf andere afrikanische Länder auszudehnen.

Von Ägypten über Sudan, Kamerun, Niger, Gabun bis zur Elfenbeinküste und Senegal, halb Afrika fühlt sich nicht ohne Grund durch libysche Subversion bedroht. Angesichts des Unsicherheitsfaktors, den Goukouni Weddeye darstellte, wurde Hissène Habre, dem niemand mehr eine Chance gegeben hätte, von Ägypten und Sudan aus mit amerikanischer Unterstützung aktiviert; er zog ein Jahr später als Sieger in N'Djamena ein.

Er setzte sich im Kreise der afrikanischen Länder als legitimer Repräsentant Tschads gegen den erklärten Widerstand Khadhafis durch. Wie um all denjenigen, die glaubten, *man könne* ihn übergehen oder überstimmen, zu beweisen, daß man ihn nicht unterschätzen dürfe, baute Khadhafi Goukouni wieder auf.

Im menschenleeren, riesigen Norden Tschads ist nichts einfacher als das. Eine Exilregierung ist schnell installiert, und ehe sich Habre zur Gegenwehr organisiert hatte, war Goukounis Offensive schon bis Abéché vorgedrungen, von wo er mit französischer Waffenhilfe ebenso prompt wieder zurückgeschlagen wurde.

Doch der Kampf ist noch lange nicht entschieden. Auf halbem Wege in Faya-Largeau haben sich die Parteien ineinander verkrallt. Die Unterstützung der Franzosen und Amerikaner mit Waffen und Logistik muß angesichts libyscher Luftangriffe eskaliert werden und tritt damit in eine neue Phase ein.

Das entschlossene Handeln der beiden westlichen Afrika-Protagonisten Frankreich und USA dürfte längerfristig einen Sieg Goukounis unmöglich machen. Doch ein solcher schwebt Khadhafi auch gar

DIE ● ANALYSE

nicht vor. Seine Strategie läuft offenbar darauf hinaus, Habre und die Mitgliedsländer der OAE so unter Druck zu setzen, daß sie einer Beteiligung prolibyscher Elemente an der Regierung Tschads zustimmen. Damit hätte er wieder einen Fuß in der Türe.

Die tragische Erscheinung Goukouni Weddeyes hat dabei längst ausgedient. Seine Feindschaft gegenüber Habre ist so unüberbrückbar, daß eine Verständigung ausgeschlossen erscheint. Khadhafi benutzt ihn als provisorische und symbolische Figur. Hinter ihm stehen längst andere bereit, die, von der Vergangenheit unbelastet, den von Libyen gewünschten „Revolutionsprozeß" in Tschad in Gang *setzen wollen.*

Mit Wehmut erinnert man sich, wie einfach und klar der völkerrechtliche Grundsatz von der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" eines Landes ist. Auf dieser blauäugigen Doktrin beruht auch der Grundsatz der sonst wenig ausgeprägten Afrika-Politik Hans-Dietrich Genschers, „Afrika den Afrikanern zu überlassen". Eine solche Haltung läßt Politikern wie Khadhafi freies Spiel.

Verantwortungsvolle afrikanische Politiker lassen keinen Zweifel daran, daß Afrika eine außerafrikanische Ordnungsmacht braucht. Diese Rolle hat Frankreich in der Vergangenheit gespielt. Sie umfaßte Pflichten und Privilegien. Kostspielige Entwicklungs- und Budgethilfe, Stationierung französischer Truppen in Senegal, in Gabun und der Zentralafrikanischen Republik stehen vor allem privilegierte Wirtschaftsbeziehungen mit den frankophonen Staaten Afrikas gegenüber. Würde Frankreich als Schutzmacht in Tschad versagen, so stünde dieses ganze System auf dem Spiel. Die Afrikaner müßten sich nach einem anderen außerafrikanischen Bundesgenossen umsehen, der nach Lage der Dinge nur die USA sein könnten.

Frankreichs Präsident Mitterrand setzt – und das weist ihn als Realisten aus – die Afrika-Politik seines Vorgängers fort, die er seinerzeit als „neokolonialistische Interventionspolitik" kritisiert hatte. Die USA haben dem Expansionsstreben ein klares „Halt" entgegengesetzt.

Französische Militärs sollen, so Mitterrand, unter keinen Umständen in Tschad eingreifen. Libyen seinerseits bestreitet bis heute, daß libysche Kampftruppen involviert sind – was angesichts der Bombardierung von Faya-Largeau kaum überzeugt. *Doch hier gilt: Die Nuancen* zwischen direkter militärischer Intervention und bloßer Waffenhilfe sind fließend, und keiner beherrscht die Kunst, sie auszunutzen, besser als Khadhafi.

Carrillo hat die Mehrheit gegen sich

Der Streit um den Eurokommunismus vertieft die Kluft in der KP Spaniens

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Der Meinungsgraben in der Kommunistischen Partei vertieft sich. Die Konfrontation bei der Tagung des Zentralkomitees zwischen dem Altstalinisten und Ex-Generalsekretär Santiago Carrillo und seinem Nachfolger Gerardo Iglesias fand bereits ihr Echo in den Parteizentralen der Provinz.

Die Richtungen, die sie vertreten, nennen sich eurokommunistisch. In der Debatte über die internationale Zusammenarbeit der Parteien bestätigte sich jedoch, daß beide Seiten diesen Begriff unterschiedlich interpretieren. Carrillo und seine Anhänger, die etwa 30 Prozent der Partei ausmachen, verstehen unter Eurokommunismus die „demokratische" Anpassung der geschlossenen, nach Lenins Prinzip des demokratischen Zentralismus geführten Partei an die nationale und internationale Umwelt. Ein Tarnmanöver – nichts mehr. Die Parteimehrheit mit Iglesias meint aber die innere Demokratisierung der Partei sowie die völlige Unabhängigkeit gegenüber den Schwesterparteien in Ost und West. Ihrem Inhalt nach aber sei die Partei, so Iglesias, „mehr linksmarxistisch" denn je zuvor.

Die Konsequenz dieser beiden Richtungen spiegelt sich in ihrem Verhältnis zum Ostblock wider. So gab die „neue" unter Iglesias „beiden Blöcken" die Schuld an der gegenwärtigen Ost-West-Krise. Carrillos Anhänger dagegen führen sie ausschließlich auf die „Imperialisten des Westens" zurück; Carrillo unterstützt außerdem den sowjetischen Staatschef Andropow in der Abrüstungsfrage.

Das Arbeitsprogramm der KP, das dem Parteikongreß im Dezember vorgelegt werden soll, sieht eine starke Annäherung an die sozialistische Regierungspartei vor. Ziel ist die Koalition mit den Sozialisten, sollten diese sich bis zu den Parlamentswahlen 1986 abgenutzt haben und einen Koalitionspartner brauchen. Die Kommunisten schlugen deshalb sieben Strukturreformen vor; sie enthalten ein Programm der Landenteignung, eine „progressive Kontrolle des Finanzsystems", das in der Verstaatlichung des Bankwesens gipfeln soll, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereiches der öffentlichen Hand auch in allen anderen Wirtschaftszweigen – auch hier mit dem Endziel der Verstaatlichung.

Interessant ist, daß die „neuen" Kommunisten, anders als Carrillo, den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft fordern, aber wie dieser den Austritt aus der NATO; Carrillo verleiht seinem Nein der NATO gegenüber jedoch wesentlich mehr Nachdruck.

Nach ihrer Wahlniederlage vom Oktober vergangenen Jahres verfügt die KP im Parlament nur noch über fünf der 350 Sitze. Ihre starke politische Bedeutung basiert auf der zweitstärksten Gewerkschaft Spaniens, den von der KP gelenkten Comisiones Obreras; sie übt einen erheblichen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik und in den Medien aus. (SAD)

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Streit um den Regelsatz

„Hoppe: Geißler wird Risiko für die Konsolidierung"; WELT vom 1. August

Die WELT hat ein Interview mit dem stellvertretenden FDP-Fraktionsvorsitzenden Hans-Günter Hoppe veröffentlicht, in dem dieser sich dafür ausspricht, die Anhebung der Regelsätze in der Sozialhilfe für die Zeit vom 1. 7. 1984 bis 30. 6. 1985 auf 1,5 Prozent zu begrenzen. Damit würde der Regelsatzanstieg – wie schon 1982 und 1983 – unabhängig von der Steigerung der Lebenshaltungskosten auf einen bundeseinheitlich vorgegebenen Prozentsatz „gedeckelt".

Gerade das (und nicht die von der Bundesregierung auf Vorschlag von Bundesminister Dr. Heiner Geißler vorgesehene Regelung, daß die Regelsätze bis zur Steigerung der Lebenshaltungskosten angehoben werden können) wäre nach Meinung der sachlich und finanziell Zuständigen problematisch. Die Träger der Sozialhilfe, also insbesondere die Kommunen, haben sich eindeutig gegen eine Deckelung ausgesprochen. Sie versprechen sich davon auch kaum finanzielle Entlastung. Denn schon heute sehen sich die Gemeinden häufig gezwungen, Sozialhilfeempfängern kurz vor Monatsende freiwillig zusätzliche Beträge zu gewähren, weil die Sozialhilfeempfänger mit den DM 345,– für den Haushaltsvorstand – für die Familienmitglieder ist es erheblich weniger – nicht auskommen.

Der Betrag zeigt, daß man Sozialhilfeempfänger *nicht* mit anderen Beziehern von Sozialleistungen einfach vergleichen kann. Kommunen mit ihrer schwierigen Haushaltssituation würden sicher anders argumentieren, wenn sie die jetzt vorgesehene Regelung nicht für richtig hielten. Sie können es am besten beurteilen, denn sie kennen die Lage der Sozialhilfeempfänger „vor Ort".

In dem gleichen Interview spricht Herr Hoppe davon, daß Minister Geißler „in der künftigen Familienpolitik finanzielle Beglückung in Aussicht" stellt. Hier muß man noch einmal darauf hinweisen, daß – nach wohl inzwischen allgemeiner Meinung – wir nicht zuletzt deshalb das Land mit der niedrigsten Geburtenrate der Welt sind, weil soziale Gründe der Verwirklichung an sich vorhandener Kinderwünsche entgegenstehen. Kinder haben darf nicht zum Kennzeichen neuer Armut werden.

Die Auswirkungen für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland sind erschreckend. Das gilt nicht nur für die Rentenversicherung, obwohl die von Herrn Minister Geißler dazu genannten Zahlen – entweder Anhebung des Beitragssatzes bis auf 35 Prozent oder Herabsetzung des Rentenniveaus auf 25 Prozent bis zum Jahre 2030 – alle sehr beunruhigen. Die heute 18jährigen werden im Jahre 2030 das heutige Rentenalter von 65 Jahren erreicht haben.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung vom 22. März 1983 (und entsprechend in der Regierungserklärung vom 4. Mai 1983) ist festgelegt worden: „Der Familienlastenausgleich ist zu verbessern." Und dies ist beschlossen worden trotz der schwierigen Lage der öffentlichen Finanzen, weil auf die Familie als Fundament unserer Gesellschaft keiner verzichten will und kann.

Mit freundlichen Grüßen
Hartwig Möbes,
Sprecher des Bundesministeriums
für Jugend, Familie und
Gesundheit, Bonn 2

Die Erklärung?

„Kermit auf Reisen"; WELT vom 25. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Kommentar fragt Herr Barth, ob es denn einen Unterschied in der Deutschlandpolitik dieser Regierung und der ihrer Vorgängerin gibt.

Die Antwort auf diese Frage gab F. J. Strauß bereits mit dieser Erklärung: „Die sogenannte deutsche Ostpolitik ist kein Produkt, das von der SPD allein geboren worden ist; wir waren doch dabei in der großen Koalition."

Er kannte auch den Zweck: „Bei der Begründung des Warschauer Vertrages 1970 in den Ausschüssen des Bundestages hat man uns erklärt, daß dieser auf der Grundlage der Anerkennung beruht." (Des Unrechts!)

Mit freundlichen Grüßen
Hans Godau,
Lüneburg

*

Sehr geehrte Redaktion,

ob im Salzkammergut, im Maximilianeum, im Kanzler-Bungalow oder im Amt für auswärtige Touristik – überall gibt es ausreichend Spiegel, hinter welche man Heinz Barths ebenso trefflichen wie überfälligen Kommentar „Kermit auf Reisen" stecken sollte. In Analogie zu David Lows klassischer Karikatur nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes könnte die Begrüßung zwischen Honecker und Strauß auch so verlaufen sein:

– „Verbrecherischer Mauermörder, wie ich vermute?"
– „Blutrünstiger imperialistischer Scharfmacher, nehme ich an?"

Die blitzschnelle und ruckartige Steigerung der Anpassungsfähigkeit von FJS ohne opportunistisches „Geschmäckle" zu sehen, ist unmöglich. Wenn da schon die Delegierten des CSU-Landesparteitages verschreckt reagieren, was sollen dann erst die Wähler in Hessen denken, kurz vor einer wichtigen Wahl?

Man hat doch im März eine Wende wählen wollen und nicht etwa einen Kurswechsel um 360 Grad.

Herr Strauß hat schon einmal als Kanzler-Kandidat die Wähler in Scharen vergrault. Versucht er es als selbsternannter Über-Regent jetzt von Neuem? Vielleicht reagieren die Erben Adenauers zur Abwechslung einmal so, wie es der Alte in diesem Fall getan hätte.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Fischer,
Mannheim 1

Mit Rankenwerk

Sehr geehrte Herren,

in den Artikel von Henk Ohnesorge, „Als Reich und Vatikan das Konkordat schlossen" (WELT vom 20. Juli), haben sich einige Ungenauigkeiten eingeschlichen, die der Präzisierung bedürften, weil sich um das Reichskonkordat (schon seit 1933) ein ziemlich üppiges Rankenwerk von Legenden gelegt hat, das dem Geschichtsbild nicht gerade förderlich ist.

● Die Meinung, daß die Abgeordneten der Zentrumspartei sich bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1983 von der Aussicht auf Reichskonkordatsverhandlungen hätten bestimmen lassen (Junktim-Hypothese), wird heute nicht einmal mehr von dem Herrn Kollegen Scholder vertreten; denn es haben sich für diese Entscheidung der Fraktion keine dahinzielenden Quellen gefunden, während umgekehrt die Entscheidung ohne Annahme der Junktim-Hypothese plausibel zu erklären ist.

● Die Bestandsgarantie für die katholischen Verbände (Art. 31 Reichskonkordat) hat in der Tat den Verbandskatholizismus als Ganzes nicht vor der nationalsozialistischen Unterdrückung bewahrt. Aber das Reichskonkordat hat die wichtigen Massenverbände in buchstäblich letzter Minute vor dem Untergang, der schon eingeleitet war, gerettet. Einige, wie die Katholische Arbeiterbewegung, haben sich bis 1945 retten können, andere, wie der Katholische Jungmännerverband, immerhin bis 1939, dessen Wochenzeitung „Junge Front / Michael" bis 1936 erscheinen konnte und das wohl wichtigste Massenblatt für das „andere Deutschland" dieser Jahre darstellte. Andererseits ist mir nicht bekannt, daß die deutschen Bischöfe mit der Reichsregierung vor (oder nach) dem 20. Juli 1933 über die Auflösung des Friedensbundes der deutschen Katholiken oder des Volksvereins für das katholische Deutschland eine Vereinbarung ausgehandelt hätten. Der Friedensbund wurde polizeilich am 1. Juli 1933 unterdrückt, der Volksverein machte Konkurs.

Mit freundlichen Empfehlungen.
Ihr Prof. Dr. K. Repgen,
Bonn-Ippendorf

Wort des Tages

„Wer den Mitmenschen in Handel und Wandel mit falschen Vorspiegelungen irrezuführen sucht, wer ihn mit dem gleißenden Scheine zu täuschen trachtet, kurzum, wer auf Unwahrheit und Lüge hin die Handlungsweise seines Mitmenschen so richtet, daß daraus der eigene Gewinn erzielt wird, bestiehlt im Grunde seinen Mitmenschen."

Adolf Kolping, kath. Sozialreformer (1813–1865)

Personalien

ERNENNUNGEN

Neuer deutscher Botschafter in Irak wird Dr. **Alfons Böcker.** Der Diplomat war seit 1981 Gesandter und stellvertretender Leiter der NATO-Vertretung in Brüssel. Alfons Böcker, 1926 geboren, stammt aus Lünen. 1962 ging der Jurist, der vorher noch als Landgerichtsrat in Nordrhein-Westfalen tätig war, in den auswärtigen Dienst. Von 1963 bis 1965 wurde er als junger Diplomat in Bagdad eingesetzt. Von 1968 bis 1969 war er Botschafter in Südjemen. Böcker wurde nach dem Besuch des Royal College of Defense Studies in London von 1970 bis 1974 der deutschen Botschaft in London zugeordert. Von 1974 bis 1978 leitete er das Nahost-Referat im Auswärtigen Amt. Wieder erfolgte seine Versetzung nach London, dieses Mal von 1978 bis 1981, wo er als Ständiger Vertreter des Botschafters tätig war. Vorgänger Böckers in Bagdad war **Hermann Holzheimer,** der als Botschafter nach Chile ging.

*

Das Mittelrheinische Landesmuseum in Mainz, eine Schöpfung der Stadt Mainz und der Landesregierung von Rheinland-Pfalz, erhält einen neuen Chef. Nachfolger von **Wilhelm Weber,** der in den Ruhestand getreten ist, wurde Dr. **Berthold Roland,** der als Kunstreferent im Kultusministerium an der Ausgestaltung des Landesmuseums tatkräftig mitgewirkt hat. Der Kunsthistoriker hatte auch zur Ankaufkommission des Hauses gehört. Dr. Berthold Roland war auch maßgeblich am Erwerb des Wittelsbacher Schlosses „Villa Ludwigshöhe" und der darin untergebrachten Slevogt-Sammlung beteiligt.

*

Zum neuen Weihbischof von Augsburg hat **Papst Johannes Paul II.** den Augsburger Domkapitular **Max Ziegelbauer** ernannt. Der 60jährige Prälat wird Nachfolger von **Manfred Müller,** der Bischof von Regensburg wurde. Max Zieglbauer stammt aus Memmingen. Der Geistliche wird am 22. Oktober die Bischofsweihe erhalten.

*

Dr. **Hans Kurt Mees,** bisher Richter am Oberlandesgericht in Frankfurt/Main, wurde zum Richter am Bundesgerichtshof in Karlsruhe ernannt. Der Mainzer, Jahrgang 1935, hat sich neben seiner richterlichen Tätigkeit lange Jahre der Referendarausbildung gewidmet.

VERANSTALTUNGEN

Natascha Alexandrovna Prinzessin Jusopov, eine international renommierte Künstlerin russischer Abstammung, hat der Stadt St. Goarshausen eine drei Meter hohe Bronzestatue der Loreley geschenkt. Das Kunstwerk, Symbol des romantischen Mittelrheins, wird kommenden Samstag



Loreley-Statue FOTO: DW.

mit einem großen Volksfest von der Künstlerin vor Ort enthüllt. Die Künstlerin, die heute in Südfrankreich lebt, war schon als Kind „besessen von dem Gedanken an die Loreley", an deren Felsen am Rhein sie vorbeifuhr. Ihre Loreley-Statue, 3,30 Meter hoch, wird auf einem drei Meter hohen Sockel an der Hafenmole von St. Goarshausen stehen und ein Attraktionspunkt für Schiffer und Touristen sein. Die Stadt und der Fremdenverkehrsverband Rheinland-Pfalz sind über das Geschenk überglücklich: Die sinnreiche Bronze hat einen Wert von mindestens 100 000 Mark und hätte aus dem Stadtsäckel nicht ohne weiteres bezahlt werden können. Übrigens ist die Loreley mit einem Werkzeug entstanden, mit dem der weltberühmte französische Bildhauer **Auguste Rodin** gearbeitet hat. Prinzessin Jusopov hat das Rodin-Werkzeug von dem schwedischen Bildhauer **Carl Eldh** geerbt, der es wiederum, als Meisterschüler von Rodin, von dem Franzosen bekam.

EHRUNGEN

Erich Steves, Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Seit 1950 ist Erich Steves ehrenamtlich und hauptberuflich für die Belange der heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte eingetreten.

*

Dr. **Karl H. Wessel,** Bevollmächtigter der Deutschen Versicherungswirtschaft, wurde von Bundespräsident **Karl Carstens** mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet. Die Auszeichnung überreichte Hessens Ministerpräsident **Holger Börner.**

GEBURTSTAG

Hans Abich, früherer Programmdirektor der ARD, wird heute 65 Jahre alt. Als Abich vor fünf Jahren aus dem Amt des Programmdirektors ausschied, wurde aus seiner Idee, „Privatmann" zu werden, nichts. Hans Abich übernahm das Amt des Studienberaters der Hochschule für Fernsehen und Film in München, wurde Sprecher der Internationalen Münchner Filmwochen GmbH und Vorsitzender des Verwaltungsrats der evangelischen Film- und Fernsehproduktionsgesellschaft Eikon. Der Niederschlesier hatte nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst die Filmaufbau GmbH Göttingen gegründet. 1960 wurde er Fernsehberater bei Radio Bremen, ein Jahr später dort Programmdirektor für Hörfunk und Fernsehen, 1962 Stellvertreter des Intendanten, 1968 Intendant der Landesrundfunkanstalt. 1973 wurde er ARD-Programmchef in München.

*

Karl Hohmann, einer der bedeutendsten Kunstmäzene Marburgs und Mitbegründer sowie erster Vorsitzender des Marburger Kunstvereins, starb im Alter von 79 Jahren. Karl Hohmann war fast drei Jahrzehnte lang Direktor der Stadtsparkasse Marburg und erwarb sich in dieser Zeit große Verdienste um die Kulturpolitik der Universitätsstadt.

Kohl taktiert bei Panzern auf Zeitgewinn

● Fortsetzung von Seite 1

Opposition in der Knesset, daß Bundeskanzler Kohl diese Hypothek während seines Besuches beseitigen werde.

Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt, der einst als außenpolitischer Sprecher der damaligen CDU/CSU-Opposition für ein strategisches Konzept des Westens zur Sicherung der Golfregion und *des Nahen Ostens unter Einschluß* Israels und Saudi-Arabiens eingetreten war, erklärte dazu gegenüber der WELT: „Maßgebend für uns bleiben die vier Nahost-Punkte in der Regierungserklärung Helmut Kohls vom 4. Mai 1983 und die *Koalitionsabsprache zwischen* CDU/CSU und FDP vom 11. Oktober 1982. Dort ist die enge Koordination der europäischen Nahostpolitik mit den Friedensbemühungen der Vereinigten Staaten festgelegt worden."

Dies gilt nach den Worten von Mertes auch für politisch sensible Fragen des Rüstungsexports. „Mit einer gemeinsamen Strategie sind rein bilaterale Rüstungsabsprachen nicht zu vereinbaren."

Der Staatsminister betonte weiter: „Die Solidarität mit den Lebensinteressen *Israels gehört zur* Ethik und Würde der deutschen Außenpolitik. Das bedeutet jedoch keineswegs die Billigung solcher Positionen und Aktionen Israels, die nach unserer Auffassung kurzsichtig sind und einer dauerhaften Friedensstiftung im Nahen Osten nach Ansicht der Freunde Israels zuwiderlaufen."

„Die Berufung auf Auschwitz", so fuhr Mertes fort, „darf nicht zur Münze im politischen Tagesgeschäft werden, bei dem es um die Wahrung der wohlverstandenen und *legitimen Interessen* der Staaten geht."

Offensichtlich wird das Interesse Saudi-Arabiens an der Lieferung deutscher Leopard-Panzer durch den geplanten Verkauf von 100 amerikanischen Kampfpanzern der Version M-60 A 3 nicht beeinträchtigt. Bundeskanzler Kohl hatte über Pfingsten mit dem saudiarabischen Verteidigungsminister Prinz Sultan in Ludwigshafen über die Panzer-Wünsche aus Riad gesprochen, nachdem vorher schon Strauß und Bundesinnenminister Friedrich *Zimmermann* mit Prinz Sultan zusammengetroffen waren. Dabei hatte der saudische Minister das seit Jahren in Bonn bekannte Streben seines Landes nach der Lieferung des Leopard 2 und anderer militärischer Ausrüstungsgegenstände erneuert.

Einigung in Rom über Regierungsprogramm

Christdemokraten und Republikaner setzten sich durch

F. MEICHSNER/G. DEPAS, **Rom**

Der in Italien mit der Regierungsbildung beauftragte sozialistische Parteisekretär Bettino Craxi hat die schwierigste Hürde auf seinem Weg genommen: Die fünf Parteien der Mitte-Links-Koalition (Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) einigten sich auf das Regierungsprogramm. Dabei konnten sich die Christdemokraten und Republikaner in der Wirtschaftspolitik mit zwei Hauptforderungen im wesentlichen durchsetzen.

Die Einkommenspolitik wurde dadurch zum Angelpunkt aller stabilitätspolitischen Maßnahmen. Ziel ist es, die realen Lohneinkommen im Laufe der kommenden drei Jahre unverändert zu lassen und die Entwicklung der übrigen Einkommen analog dazu zu steuern. Im Falle der Lohneinkommen bestanden die christlichen Demokraten zunächst auf einem realen Null-Wachstum der Lohnstückkosten, gaben sich auf sozialistischen Druck schließlich aber damit zufrieden, daß die realen Einkommen pro geleistete Arbeitsstunde unverändert bleiben sollen. Dadurch werden Produktivitätsfortschritte auch den Arbeitseinkommen zugute kommen können.

Instrumente der Einkommenspolitik, die nach dem Willen der fünf Koalitionsparteien grundsätzlich den Konsensus der Sozialpartner vorbehalten bleiben soll, werden *neben den autonomen* Vereinbarungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen vor allem die fiskalpolitischen Interventionen der Regierung sein. Die Partner einigten sich unter anderem darauf, in den Indexmechanismus der gleitenden Lohnskala einzugreifen, wenn die Sozialpartner untereinander zu keinen Beschlüssen über eine Abkühlung dieser Indexautomatik gelangen sollten.

Keine schnelle Fahrt aus der Inflation

Gegenüber ihren im Wahlkampf vertretenen Zielvorstellungen haben die christlichen Demokraten auf eine schnelle Fahrt aus der Inflation verzichtet und die sozialistischen Pläne akzeptiert, die Rückkehr auf durchschnittliche EG-Werte „im Laufe" der nächsten drei Jahre zu erzielen.

In der Haushaltspolitik haben sich die fünf Koalitionspartner verpflichtet, das Kassendefizit des laufenden Jahres in die Nähe des ursprünglichen Voranschlages zurückzuführen und im kommenden *Jahr dieses Defizit* beizubehalten. Während die strengeren christlichen Demokraten den Fehlbetrag von den inzwischen erwarteten mehr als 90 000 Milliarden Lire bis zum Jahresende auf die veranschlagten knapp über 70 000 Milliarden Lire herunterdrücken wollten, einigten sich die Regierungsparteien jetzt auf ein neues Defizitlimit von 80 000 Milliarden Lire. Die Differenz von 10 000 Milliarden Lire soll je zur Hälfte auf der Einnahme- und auf der Ausgabeseite aufgebracht werden: Bei den Einnahmen vor allem durch eine Neuordnung der Mehrwertsteuer, bei den Ausgaben durch Einsparungen und durch Zahlungsverschiebungen. Neue Steuern sind dagegen sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr ausgeschlossen.

Uneingeschränktes Ja zum NATO-Doppelbeschluß

Wesentlich schärfere etatpolitische Eingriffe haben sich die Koalitionspartner für 1984 vorgenommen. Während im laufenden Jahr der Anteil des Defizits am Bruttoinlandsprodukt bei über 15 Prozent und der Anteil der Ausgaben bei 59 bis 60 Prozent liegen wird, sind für kommendes Jahr ein Defizitanteil von 13,5 Prozent und ein Anteil der Ausgaben von 57 Prozent vorgesehen. Ein weiterer prozentualer Abbau ist für die darauffolgenden Jahre geplant, um bis 1986 schließlich einen Defizitanteil *am Bruttoinlandsprodukt von* 10 Prozent zu erreichen.

In den weiteren Punkten des Regierungsprogramms bekennt sich die Koalition uneingeschränkt zum Nato-Doppelbeschluß, also auch zur Nachrüstung für den Fall, daß die Verhandlungen in Genf zu keinem Ergebnis führen. Im Bereich der Justizpolitik soll die Zweckmäßigkeit von Sondergerichten geprüft werden für Prozesse gegen Mafia- und Camorra-Verbrechen. Verfassungspolitisch verpflichten sich die fünf Regierungs*parteien entsprechend Craxis* Ankündigung, bei der parlamentarischen Beratung von Verfassungsänderungen über den Wahlmechanismus und über das Verfahren bei Regierungskrisen auf Lösungen hinzuarbeiten, die eine größere Stabilität garantieren.

Jugend zur Wiedervereinigung

Infratest-Umfrage: 59 Prozent wünschen die Einheit / 30 Prozent „gleichgültig"

BERNT CONRAD, **Bonn**

Insgesamt 59 Prozent der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland im Alter von 14 bis 21 Jahren wünschen die Wiedervereinigung Deutschlands. Elf Prozent lehnen sie ab, 30 Prozent stehen ihr gleichgültig gegenüber. Dies ergab eine im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen vom 30. 4. bis 8. 6. 1981 durchgeführte repräsentative Infratest-Umfrage unter 1494 Jugendlichen, deren Resultate jetzt vorliegen.

Eine 1979 vom Infas-Institut veranstaltete Befragung eines repräsentativen Querschnitts der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung zeigte, daß die Erwachsenen mit einer Zustimmung von 78 Prozent der Wiedervereinigung erheblich positiver gegenüberstehen. In der Gesamtbevölkerung betrug der Anteil der ablehnenden Stimmen nur 4 Prozent und der Gleichgültigen 15 Prozent.

Auffallend ist, daß der Anteil der *negativ eingestellten Jugendlichen* mit zunehmenden Alter kontinuierlich wächst: In der Altersgruppe der 20- bis 21jährigen sprachen sich 18 Prozent „gegen eine Wiedervereinigung" aus. Ganz anders denken junge Leute, die häufiger in die „DDR" reisen: Sie sind zu 74 Prozent für und zu 9 Prozent gegen die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands; 16 Prozent von ihnen ist sie gleichgültig.

Sehr gering beurteilen die Jugendlichen – hier in voller Übereinstimmung mit der Gesamtbevölkerung –, die realen Chancen einer baldigen Wiedervereinigung. 64 Prozent der Befragten meinten, die Wiedervereinigung werde in absehbarer Zeit nicht kommen, 32 Prozent hielten dies für ungewiß und nur 3 Prozent rechneten mit einer baldigen deutschen Einheit.

Auf die Frage, unter welchen Bedingungen eine Wiedervereinigung herbeigeführt werden sollte, äußerte keiner der befragten Jugendlichen (gegenüber 4 Prozent der Erwachsenen) den Wunsch nach einem kommunistischen System, ähnlich dem der „DDR". Allerdings hielten 27 Prozent eine Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen noch am ehesten für wahrscheinlich.

Bemerkenswert ist der Wunsch von 67 Prozent der jungen Leute (gegenüber 59 Prozent der Gesamtbevölkerung) nach einer Wiedervereinigung im Sinne des freiheitlich-demokratischen Systems der Bundesrepublik. Doch nur ein Drittel davon, nämlich 22 Prozent, halten eine solche Lösung tatsächlich für erreichbar. 47 Prozent (gegenüber 45 Prozent der Erwachsenen) rechnen am ehesten mit einer Wiedervereinigung in einem freiheitlich-demokratischen Staat, der ähnlich wie Österreich zur Neutralität verpflichtet wäre.

Von jenen Jugendlichen, die sich gegen eine Wiedervereinigung ausgesprochen haben, begründeten dies 41 Prozent mit der Furcht vor einer Verschlechterung der gesamten Lebensbedingungen. 29 Prozent hielten ein wiedervereinigtes Deutschland für zu stark und damit für eine Quelle ständiger Beunruhigung in Europa. 34 Prozent hatten Sorge, daß sie dann unter ein kommunistisches Regime kämen. Elf Prozent erklärten die „DDR" für unsympathisch und „ein fremdes Land", 30 Prozent nannten noch andere Gründe.

Wie schon kurz berichtet, gaben 43 Prozent der befragten Jugendlichen (gegenüber 25 Prozent der Gesamtbevölkerung) an, sie betrachteten die „DDR" als Ausland. 56 Prozent verneinten dies, bei den Erwachsenen waren es sogar 70 Prozent. Jugendliche, die bisher einmal in die „DDR" gereist waren, unterschieden sich von dem Durchschnittsvotum kaum. Hingegen erklärten 71 Prozent derjenigen jungen Leute, die schon mehrfach in der „DDR" waren, sie hielten den anderen Teil Deutschlands nicht für Ausland. Damit übertrafen sie sogar noch die Gesamtbevölkerung. Diese Tatsache unterstreicht nach Ansicht des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen „eindringlich die Bedeutung mehrmaliger Besuche für die Gewinnung abgerundeter Vorstellungen über die DDR".

Nur ein Viertel der Jugendlichen (23 Prozent) äußerte die Meinung, daß „DDR"-Themen im Schulunterricht ausreichend behandelt würden. Etwa der gleiche Prozentsatz (22 Prozent) gab an, daß „DDR"-Themen überhaupt nicht angeschnitten würden. 55 Prozent vertraten die Meinung, der „DDR" werde im Unterricht zuwenig Aufmerksamkeit gewidmet. Das heißt, insgesamt drei Viertel der befragten Jugendlichen beklagten die geringe Berücksichtigung deutschlandpolitischer Fragen im Unterricht.

Unabhängig von der Schule haben nach der Umfrage nur 19 Prozent der Befragten „mit großer Aufmerksamkeit" in den letzten Jahren die Entwicklung der „DDR" verfolgt. 66 Prozent waren weniger interessiert und 15 Prozent überhaupt nicht interessiert.

Eine deutlich positive Bewertung der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zur „DDR" ergab die Frage: „Wenn Sie an die DDR denken, welche Gedanken, welche Gefühle überwiegen bei Ihnen?" Darauf antworteten 55 Prozent, man könne an der Entwicklung deutlich ablesen, „daß unser wirtschaftliches und soziales System in der Bundesrepublik besser ist". 47 Prozent wiesen auf die trotz der Teilung noch bestehenden „vielen Gemeinsamkeiten" zwischen uns und der DDR" hin. 46 Prozent erinnerten an die vielen von der „DDR"-Führung angemaßten Rechte, „die ihr nicht zustehen". 38 Prozent wäre eine „DDR" ohne Abhängigkeit von Moskau sympathischer. 36 Prozent betonten ihr Gefühl der Solidarität mit der „DDR"-Bevölkerung, 28 Prozent dagegen war die „DDR" ziemlich gleichgültig.

Nicht mehr als zwei Prozent der jungen Leute äußerten, „daß einem das soziale und politische System der DDR eher zusagen würde als das in der Bundesrepublik". Parallel dazu votierten auch nur zwei Prozent dafür, daß die Menschen in der „DDR" mit ihrem Leben zufriedener seien als die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Für „genauso zufrieden" entschieden sich 29 Prozent, für „weniger zufrieden" 59 Prozent, während 10 Prozent keine Angaben machten.

Auf die Frage: „Glauben Sie, daß Sie in der DDR leben und sich dort wohl fühlen könnten?" antwortete nur ein Prozent der Jugendlichen uneingeschränkt mit Ja. 21 Prozent *sagten „vielleicht", 77 Prozent* „bestimmt nicht". Interessanterweise steigt die Abneigung gegen ein Leben in der „DDR" mit dem Alter. Während bei den 14- bis 15jährigen nur 72 Prozent „bestimmt nicht" drüben leben wollten, waren es bei den 20- bis 21jährigen 84 Prozent. Das heißt, mit zunehmender Reife nimmt die kritische Einstellung gegenüber der „DDR" allgemein zu.

Nur 17 Prozent der Befragten bezeichneten die „DDR"-Bewohner „genauso als Deutsche wie wir, denen *ich mich verbunden fühle*". 65 Prozent meinten, die Menschen in der „DDR" seien „auch Deutsche, deren Leben mich interessiert, obwohl ich wenig persönliche Beziehungen zu ihnen habe". Sieben Prozent charakterisierten die „DDR"-Bewohner als „Bürger eines anderen Staates, die mir gleichgültig sind", und 10 Prozent sprachen von „Bürgern eines anderen Staates, die ich als fremd empfinde". Größere Verbundenheit empfanden wiederum jene jungen Leute, die schon in der „DDR" waren.

USA verhindern Resolution gegen Israel

AP/DW. **Jerusalem/New York**

Der amerikanische Nahost-Sonderbeauftragte Robert McFarlane hat nach Angaben der saudischen Zeitung „Al Dschesira" der libanesischen Regierung einen Vier-Punkte-Plan zur Trennung der syrischen und israelischen Truppen in Libanon vorgelegt, der den schrittweisen Abzug aus dem größten Teil des Landes bis November vorsehe. McFarlane ist inzwischen von Beirut nach Jerusalem weitergereist, wo er gestern morgen mit Außenminister Shamir zusammentraf.

Nach Angaben von „Al Dschesira" sollen sich die Israelis zunächst 35 Kilometer vom libanesischen Zentralgebirge bis zum Awali-Fluß zurückziehen. Später soll ein weiterer Rückzug bis zum Fluß Sahrani südlich Sidon folgen.

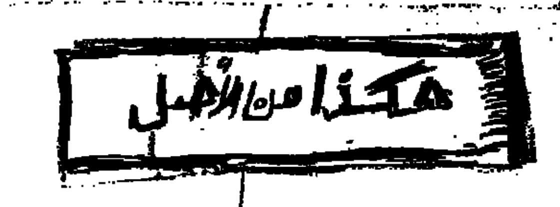
Im Weltsicherheitsrat haben die USA durch ihr Veto eine Verurteilung des kürzlichen Terrorüberfalls in der Islamischen Universität von Hebron verhindert. In der Resolution sollte auch der jüdischen Siedlungstätigkeit in israelisch besetzten arabischen Gebieten „jede Rechtsgrundlage" abgesprochen werden.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten *Hans-Jürgen Wischnewski* und Norbert Gansel treten morgen eine Informationsreise durch den Nahen Osten an, in deren Verlauf sie auch mit PLO-Chef Arafat zusammentreffen sollen. Bei der Planung hatte den deutschen Sicherheitsbehörden vor allem der Schutz der Abgeordneten in Libanon Kopfzerbrechen gemacht. Dort hält sich die Terroristin auf, die Befreiung der Lufthansa-„Landshut" durch die GSG 9 in Mogadischu überlebt hatte.

Exilkroaten setzen Belohnung aus

zwi. **München**

Eine Belohnung von 50 000 Mark hat der Kroatische *Nationalrat mit* Sitz in New York für Hinweise ausgesetzt, die zur Aufklärung des Mordes an dem exilkroatischen Verleger Stjepan Durekovic vom vergangenen Freitag in Wolfratshausen führen. Außerdem forderte der Dachverband kroatischer Exilorganisationen die Regierung in Bonn auf, politische und diplomatische Schritte zu unternehmen, damit Mordanschläge des jugoslawischen Geheimdienstes auf deutschem Staatsgebiet „ein für allemal unterbleiben".



Flüssig Gas geben

Bm. – Wo zweie weinen, da lacht ein Dritter. Das ist nicht anders in der Wirtschaft. Die Großfeuerungsanlagen-Verordnung zwingt die Kesselbetreiber, tief in die Taschen zu greifen, um den Schwefel weitgehend aus ihren Abgasen zu filtern. Der Einbau von Katalysatoren in künftige Autoabgassysteme dient ebenso dem Zweck der Säuberung der Luft und damit der Erhaltung der Natur. Was da lacht, ist das Autogas.

Autogas ist – noch – anderen Benzinalternativen (Strom, Methanol, Aethanol) überlegen. Es ist verhältnismäßig billig, und seine Reserven weltweit werden als ungewöhnlich groß bezeichnet. Gibt der Staat über die Steuer noch kleine Starthilfen, dann wird das Gas-Auto bald in größeren Stückzahlen über unsere Straßen rollen.

Daß die Multis dieses Feld längst entdeckt haben, zeigt ein langfristiger Vertrag, den die Deutsche BP mit Saudi-Arabien abgeschlossen hat und aus dem bereits im Herbst 1982 die ersten 18 000 Kubikmeter Propan aus Saudi-Arabien im Eurogas-Terminal in Vlissingen gelöscht und per Leichter nach Karlsruhe zum Rheinterminal transportiert wurden.

Selbst wenn jedes zehnte Auto in der Bundesrepublik mit Flüssiggas angetrieben sein sollte, so darf man von diesem neuen – alten – Kraftstoff doch keine Wunderdinge erwarten. Lohnen wird sich der Einsatz von LPG vor allem für Vielfahrer, die die höheren Investitionskosten schnell wieder „hereinfahren". Wer aber viel fährt, schlägt auch oft einen Zirkel über die Landesgrenzen hinaus. Dazu aber muß er mit Gas und Benzin fahren können, was die Karosse noch teurer macht.

Dennoch, das Gas wird kommen. Es hält an einem der letzten Märkte für Massengüter den Wettbewerb munter, an dem für Treibstoffe.

Blumenfreunde

hdt – Daß die beamteten Mitbürger *die öffentlichen Haushalte mit* ihren Bezügen belasten, ist allgemein bekannt und wird zur Genüge kommentiert. Dabei wird jedoch oft übersehen, daß die so ins Gerede gekommenen Staatsdiener auch Erhebliches zur Belebung der Wirtschaft beitragen, wobei weniger an die Ergebnisse ihrer Amtshandlungen als mehr an die Höhe ihrer privaten Ausgaben zu denken ist. So gaben Beamtenhaushalte 1982 im Durchschnitt allein 258 Mark für Topf- und Schnittblumen aus, offensichtlich zum Teil zur Verschönerung der Schreibtische und Fensterbänke in ihren kargen Amtsstuben. Anderweitig ist die Höhe dieser Ausgaben wohl kaum zu erklären, denn die bundesdeutsche Durchschnittsfamilie gab für die gleichen Produkte nur 145 Mark aus, zwei Mark weniger als im Vorjahr. Da gleichzeitig die Preise leicht gestiegen sind, läßt das auf eine gewisse Marktsättigung schließen. Wie schön für unsere Gärtner also, daß Beamte solch ausgesprochene Ästheten sind.

USA / Gewinne der Firmen haben sich gebessert – Verbraucherausgaben gestiegen

Der große Konjunktur-Umschwung läßt einstweilen noch auf sich warten

HORST-ALEXANDER SIEBERT, **Washington**

Drei Jahre haben Amerikas Unternehmen darauf gewartet, daß es wieder kräftig in ihren Kassen klingelt. Bisher profitierten jedoch nur diese Branchen vom Konjunkturaufschwung: Automobile, Mineralölerzeugnisse, Haushaltsgeräte, Büroausrüstungen, Chemikalien, Pharmazeutika, Elektrogeräte, Elektronik, Verlage, Einzelhandel und Banken. Schlecht geht es nach wie vor den Stahlfirmen, dem Maschinenbau sowie den Herstellern von Bohrgeräten, industriellen Vormaterialien und landwirtschaftlichen Maschinen.

Klopft man die Geschäftsergebnisse für das zweite Quartal 1983 ab, dann ergibt sich ein verschöntes Bild, das aber nicht zur Euphorie verleiten darf. So verbuchten 60 Prozent der US-Unternehmen diesmal einen höheren Gewinn, während in der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs 57 Prozent Verluste oder verringerte Einkommen meldeten. Als Motoren erwiesen sich die gestiegenen Verbraucherausgaben, die gesunkenen Zinsen, die mit 2,9 Prozent maßvollen Lohnerhöhungen und die in der Rezession reduzierten Fixkosten.

Obwohl sich, wie Chryslers vorzeitige Schuldentilgung demonstriert, der Cash-flow vieler Firmen deutlich verbessert hat, sendet der Verband der amerikanischen verarbeitenden Industrie weiterhin Warnsignale aus. Folgt man seinem Chefökonomen Jerry Jasinowski, dann sind „schwerwiegende Probleme noch nicht gelöst". Nach seiner Rechnung lagen die Gewinne, inflationsbereinigt und nach Steuern, im vierten Quartal 1982 unter dem Ergebnis der Oktober-Dezember-Periode 1965, als die US-Wirtschaft eine langandauernde Wachstumsphase durchlief. Seit 1978 sind die Unternehmensgewinne in Amerika real um mehr als 30 Prozent geschrumpft.

Robert Ortner vom US-Handelsministerium gießt ebenfalls Öl auf die Freudenwogen. Er sieht die Zukunftsprobleme der amerikanischen Firmen in ihrer relativ schwachen Finanzposition zu Beginn des Konjunkturabschwungs, der Ende 1979 begann. Das zwingt sie, zunächst ihre Bilanzen aufzupolstern und die Liquidität wiederherzustellen. Auch nach dem Urteil anderer Fachleute wird dieses Ziel nicht vor 1984 oder sogar erst 1985 erreicht sein.

Erst dann sind die US-Unternehmen wirklich aus dem Schneider: sie können wieder Kredite aufnehmen, was zu einer Beschleunigung der betrieblichen Investitionen führt. Im Augenblick ist das Gesundungstempo noch zu langsam, um für den Rest dieses Jahres eine Fortsetzung der Pleitewelle zu verhüten.

Die Ausgangslage ist laut Ortner jedoch insofern günstig, als die 1981 und 1982 vom Kongreß beschlossenen Steuerentlastungen in diesem Jahr 16,2, 1984 rund 24,6, 1985 etwa 32,9 und 1986 mehr als 38,6 Milliarden Dollar in die Firmenkassen spülen.

Vielversprechend sind auch die äußerlichen Umstände, obwohl die Rohstoffpreise schon wieder anziehen. Nach einer Voraussage der renommierten Data Resources Inc. steigt das verfügbare Einkommen in den USA weiter. In diesem Jahr beträgt das Plus im Jahresschnitt 6,5, im nächsten 8,7 und 1985 etwa 8,4 Prozent, so daß eine anhaltend starke Verbrauchernachfrage garantiert zu sein scheint. Das Institut schließt daraus, daß die Gewinne, die 1982 um 14,8 Prozent zurückgegangen sind, in denselben Jahren um 11,9, 21,7 und 16,3 Prozent nach Steuern zunehmen werden.

In Washington bewertet man die Gewinnentwicklung im zweiten Quartal als „Silberstreif, wobei aber noch Wolken über vielen Unternehmen hängen". Heraus ragt das Abschneiden der amerikanischen Autokonzerne, die 1,89 Milliarden Dollar, ein Quartalsrekord, verdienten. Gegenüber der April-Juni-Periode 1982 steigerte General Motors seinen Nettogewinn um 86 Prozent auf 1043, Ford um 165 Prozent auf 542 und Chrysler um 190 Prozent auf 310 Millionen Dollar. American Motors verlor 78,9 Millionen Dollar; Volkswagen of America und Honda sind nicht publizitätspflichtig.

Erstaunlich ist der Umschwung im Ölbereich. Bei Exxon blieben 1075 (plus 27), bei Mobil 402 (40), bei Standard Oil Cal. 368 (40), bei Occidental 152 (128) und bei Texaco 327 Millionen Dollar (sieben Prozent) übrig. Auf der Gewinnerstraße marschierten außerdem fast alle Chemiefirmen, die Mischkonzerne, die Telefongesellschaften und die Nahrungsmittelgiganten.

WOHNUNGSBAU

Das Sofortprogramm wirkt besser als erwartet

HEINZ HECK, **Bonn**

Die in den letzten Monaten bereits deutlich gewordene Aufwärtstendenz bei den Wohnungsbaugenehmigungen hat sich bis in den Juni hinein verstärkt fortgesetzt. Minister Oscar Schneider (CSU) erklärte gestern zur aktuellen Wohnungsbauentwicklung vor Journalisten weiter, daß sich – verzögert durch die relativ langen Planungsverläufe – *seit Mai auch* bei den fertiggestellten Wohnungen eine positive Entwicklung abzeichnet (plus 14 Prozent gegenüber Mai '82).

Die Zahl der neu genehmigten Wohnungen ist im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum insgesamt um rund 24 Prozent gestiegen (von 165 300 auf 204 800 Genehmigungen). Im Juni hat die Zunahme gegenüber dem Vorjahresmonat 37 Prozent betragen. *Gemessen* an den Steigerungsraten im April (30,7 Prozent) und Mai (35,3) wird die aufsteigende Tendenz, so Schneider, besonders deutlich. Hochgerechnet auf 1983 erwartet er rund 400 000 Genehmigungen gegenüber „dem absoluten Tiefpunkt in der Nachkriegszeit mit lediglich 335 000 Genehmigungen 1982".

Schneider sieht sich aufgrund dieser Daten in seiner Prognose vom Jahresanfang voll bestätigt, daß nämlich die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen für den Wohnungsbau in diesem und im kommenden Jahr den zusätzlichen Bau von rund 100 000 Wohnungen auslösen würden. „Die Anstoßwirkungen des Sofortprogramms sind noch deutlicher ausgefallen als erhofft", erklärte Schneider.

Auch andere Faktoren hätten zu der Wende im Wohnungsbau beigetragen. Trotz inzwischen leicht gegenläufiger Tendenz seien Hypothekenzinsen gegenüber dem Höchststand von rund 12 Prozent im Herbst 1981 mit etwa acht bis neun Prozent relativ günstig.

Für die zweite Jahreshälfte rechnet Schneider mit einer stärkeren Zunahme der Bauproduktion. Er erwartet einen wesentlich größeren Bauüberhang ins Jahr 1984 als zur Jahreswende 1982/83 mit 524 000 Wohnungen. Die Aufstockung im sozialen Wohnungsbau werde erst in den kommenden Monaten „richtig zum Tragen kommen". Die Bundesregierung hatte die Mittel für den sozialen Wohnungsbau 1983/84 um zwei Milliarden Mark aufgestockt. Die Reichweite der Auftragsbestände im Wohnungsbau sei im Juni gegenüber dem Vorjahresmonat von 2,3 auf drei Monate gestiegen.

„Keinen Handlungsbedarf" sieht Schneider im Mietrecht – auch nicht mit Blick auf die von der Opposition geforderte Rücknahme der zuletzt in Kraft getretenen Neuregelungen. Im ersten Halbjahr 1983 habe der durchschnittliche Mietenanstieg 5,6 Prozent, im ersten Halbjahr 1982 4,9 Prozent betragen. Die Mietrechtsänderungen hätten nicht, wie behauptet, zu „extremen Mietsteigerungsraten geführt".

Es sei „vorrangigste Aufgabe" eine Anschlußregelung für den 1986 auslaufenden begrenzten Schuldzinsenabzug beim selbstgenutzten Wohneigentum zu treffen. Schneider denkt an eine Dauerregelung durch Änderung des Einkommenssteuerrechts.

Steuerschraube ohne Ende

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der französische Haushaltsplan für 1984 besitzt nicht nur auf der Ausgabenseite einen gegenüber dem diesjährigen Sparbudget noch verstärkten Austerity-Charakter. Die Regierung plant außerdem nach jüngsten amtlichen Hinweisen, die Steuern erneut kräftig zu erhöhen, um das Budgetdefizit im nächsten Jahr auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts (gegenüber 3,3 Prozent in diesem Jahr) zu begrenzen.

Auf diese Ziffer hat sich Staatspräsident Mitterrand ausdrücklich festgelegt. Sie ist das Aushängeschild für die von ihm vor einem Jahr eingeleitete und Ende März dieses Jahres wesentlich verschärfte Stabilisierungs- und Sanierungspolitik. Tatsächlich übertreffen die Budgetdefizite der meisten anderen westlichen Industriestaaten, *mit den USA an der Spitze,* aber auch einschließlich der Bundesrepublik, die Drei-Prozent-Marke

Unter der Hypothese, daß das französische Sozialprodukt nach einer Schrumpfung um 0,5 Prozent 1983 im nächsten Jahr um ein Prozent real zunimmt und daß die jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 8,5 auf 5,8 Prozent reduziert wird, hatte der Ministerrat Ende *Juni den Ausgabenetat um sieben* Prozent höher festgesetzt als für dieses Jahr, in dem die Staatsausgaben um 11,7 Prozent steigen, nach Zuwachsraten von 17,6 und 27,7 Prozent in den beiden ersten Jahren sozialistischer Regierung.

Die laufenden Verwaltungsausgaben dürfen 1984 aber nur entsprechend der amtlichen Inflationsrate (5,8 Prozent) zunehmen, auch wenn der Preisanstieg stärker ausfallen sollte, was wahrscheinlich ist. Noch muß sich die Regierung neue Einnahmequellen erschließen, um das auf 125 Milliarden Franc bezifferte Defizitlimit nicht zu überschreiten. Denn selbst unter der Voraussetzung, daß alle im Austerity-Plan von Ende März für 1983 nachträglich beschlossenen „einmaligen" Steuern fortgeführt werden, fehlen dem Staat 1984 immer noch mindestens 20 Milliarden Franc.

Dazu kommen weitere 20 Milliarden Franc für den Ausgleich des Sozialversicherungshaushalts. Zur Abdeckung seines diesjährigen Defizits war eine einprozentige Sonderabgabe auf die steuerpflichtigen Einkommen erhoben worden, von der allerdings die Wenigverdienenden freigestellt wurden. Im nächsten Jahr müßten jedoch „alle Franzosen" diese Abgabe leisten, um sich ihre – weiter zunehmenden – Sozialleistungen zu erhalten, erklärte dieser Tage Wirtschafts- und Finanzminister Delors.

Eine zunehmende „Fiskalisierung" des Sozialhaushalts sieht die Regierung als eine gerechtere Lö*sung an als die* ständige Erhöhung der Sozialabgaben. Denn sie erlaubt eine progressive Erhebung. Nach Delors muß jeder „entsprechend seiner Mittel" zur Sanierung des Sozial- wie auch des Staatshaushalts beitragen. Der Minister schließt dabei eine Erhöhung des Steuersatzes der Sonderabgabe – es ist die Rede von zwei Prozent – nicht aus.

Immerhin aber ließ Delors keinen Zweifel daran, daß es diesmal bei weitem nicht ausreichen würde, nur die „Reichen" zur Kasse zu bitten. Sie allein könnten keineswegs die fehlenden 40 Milliarden Franc allein aufbringen. Selbst wenn man die Vermögens- und Erbschaftssteuer verdoppelte, was nicht beabsichtigt zu sein scheint, würden der Staatskasse daraus weniger als 10 Milliarden Franc an zusätzlichen Einnahmen zufließen. Dafür erhielte die Kapitalflucht neuen Auftrieb.

Auch kann die Regierung die Unternehmen kaum stärker besteuern. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft müßte sich dann weiter verschlechtern und noch mehr Arbeitslose produzieren, als aufgrund der neuen Politik ohnehin zu erwarten ist.

So müssen jetzt wohl alle Franzosen die Suppe auslöffeln, die ihnen die sozialistische Regierung eingebrockt hat. Dazu gehört nicht zuletzt die stark gestiegene Staatsverschuldung – eine Folge der Nationalisierungen sowie der Kreditaufnahmen zur Abdeckung der Defizite des Staates, der staatlichen Unternehmen und der Leistungsbilanz. Allein zur Verzinsung der Staatsschuld sind nächstes Jahr 75 Milliarden Franc zu bezahlen oder 34 Prozent mehr als 1983.

Schon heute beträgt in Frankreich der „Steuerdruck" 45 Prozent des Sozialprodukts, nach 34,7 Prozent 1982 und 42,95 Prozent 1981. Im nächsten Jahr wird er weiter zunehmen. Damit könnte nicht nur wirtschaftlich sondern auch innenpolitisch die Toleranzschwelle überschritten werden.

AUF EIN WORT



„Die Einrichtung des Pensionssicherungsvereins ist zweifellos eine der großen Leistungen der deutschen Wirtschaft in den letzten 30 Jahren. Doch es ist unvertretbar und unverantwortlich, daß Unternehmen Verpflichtungen eingehen, ohne sie aus ihrem Ergebnis zu decken, und die Risiken auf die Solidargemeinschaft der Unternehmen abwälzen können."

Bernd Hebbering, Vorstandssprecher der Horten AG, Düsseldorf

FOTO: DIE WELT

AUFTRAGSEINGÄNGE

Bestellungen sind im Juni um zwei Prozent gestiegen

HEINZ HECK, **Bonn**

„Die Nachfrage nach Industrieprodukten war zuletzt wieder deutlich aufwärts gerichtet", schreibt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zu den – noch vorläufigen – Angaben über die Auftragseingänge der Industrie im Juni. Danach stieg die Nachfrage gegenüber Mai preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent. Deutlicher als bei den Exportaufträgen fiel die Zunahme der Bestellungen aus dem Inland aus.

Zur besseren Beurteilung der konjunkturellen Grundtendenz der Nachfrageentwicklung bringt das BMWi einen Zwei-Monats-Vergleich Mai/Juni gegenüber März/April. Hier fällt die Zunahme mit 1,5 Prozent geringer aus. Die Inlandsaufträge stiegen um zwei Prozent, während die Auslandsorder, „die zuvor deutlich zurückgegangen waren", um 0,5 Prozent zunahmen. Am deutlichsten fiel die Erholung bei der Verbrauchsgüterindustrie mit 4,5 Prozent aus, wozu sowohl inländische als auch ausländische Kunden beitrugen. Mit 3,5 Prozent war die Zunahme auch für die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie ausgeprägt, während die Nachfrage nach Investitionsgütern (minus ein Prozent) weiter zurückging, „allerdings nicht mehr so rasch wie zuvor".

Der Vorjahresvergleich (Mai/Juni 83 gegenüber 1982) macht die Diskrepanz in der Entwicklung der In- und Auslandsnachfrage deutlich: Während sich insgesamt eine reale Zunahme von drei Prozent ergibt, erreicht sie bei den Inlandsbestellungen fünf Prozent. Die Exportnachfrage bleibt um ein Prozent hinter dem Vorjahr zurück. Die Entwicklung nach Branchen zeigt ebenfalls die schwächere Entwicklung der Investitionsgüterindustrie (minus ein Prozent), während Grundstoffe und Produktionsgüter mit acht und Verbrauchsgüter mit sechs Prozent günstig abschneiden.

Prognose: Hohes Defizit für die Opec

VWD, **New York**

Das Leistungsbilanzdefizit der Mitgliedsstaaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) wird sich 1983 voraussichtlich auf 33 Milliarden US-Dollar ausweiten. Dies prognostiziert die Wirtschaftsgruppe der Chase Manhattan Bank in ihrer jüngsten Publikation „International Finance". 1982 war man noch von einem Fehlbetrag von rund acht Milliarden Dollar ausgegangen. Trotz der Annahme, daß sich die Nachfrage nach Opec-Öl bis 1984 wieder beleben wird, geht die Chase-Gruppe davon aus, daß das Ölkartell bis 1985 ein Leistungsbilanzminus ausweisen wird.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG

DIW für 35-Stunden-Woche innerhalb von fünf Jahren

PETER WEERTZ, **Berlin**

Für das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist die Arbeitszeitverkürzung ein „kontrovers diskutiertes" Thema in der Bundesrepublik. Es äußert zugleich die Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit durch die Verringerung der Wochenarbeitszeit in den nächsten fünf Jahren auf 35 Stunden um 0,5 bis 0,8 Millionen gesenkt werden könnte. Bei einem Lohnausgleich nur in Höhe der Preis- und Produktivitätssteigerung sei es außerdem möglich, 0,9 bis 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, meint das Institut.

Angesichts der Massenarbeitslosigkeit seien jedoch zusätzlich beschäftigungspolitische Maßnahmen unverzichtbar. Außerdem dürfe der Staat die Arbeitszeitverkürzung nicht zur zusätzlichen Haushaltskonsolidierung benutzen. Eine beschäftigungspolitische Wachstumsstrategie verstärke den Effekt der Arbeitszeitverkürzung.

Bei den vielen Argumenten gegen die Arbeitszeitverkürzung darf nach Ansicht des Berliner Instituts nicht übersehen werden, daß ein nicht geringer Teil der positiven Beschäftigungseffekte erst einmal eine weitere Zunahme der Arbeitslosenzahlen verhindern würde. Eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden innerhalb eines Jahres hält das Institut aus Kostengründen für nicht vertretbar. Es komme darauf an, wie der Übergang zur 35-Stunden-Woche gestaltet werde, unterstreicht das Berliner Institut. Die schrittweise Annäherung an die 35-Stunden-Woche in fünf Jahren und die Beschränkung des Lohnausgleichs auf die Preis- und Produktivitätssteigerung begrenze die Belastung der Unternehmen. Gleichzeitig erinnert das Institut daran, daß die Wochenarbeitszeit seit 1955 von 49 auf 40 Stunden verkürzt und der tarifliche Jahresurlaub von 15 auf 30 Tage erhöht worden seien.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Die Chemische Industrie der Bundesrepublik Deutschland

Umsatz (Mrd DM) – davon Auslandsumsatz

Produktion ausgewählter Erzeugnisse (Mrd DM): 3,4 – 4,9 – 8,6 – 9,1 – 16,7 – 16,8 – 23,5

Ein besseres Ergebnis als 1982 erwartet die chemische Industrie. Die Belebung der Inlandsnachfrage wirkte sich im ersten Halbjahr 1983 bereits positiv auf Produktion und Umsatz aus. 1982 war der Umsatz nur um knapp ein Prozent gestiegen, der Produktionsindex im Vergleich zum Vorjahr sogar um fast fünf Prozent zurückgegangen. QUELLE: ZAHLENBILDER

Koalition kritisiert EG-Agrarvorschläge

Bonn (AP) – *Nach der SPD sowie* den Verbänden der Bauern und der Verbraucher haben auch die zuständigen Sprecher der Bonner Koalitionsfraktionen die Vorschläge der EG-Kommission zur Neuordnung des gemeinsamen Agrarmarktes kritisiert. Als schwerwiegendstes Problem bezeichneten die FDP-Abgeordneten Hans Paintner und Günther Bredehorn den Milchmarkt. Es sei bedauerlich, daß die Kommission Zuflucht zu einer Quotenregelung mit allen Ungerechtigkeiten gegenüber den kleinen und mittleren Milchproduzenten nehme. Weniger ablehnend äußerte sich dazu der CDU-Parlamentarier Egon Susset, der aber die Abgabe bei Quotenüberschreitungen nach sozialen Gesichtspunkten differenziert sehen möchte. Übereinstimmend verwarfen die Koalitionspolitiker einen automatischen Abbau des Grenzausgleichs, wobei vor allem die deutschen Landwirte Einkommenseinbußen hinnehmen müßten.

US-Zinsen steigen

New York (dpa/VWD) – Am amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt steigt das Zinsniveau weiter. Das US-Finanzministerium hat am Dienstag 6,5 Milliarden Dollar an Schuldscheinen mit dreijähriger Laufzeit mit einer durchschnittlichen Rendite von 11,43 Prozent verkauft. Bei der letzten Versteigerung für staatliche Titel mit dieser Laufzeit lag das durchschnittliche Zinsniveau Anfang Mai nur bei 9,48 Prozent.

Antidumpingzölle verhängt

Genf (iz.) – Die Europäische Gemeinschaft hat Stahl- und Eisenspulen aus Argentinien, Brasilien, Venezuela und Kanada mit Antidumpingzöllen belegt. Die Strafzölle für Stahlprodukte aus Argentinien betragen 29 Ecu pro Tonne. Importe aus Brasilien, Kanada und Venezuela werden mit 64,81 bzw. 88 Ecu belastet (1 Ecu = 1,28 Mark). Zudem wird die EG-Kommission eine Dumping-Untersuchung gegen Norwegen und Surinam einleiten. Nach Auffassung der EG werfen diese beiden Länder Aluminiumprodukte zu Dumpingpreisen auf den europäischen Markt.

Mexiko zahlt zurück

Mexiko-Stadt (dpa/VWD) – Mexiko will in Kürze einen Überbrückungskredit zurückzahlen, den das Land im August 1982 von mehreren westlichen Zentralbanken erhalten hat. Wie es in Finanzkreisen in Mexiko-Stadt hieß, sind von dem Kredit in Höhe von 1,85 Milliarden Dollar bereits 350 Millionen Dollar zurückgezahlt worden. Der Restbetrag soll jetzt beglichen werden. Mexiko benutzt dazu die zweite Tranche eines vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und verschiedenen Banken eingeräumten Kredits, die es bisher nicht in Anspruch genommen hat.

Kartell läuft aus

Berlin (Wz.) – Das Bundeskartellamt wird die Genehmigung für das Rationalisierungs-Kartell der Nordhessischen Basalt-Union GmbH, Kassel, über den 31. Dezember 1984 nicht mehr verlängern. Vor allem sehen die Wettbewerbshüter die Voraussetzungen für das Verkaufssyndikat nicht mehr erfüllt. Gegen die Entscheidung des Bundeskartellamtes haben die fünf betroffenen Mitgliedsunternehmen des Syndikats Beschwerde beim Kammergericht in Berlin eingelegt. Seit 1971 übernimmt die Basalt-Union für fünf Basaltproduzenten den Vertrieb von Natursteinmaterialien und bituminösem Mischgut im nordhessischen Raum.

Währungsreserven gestiegen

London (fu) – Die offiziellen Reserven Großbritanniens an Gold und ausländischer Währung sind im vergangenen Monat um 226 Millionen Dollar auf 17,94 Milliarden Dollar gestiegen. Werden Rückzahlungen staatlicher Kredite und die Aufnahme neuer Kredite berücksichtigt, dann stiegen die Währungsreserven bereinigt um 70 Millionen Dollar. Obwohl das Pfund den Monat Juli gegenüber einem starken Dollar mit Werteinbußen abschloß, machte es gegenüber den europäischen Währungen nicht unerhebliche Wertsteigerungen. Dies galt insbesondere gegenüber der D-Mark und dem französischen Franc. Entsprechend hatte die Bank von England keine Veranlassung, an den Devisenmärkten intervenierend einzugreifen.

Messeprogramm erarbeitet

Bonn (CS) – Der Arbeitskreis Auslandsmessebeteiligungen beim Ausstellungs- und Messe-Ausschuß der deutschen Wirtschaft e. V. (AUMA) hat das Auslandsmesseprogramm der Bundesrepublik Deutschland für 1984 erarbeitet. In der Aufstellung sind die geplanten Beteiligungen der Bonner Ministerien für Wirtschaft und Ernährung zusammengefaßt. Das herausragende Ausstellungsprojekt ist die Deutsche Leistungsschau in Tokio vom 23. April bis zum 6. Mai 1984. Nähere Auskünfte erteilt der AUMA in Köln sowie das Bundeswirtschaftsministerium.

FRANKREICH

Delors beschwört das Ende der Hausse des US-Dollars

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Mit ungewöhnlichem Aufwand bemüht sich die französische Regierung jetzt darum, die nachteiligen Auswirkungen des teuren Dollars auf *ihren Stabilisierungsplan* von Ende März herunterzuspielen. Das Ereignis feierten am Dienstagabend auf dem 1. und 2. Kanal des Fernsehens gleichzeitig Jacques Delors und Edith Cresson.

Der französische Wirtschafts- und Finanzminister begrüßte mit sichtlicher Erleichterung, daß die amerikanische Notenbank zusammen mit der Deutschen Bundesbank und der japanischen Zentralbank durch koordinierte Devisenmarkunterventionen den Dollar „unter die Acht-Franc-Schwelle" gebracht hat, die am Montag erstmals überschritten worden war. Eine derartige Initiative sei von Frankreich schon lange gefordert worden.

Noch am Montag hatte Delors Washington vorgeworfen, entsprechende, auf den Wirtschaftsgipfeln von Versailles und Williamsburg getroffene Abmachungen nicht zu respektieren, und die Frage gestellt, wie die Amerikaner ihre Alli*ierten zu einer politischen und di*plomatischen Solidarität aufrufen könnten, wenn sie (mit der Dollar-Hausse) Europa in eine noch tiefere Krise stürzten.

Da ein weiteres Abgleiten des Dollarkurses zu Geld- und Kapitalrückflüssen aus den USA insbesondere in die Bundesrepublik führen und damit die D-Mark (auch gegenüber dem Franc) stärken könnte, übt sich die französische Notenbank schon *jetzhin* der Franc-Kurspflege. Sie soll zu diesem Zweck und zur Absicherung ihrer jüngsten Geldmarktzinssenkung auf 12⅞ (12⅝) Prozent allein am Dienstag 200 Millionen Mark verkauft haben. Am Mittwoch wurde der Dollar in Paris mit 8,007 Franc notiert nach 7,9985 und 8,0240 an den beiden Vortagen.

GRIECHENLAND / Wegen hoher Kurssprünge Währungsbindung an Dollar gelöst

Drachme war bisher „überbewertet"

E. ANTONAROS, **Athen**

Angesichts der hohen Kurssprünge des US-Dollars hat die griechische Regierung jetzt völlig überraschend beschlossen, ihre Devisenpolitik zu reformieren und die Drachme-Bindung an den Dollar gelöst. Diese Maßnahmen werden nach Einschätzung von unabhängigen Währungsexperten zu einer De-facto-Abwertung der griechischen Währung gegenüber allen wichtigen westlichen Währungen führen. Gegenüber der Mark wird die Drachme erwartungsgemäß in den nächsten Wochen etwa 20 Prozent ihres Wertes einbüßen. Von derzeit etwa 31,8 Drachmen pro Mark wird jeder Griechenland-Reisende demnächst voraussichtlich 35,5 bis 36,5 Drachmen erhalten können.

Die Revision der griechischen Devisenpolitik begründete der Athener Minister für Nationalökonomie, Gerasyygmos Arsenis, mit der Notwendigkeit nach einer Stützung der Konkurrenzfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Mit ähnlich lautenden Argumenten hatte die sozialistische Regierung Athens Mitte Januar die Drachme an den Dollar gekoppelt und die Landeswährung gegenüber allen westlichen Währungen um 15 bis 20 Prozent abgewertet. Nach Arsenis' Darstellung soll die Drachme nunmehr „enger als bisher" die Kursgestaltungen der wichtigsten westeuropäischen Währungen verfolgen. Griechenland ist bisher dem europäischen Währungssystem (EWS) nicht beigetreten.

Unabhängige Experten weisen darauf hin, daß durch die nun beschlossene Losbindung der Drachme vom Dollar „realistischere Kurse" der griechischen Währung gegenüber den meisten westeuropäischen Währungen entstehen werden. *Durch die Ankoppelung an* den Dollar, wie sie Mitte Januar beschlossen worden war, hatte die Drachme die Kurssprünge der US-Währung mitgemacht und ist daher gegenüber allen westeuropäischen Währungen „überbewertet" gewesen.

Seit Monaten haben die griechischen Exporteure nach einer abermaligen Abwertung verlangt, die der Exportförderung zugute kommen sollte. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind die griechischen Ausfuhren um rund 25 Prozent zurückgegangen. Diese rückläufige Tendenz wird weitgehend auf die Ankoppelung der Drachme an den Dollar zurückgeführt.

Nach Ansicht des griechischen Exportverbandes hat die Regierung die Abwertung „mit großer Verspätung" bekanntgegeben, weil der größte Teil der griechischen Agrarprodukte für das laufende Jahr zu den alten und sehr ungünstigen Preisen verkauft worden ist.

Bei der Bekanntgabe seiner Entscheidung hat Arsenis in seiner Eigenschaft als Präsident des EG-Ministerrates die Währungspolitik der USA unter Beschuß genommen und sämtliche EG-Regierungen aufgefordert, ihre Währungen vom Dollar abzukoppeln und eine „gemeinsame Kursbestimmungspolitik" zu vereinbaren. (SAD)

AUTOGAS

Bald an über 1000 Zapfsäulen

HANS BAUMANN, Essen

Mit der Verschärfung der Abgasbestimmungen hat das Autogas – auch Flüssiggas genannt – neue Chancen erhalten. Bisher verschmäht und in den Raffinerien als „Abfall" abgefackelt, beginnt es nun auch in der Bundesrepublik energisch seinen Markt aufzubauen. Die Chancen des Autogases steigen um so schneller, je eher es gelingt, den Preis für Benzin wieder an seine Produktionskosten heranzuführen, denn Autogas „rechnet" sich gegen Benzin nur, wenn es um 40 bis 50 Pfennig billiger ist. Weil Autogas in hohem Maße umweltfreundlich ist, hat sich der Rheinisch-Westfälische Technische Überwachungsverein, Essen, dieses Themas in einer Studie angenommen, die jetzt vorliegt. So rechnen die Mitgliedsfirmen des Mineralölwirtschaftsverbandes damit, daß sie 1984 im Bundesgebiet 570 bis 600 und 1986 bereits 1000 bis 1200 Flüssiggastankstellen installiert haben werden.

Wie sehr sich Autogas durchzusetzen beginnt, zeigen die Verbrauchsschätzungen von 1980 bis 1990 für Westeuropa. 1980 wurden 4 Mill. Tonnen importiert, 1990 werden es 15 Mill. Tonnen sein. Aus eigenen Raffinerien werden dann 14 (13) Mill. Tonnen kommen. Das heißt, die Nachfrage nach Autogas wird bis 1990 von 17 auf 29 Mill. Tonnen steigen bei einem augenblicklichen jährlichen Benzinverbrauch in der Bundesrepublik allein von rund 23 Mill. Tonnen. Der Anteil des Autogases am gesamten Treibstoffangebot in der Bundesrepublik wird für 1990 auf maximal 10 Prozent geschätzt.

NAMEN

Rechtsanwalt **Dr. Jürgen Steinmetz**, Essen, langjähriger Generalbevollmächtigter und Chefjustitiar der Thyssen AG, Duisburg, vollendete am 3. August das 70. Lebensjahr.

Dr. Gerhard Boos, Vorstandsvorsitzender der Rhodia AG, Freiburg, feiert heute den 60. Geburtstag.

Hans-Ulrich Fintelmann, Leiter des Ressorts Beschaffung der Hoechst AG, Frankfurt, wird am 5. August 60 Jahre.

Dr. Hans Bayer, Vorstandsmitglied der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, München, ist am 31. Juli in den Ruhestand getreten, bleibt aber Mitglied des Beirates. **Dr. Klaus Geiger** und **Dr. Eberhard Martini**, bisher Generalbevollmächtigte, wurden zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Inga-Moden Bekleidungsfabrikation GmbH; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Martha Haack; Nachl. d. Joachim Burkert; **Darmstadt:** Z+W Fleischhandel GmbH, Ober-Ramstadt; **Dortmund:** Karl Möller, Dachdeckermeister; **Düsseldorf:** HSJ Caravaning GmbH & Co. KG, Ratingen 4; Pontecultura Television GmbH Video-Programs; **Essen:** Heinz Bross (Gaststätte Söpper); **Gelnhausen:** a) Bernhard Engel, Kaufmann b) Gertrud Engel, Kauffrau, Bad Orb; **Gütersloh:** Hermann Reckord GmbH & Co. KG, Herzebrock; **Hamm:** Reckmann & Krebs GmbH, Kamen; **Herford:** Hera Eheanbahnungsinstitut GmbH; Marieta Baumann, Bad Oeynhausen; **Kehl:** Werner Hokkenjos, Sundheim; **Königstein**, Biewag Finanzierungsges. AG; **Lörrach:** Bucher GmbH, Rheinfelden; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Franz-Josef Schmitz, Schwalmtal, **Neuss:** Bauelemente u. Bauprofil Beteiligungs-GmbH; Bauelemente u. Bauprofil GmbH & Co. KG; **Syke:** Nachl. d. Heinrich Johann Köhrmann, Bassum; **Wuppertal:** Gaststättenbetriebe Manfred Kaewert GmbH; **Zweibrücken:** Hans Wienen GmbH, Kleiderfabriken.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Lippstadt: Metallbau Jüde GmbH; **München:** Ralph-Modelle KGaA.

Vergleich beantragt: Berlin Charlottenburg: M+F Bauberatungs GmbH; **Frankfurt:** HP. R. Ruf Computer GmbH, Eschborn/Ts.; **Siegburg:** Herms Ges. f. Geschäfts- u. Einkaufszentren mbH, Hennef.

HAG GF / Nach schwieriger Verschmelzung mehr Konzentration auf den „eigentlichen Unternehmenszweck"

Am Kaffeemarkt den Anteil kräftig ausgebaut

JAN BRECH, Bremen

Nach zwei Jahren der Umstrukturierung und Straffung wird bei dem Bremer Kaffeeröster Hag GF AG die weitere Entwicklung wieder zuversichtlich beurteilt. Die schwierige Verschmelzung der beiden Unternehmen Hag und General Foods sei abgeschlossen, erklärt der Vorstandsvorsitzende Uwe Karsten, und man könne sich nun auf die eigentlichen Zwecke des Unternehmens konzentrieren. Im ersten Halbjahr 1983 habe Hag GF auf allen Teilmärkten Marktanteile hinzugewonnen und schreibe beim Betriebsergebnis schwarze Zahlen.

Nach Angaben von Karsten liegt die Absatzsteigerung bei Hag GF in den Monaten Januar bis Juni nicht unbeträchtlich über dem Wachstum des Gesamtmarktes von 4 Prozent. Der Marktanteil sei von 6,7 auf 7,3 Prozent gestiegen. Für die Marke Onko gibt Karsten einen Anteil von jetzt 4,1 Prozent, für Kaffee Hag von 3,2 Prozent an. Betrachte man nur die Entwicklung in den Monaten Mai und Juni, habe Hag noch weit stärker zugelegt. Auf dem Segment entkoffeinierter Kaffee sei die Marke Hag mit rund 30 Prozent Anteil seit 1974 zum ersten Mal wieder an den Marktführer Tchibo herangerückt. Für Onko erwartet Karsten nach dem Einsatz massiver Werbung im Herbst dieses Jahres ebenfalls starke Zuwachsraten.

Die positiven Ansätze des ersten Halbjahres dürften Hag GF allerdings nicht in falscher Sicherheit wiegen, erklärt Karsten. Das Unternehmen sei zwar auf dem richtigen Wege, aber noch nicht endgültig über dem Berg. Am Kaffeemarkt herrsche ein rigoroser Wettbewerb, der notwendige Erlösverbesserung kaum zulasse. Karsten nannte Preiserhöhungen von rund 8 Prozent bei Röstkaffee für unbedingt erforderlich und schloß nicht aus, daß es sehr bald Versuche geben werde, diese Korrekturen am Markt durchzusetzen. Ohne die vor allem durch die Dollarentwicklung notwendigen Preiserhöhungen werde es Hag GF vermutlich nicht gelingen, auch im zweiten Halbjahr 1983 ein positives Betriebsergebnis zu erzielen.

Den Abschluß für das Jahr 1982 bezeichnet Karsten als noch nicht zufriedenstellend angesichts der schwierigen Bedingungen, unter denen das Unternehmen gestanden habe, aber als beachtlich. Bei einem um 7 Prozent auf 1,22 Mrd. DM gewachsenen Umsatz weist Hag GF einen Jahresüberschuß von 10,9 Mill. DM aus. Der Gewinn stammt allerdings nicht aus dem laufenden Geschäft. Das negative Betriebsergebnis wird kompensiert durch den positiven Saldo von außerordentlichen Aufwendungen und Erträgen in Höhe von 15,5 Mill. DM. Nach dem drastischen Verlust von 91 Mill. DM im Vorjahr, den kostspielige Umstrukturierungsmaßnahmen verursacht haben, schiebt Hag GF jetzt noch einen Bilanzverlust von knapp 35 Mill. DM vor sich her. Karsten hofft, die Bilanz spätestens im Jahre 1985 endgültig zu bereinigen und an den General-Foods-Konzern, der 99 Prozent des Kapitals von 120,5 Mill. DM hält, Dividende zu zahlen.

Die Maßnahmen der Konzentration in der Fertigung und der Reorganisation des Vertriebes seien endgültig abgeschlossen und würden in diesem Jahr voll greifen, erklärt Karsten. Bis zum Jahresende soll auch die Anpassung der Belegschaft beendet sein. Hag GF wird im Endstadium noch 1500 Mitarbeiter beschäftigen (zur Zeit rund 1800).

Zum Marktgeschehen im Jahre 1982 betont Karsten, daß Hag GF die Positionen gehalten und das Ziel erreicht habe, die Deckungsbeiträge zu verbessern. Dabei seien zum Teil bewußt Absatzmengen aufgegeben worden. Das gelte sowohl für Röstkaffee, der rund 80 Prozent zum Umsatz beisteuert, als auch für die Produktgruppe Kakao-Instantgetränke. Den Marktanteil für den löslichen Kaffee Maxwell gibt Karsten mit unverändert 8 Prozent an.

Aufgegeben und an den Oetker-Konzern verkauft hat Hag GF im Rahmen einer strafferen Sortimentspolitik das Produkt Schlagfit. Die Produktion der marktführenden fruchthaltigen Getränkepulver ist auf eine Schwestergesellschaft in Frankreich übertragen worden.

ROHRVERLEGEMASCHINEN / UdSSR-Handel

USA vereinfachen Ausfuhr

H.-A. SIEBERT, Washington

Zurechtgerückt hat das US-Handelsministerium einen Bericht der „New York Times", der den Eindruck erweckte, Außenminister Shultz und Handelsminister Baldrige hätten Präsident Reagan in einem gemeinsamen Optionspapier die Lockerung der Exportkontrollen für die Lieferung amerikanischer Öl- und Erdgasausrüstungen in die Sowjetunion empfohlen. Der Artikel erregte großes Aufsehen, da die Administration in Washington erst in der vergangenen Woche mit Moskau ein Abkommen geschlossen hatte, das die Abnahme von neun bis zwölf Millionen Tonnen US-Getreide in jedem der nächsten fünf Jahre vorsieht. Außerdem signalisierte der Bericht einen neuen „Streit in der Reagan-Mannschaft", weil sich Verteidigungsminister Weinberger dagegen ausgesprochen haben sollte.

Wie Jay Cooper, ein enger Mitarbeiter von US-Handelsminister Baldrige, gegenüber der WELT erklärte, haben die beiden Minister lediglich vorgeschlagen, die Erteilung von Ausfuhrlizenzen für Rohrverlegemaschinen zu verkürzen. Aufgehoben worden sind die Kontrollen für dieses Erzeugnis schon im Dezember, und zwar von Präsident Reagan persönlich. Das Weiße Haus hatte damals darauf verwiesen, daß es sich bei Rohrverlegemaschinen nicht um ein hochtechnologisches Produkt handele, deren Export untersagt sei.

Der Vorgang zeigt, daß die Reagan-Administration endgültig die Pipeline-Affäre zu den Akten legen möchte. Außerdem will sie vermeiden, daß US-Firmen weiterhin Aufträge an die ausländische Konkurrenz, in diesem Fall die japanische Komatsu Co., verlieren. Gleich zu Beginn des Streits über die sibirisch-europäische Erdgasleitung blieb Caterpillar, Peoria, auf von Moskau georderten Rohrverlegemaschinen im Wert von 90 Millionen Dollar sitzen. Als sicher galten Folgeaufträge über 200 Millionen Dollar. Schon seit längerem liefern US-Unternehmen wieder konventionelle Ölrigs in die UdSSR.

BELGIEN / Haushaltsentwurf 1984 sieht geringfügigen Abbau des Defizits vor

Im nächsten Jahr höhere Quellensteuer

BODO RADKE, Brüssel

Der Haushaltsentwurf für 1984 der belgischen Koalitionsregierung von Christdemokraten und Liberal-Konservativen sieht ein Haushaltsdefizit von 496 Milliarden belgischen Franc vor, das sind 11,5 Prozent des Bruttosozialprodukts, was einer Verbesserung der diesjährigen Situation der Staatsfinanzen um 1,5 Prozent gleichkommt. Wie Premierminister Wilfried Martens in Brüssel betonte, müsse in den kommenden Jahren das Defizit durch rigorose Sparmaßnahmen weiter abgebaut werden.

Er erklärte ferner, daß das, was das Schatzamt im bisherigen Verlauf des Jahres an Auslandskrediten aufgenommen habe, für den Rest des Jahres ausreiche. Der Haushaltsplan sieht gegenüber 1983 eine Steigerung der Ausgaben um fünf Prozent auf 1,8 Billionen belgische Franc vor. Die Einnahmen sollen um 3,5 Prozent auf 1,3 Billionen belgische Franc gesteigert werden.

Der Bekanntgabe des Haushaltsplans waren lange zähe Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern vorangegangen. Während sich die Liberal-Konservativen besonders für steuerliche Entlastungen der Wirtschaft und Angehöriger freier Berufe einsetzten, mußten sich die Christdemokraten mit Blick auf ihren traditionellen Wählerstamm darum bemühen, die notwendigen Kürzungen im Bereich der Gehälter und Löhne sowie der Sozialleistungen einigermaßen in Grenzen zu halten.

Bei der Fülle der beabsichtigten Maßnahmen fand bei vielen Belgiern die Ankündigung große Beachtung, daß die Finanzbehörden in den Jahren 1984 und 1985 bei Aktivitäten im Wohnungsbau und bei Investitionen im industriellen Sektor nicht mehr die Herkunft der dafür benötigten Gelder prüfen werden. In der Praxis handelt es sich um eine Art „Steueramnestie", da in vielen Fällen zweifellos dafür „Schwarzgeld" verwendet werden dürfte, das bisher auf Konten irgendwo im Ausland liegt. Die Regierung erhofft sich durch diese fiskalische Großzügigkeit eine Belebung des Baugewerbes und zusätzliche Arbeitsplätze.

Ebenfalls als Überbrückung der Kluft zwischen Theorie und Praxis betrachtet man in Belgien die Ankündigung, daß in Zukunft die Erträge aus dem Besitz festverzinslicher Wertpapiere nicht mehr auf den Steuererklärungen angegeben werden müssen. Bisher war vorgeschrieben, daß zusätzlich zu der von den Banken bei Zinsüberweisungen automatisch einbehaltenen Quellensteuer von 20 Prozent diese Einkünfte im Rahmen der Einkommensteuer noch einmal belastet werden. In der Praxis „vergaßen" allerdings die meisten Wertpapierbesitzer solche Einkünfte beim Ausfüllen der Formulare. Allerdings wird die Quellensteuer vom kommenden Jahr an auf 25 Prozent erhöht, dafür bleiben Dividenden und Zinsen jedoch einkommensteuerfrei.

Für Angehörige des öffentlichen Dienstes und Bezieher von Sozialleistungen sind die jetzt angekündigten Sparmaßnahmen mit zahlreichen finanziellen Opfern verbunden. So entfällt zum Beispiel für 1984/85 die übliche Anhebung der Beamtengehälter im Zwei-Jahre-Rhythmus. Auch ihr Urlaubsgeld wird um 12 Prozent gekürzt. (SAD)

Spekulationen über Chrysler-Pläne

rtr, Detroit

Bemühungen des drittgrößten amerikanischen Automobilkonzerns, Chrysler Corp., bestehende Pfandrechte der US-Regierung auf sein Vermögen abzulösen, können nach Ansicht von Finanzkreisen zu einer Verbindung mit einem ausländischen Unternehmen führen. Als mögliche Partner eines Gemeinschaftsunternehmens wurden die Volkswagenwerk AG und der japanische Fahrzeughersteller Mitsubishi Motors genannt. Ein Chrysler-Sprecher sagte, das Unternehmen prüfe die Möglichkeit einer neuen Bank-Kreditlinie von 300 Mill. Dollar, um die Pfandrechte zu beenden.

Eine andere Möglichkeit sei, daß Chrysler die Pfandrechte durch Aufnahme von 200 Mill. Dollar auf dem öffentlichen Kapitalmarkt ablöse. Die US-Regierung hatte diese Rechte 1980 erworben, als sie das in finanziellen Schwierigkeiten steckende Unternehmen mit Bürgschaften bis zu 1,5 Mrd. Dollar vor dem Zusammenbruch rettete. Von 1,2 Mrd. Dollar, die Chrysler daraufhin aufgenommen hatte, wurden 400 Mill. Dollar bereits sieben Jahre vor Fälligkeit zurückgezahlt.

BAYERISCHE VEREINSBANK

Deutlich besserer Ertrag

DANKWARD SEITZ, München

Eine deutliche Ertragssteigerung erzielte die Bayerische Vereinsbank AG (BV), München, im ersten Halbjahr 1983. Wie es in einem Zwischenbericht heißt, ist der Zinsüberschuß – verglichen mit der Hälfte des gesamten Vorjahres – um 12,7 Prozent auf 626,2 Mill. DM gestiegen. Der Provisionsüberschuß nahm um 26,1 Prozent auf 122,3 Mill. DM zu; die Mehrerträge wurden insbesondere im Effektenkommissionsgeschäft erzielt. Nach Abzug des um 8,5 Prozent auf 115,6 Mill. DM erhöhten Sachaufwands und des Personalaufwands von 298,0 Mill. DM (plus 6,9 Prozent) verbleibt damit ein um 25,3 Prozent auf 334,9 Mill. DM verbessertes Teilbetriebsergebnis. Die Bilanzsumme ist in den ersten sechs Monaten um 1,5 Mrd. auf 61,6 Mrd. DM gewachsen.

Im Bankgeschäft haben die Kundenforderungen nach Angaben der Bank erst ab Ende März deutlich angezogen und um knapp 1 Mrd. auf 19,6 Mrd. DM zugenommen, wobei der Zuwachs überwiegend im kurz- und mittelfristigen Geschäft lag. Insgesamt ergibt sich für das erste Halbjahr eine Ausdehnung des Forderungsbestandes um 0,4 Mrd. DM. Das Fremdmittelvolumen erreichte 32,2 Mrd. DM und lag damit, nach einem Zugang um knapp 1,1 Mrd. DM im zweiten Quartal, noch um 0,3 Mrd. DM unter dem Stand von Ende 1982. Die Spareinlagen nahmen um 0,35 Mrd. auf 6,8 Mrd. DM zu. Einschließlich der Sparbriefe betrug das gesamte Sparvolumen Ende Juni 8,8 Mrd. DM.

Im Hypothekenbankgeschäft haben sich die Darlehensneuzusagen, begünstigt durch die niedrigen Zinsen, im Berichtszeitraum auf insgesamt 3,0 Mrd. DM ausgeweitet. Die Hypothekenabschlüsse erreichten 1,4 Mrd. DM – 85 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei Kommunaldarlehen waren es mit 1,6 Mrd. DM 29 Prozent mehr. Der Bestand an Hypotheken- und Kommunaldarlehen erhöhte sich um 6,7 Prozent auf 26,5 Mrd. DM. Für 3,3 Mrd. DM wurden eigene Schuldverschreibungen verkauft. Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zur Jahresmitte um 2,7 Prozent auf 108,3 Mrd. DM.

FACHEINZELHANDEL / Leichte Belebung

Möbelhandel an der Spitze

HANNA GIESKES, Bonn

Im Facheinzelhandel macht sich eine leichte Geschäftsbelebung bemerkbar. Das Verkaufsergebnis lag im Juni nominal um vier Prozent höher als im Juni 1982, stellt das Institut für Handelsforschung, Köln, in seinem monatlichen Betriebsvergleich fest. Die reale Verbesserung betrage knapp drei Prozent, heißt es weiter, da nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes das Preisniveau bei den erfaßten Branchen im Juni 1983 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um durchschnittlich 1,2 Prozent angestiegen sei.

Für das erste Halbjahr 1983 habe die Steigerung des Juni eine leichte Verbesserung des Ergebnisses gebracht, denn bis einschließlich Mai hätten die Umsätze stagniert, berichtet das Institut weiter. Insgesamt errechne sich ein Plus von einem Prozent. Spitzenreiter war mit einem Zuwachs von nominal elf Prozent der Möbeleinzelhandel, der im ersten Halbjahr 1982 eine Umsatzeinbuße von sieben Prozent hatte hinnehmen müssen. Damit habe die Branche allerdings lediglich die in den drei Vorjahren eingetretenen Einbußen ausgleichen können.

Überdurchschnittliche Zuwachsraten registrierte bis Ende Juni außerdem der Sortimentsbuchhandel, der insgesamt um fünf Prozent und im Juni allein sogar um neun Prozent zulegte. Ein zweistelliges Plus wiesen im Juni auch der Schuhfachhandel mit zwölf Prozent und der Bürofachhandel mit elf Prozent aus, die für das Halbjahr insgesamt ein Umsatzplus von drei Prozent verzeichneten.

Im Textileinzelhandel, bei den Reformhäusern und im Handel mit Glas, Porzellan und Keramik ergab sich im ersten Halbjahr ein nominales Plus von jeweils einem Prozent. Umsatzrückgänge registrierten die Drogerien, der Spielwarenhandel und der Handel mit Lederwaren. Im Lebensmittelhandel betrug das Minus zwei Prozent und im Photoeinzelhandel vier Prozent.

HELABA / Höherer Jahresüberschuß möglich

Aufwärtstrend hält an

C. DERTINGER, Frankfurt

Bei der Hessischen Landesbank hält der Aufwärtstrend beim Gewinn an. Sie hat in der ersten Jahreshälfte ein Teilbetriebsergebnis (Zins- und Provisionsüberschuß abzüglich Personal- und Sachaufwand) von 166 Mill. DM erzielt und damit bereits etwas mehr als im gesamten Vorjahr (163 Mill. DM). Gegenüber der ersten Hälfte vorigen Jahres (69 Mill. DM) bedeutet das weitaus mehr als eine Verdoppelung.

Wesentlich hat dazu der gegenüber der ersten Vorjahreshälfte um 113 auf 296 Mill. DM gestiegene Zinsüberschuß beigetragen, der bereits fast den des gesamten Vorjahres (308) Mill. DM erreicht. Höher als im ersten Halbjahr 1982 fielen, wie die Bank mitteilte, auch die Gewinne im Wertpapier-, Gold- und Devisenhandel aus.

Die Bank will jedoch die bisherigen Zuwachsraten nicht auf das ganze Jahr 1983 hochrechnen, da, wie es im Zwischenbericht heißt, insbesondere die weitere Zinsentwicklung einen Unsicherheitsfaktor darstellt. Dennoch dürfte sich der positive Ertragstrend fortsetzen, so daß eine dem Risikogehalt des nationalen und internationalen Kreditgeschäfts entsprechende Vorsorge und der Ausweis eines höheren Jahresüberschusses möglich sei.

Die Helaba präsentiert zwar zur Jahresmitte eine höhere Bilanzsumme (65,8 nach 62,3 Mrd. DM) und ein höheres Geschäftsvolumen (68,2 nach 64,6 Mrd. DM), doch das war nur stichtagsbedingt. Das Kreditvolumen stagnierte bei 50,2 (49,9) Mrd. DM. Eine nachhaltige Belebung im langfristigen Geschäft (28 Mrd. DM Volumen) blieb aus, weil viele Industrieunternehmen das Zinsniveau nach wie vor als zu hoch empfanden.

Im Auslandsgeschäft habe die Helaba, wie es heißt, an ihrer vorsichtigen Linie festgehalten. Exportkredite standen im Vordergrund. Bei Umschuldungen wirke sie mit relativ bescheidenen Beträgen mit.

Neuer Service bei Schimmelpfeng

INGE ADHAM, Frankfurt

Der Bedarf an Wirtschaftsauskünften nimmt zu, konstatiert die Schimmelpfeng GmbH, Frankfurt, nach eigener Einschätzung eine der größten Auskunfteien in Europa. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres nahm die Zahl der Anfragen um acht Prozent zu (und damit ähnlich stark wie im Vorjahr); die Umsatzsteigerung beim Inkasso, dem zweiten starken Bein der Auskunftei, macht 15 (22) Prozent aus. Der gesamte Forderungenbestand liegt bei etwa 500 Mill. DM.

Den Umsatz mochten die Schimmelpfeng-Geschäftsführer auch in diesem Jahr aus Konkurrenzgründen nicht nennen. Er habe sich in der Gruppe im vergangenen Jahr um gut elf Prozent erhöht, im Jahr zuvor war er um sieben Prozent gewachsen.

Die Rendite ist nach Angaben des Unternehmens gut. In der Bundesrepublik und in Tochtergesellschaften in Österreich, den Niederlanden, Belgien und Dänemark werden 1500 Mitarbeiter beschäftigt, die im vergangenen Jahr rund 3,8 Millionen Anfragen der etwa 40 000 Firmenkunden beantworteten. Für dieses Jahr wird eine Umsatzsteigerung um zehn Prozent erwartet.

Während die vor drei Jahren eingeführten Kapitalschutzauskünfte für potentielle Anleger sich als nicht so gefragt erwiesen, wie man bei Schimmelpfeng erhofft hatte, soll jetzt eine neue Dienstleistung, der „Informationsbroker", ansehnliches Neugeschäft bringen: Damit bietet Schimmelpfeng seinen Kunden gegen entsprechende Gebühr Zugriff zu weltweit rund 1200 Datenbanken und Archiven. Das soll vor allem mittleren Unternehmen einen Überblick über den Stand von Forschung und Technik in ihrem jeweiligen Arbeitsgebiet ermöglichen.

Paris: Gefährdete Preisstabilisierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nachdem sich der französische Preisanstieg im Verlauf der ersten Hälfte dieses Jahres erheblich abgeschwächt hatte, dürfte er seitdem wieder zugenommen haben. Im Juli, für den allerdings noch keine offiziellen Zahlen vorliegen, kam es wegen der Trockenheit zu einer ungewöhnlichen Verteuerung bei Obst und Gemüse. Anfang August wurden dann die Brotpreise um vier Prozent und in Paris die öffentlichen Verkehrstarife um acht Prozent erhöht.

Der amtliche Lebenshaltungskostenindex wird in der nächsten Woche noch zusätzlich durch eine erneute Erhöhung der Benzinpreise zur Aufbesserung der Tankstellenmargen belastet. Eine weitere Verteuerung der Mineralölprodukte ist vor Monatsende infolge der Dollar-Hausse zu erwarten. Sie belastet auch die Preise zahlreicher anderer Importprodukte außer dem Mineralöl. Daher gilt es als unwahrscheinlich, daß die Regierung ihr diesjähriges Ziel einer Begrenzung der Inflationsrate auf acht Prozent noch erreichen könnte. Es würde erfordern, daß die Teuerung in der zweiten Hälfte dieses Jahres monatsdurchschnittlich nicht mehr als 0,5 Prozent erreicht. Wirtschaftsminister Delors selbst hatte nach einer Teuerung von 5,2 Prozent im ersten Halbjahr für das zweite ein Limit von drei Prozent genannt.

Immerhin bleibt festzustellen, daß die Preisstabilisierung vor allem im zweiten Quartal 1983 unerwartete Fortschritte gemacht hatte. Gleichwohl lag die französische Inflationsrate mit zuletzt 8,9 Prozent (1982: 10,9 Prozent) immer noch erheblich über dem OECD-Durchschnitt von 5,5 Prozent. Für das Gesamtjahr 1983 erwartet das OECD-Sekretariat durchschnittlich sechs Prozent und für Frankreich neun Prozent Inflation.

NIGERIA / Importabhängigkeit ließ Verschuldung hochschnellen – Landwirtschaft vernachlässigt

Den Einbruch der Ölexporte noch nicht bewältigt

JOACHIM WEBER, Lagos

Daß Politiker in einer Tageszeitung ungestraft als „Verbrecher" tituliert werden dürfen, ist in kaum einem Land der Erde möglich. In Nigeria, das kurz vor seinen zweiten freien Wahlen steht, geht es, und man ist stolz darauf, es den einstigen britischen Kolonialherren wenigstens gleichzutun.

Nicht nur mit seiner funktionierenden Demokratie, der mit 140 000 Berufssoldaten zweitgrößten Armee des Kontinents (nach Südafrika) und dem Hinweis auf eine jahrhunderte alte Kultur- und Handelstradition erhebt Nigeria Anspruch auf eine Führungsrolle unter den afrikanischen Staaten. Mit 80 bis 100 Millionen Einwohnern ist es auch das bevölkerungsreichste Land und seine ausgedehnten Ölvorkommen sichern ihm eine entsprechende (wenn auch im Augenblick etwas lädierte) wirtschaftliche Position.

Gerade das Öl ist es freilich, das Nigeria, wie manchem anderen Entwicklungsland, gewaltige Probleme beschert hat. Die Politiker unter Präsident Alhaji Shehu Shagari sehen das sehr klar: „Seit 1974 entwickelte sich hier ein regelrechtes Ölsyndrom. Jeder glaubte, daß der Ölboom unaufhörlich weitergehen würde, und es wurden gigantische Projekte in Angriff genommen", bilanziert Professor Edozien, Wirtschaftsberater des Präsidenten, ganz nüchtern.

„Dabei haben sich erhebliche strukturelle Ungleichgewichte entwickelt: Die Landwirtschaft wurde enorm vernachlässigt, der Aufbau einer produzierenden Industrie mit hohem Wertschöpfungsanteil kam zu kurz, und die Abhängigkeit vom Öl wurde viel zu groß. Das versuchen wir jetzt nach und nach zu korrigieren." So einfach wird das indessen nicht sein. Denn noch stammen 94 Prozent der Exporteinnahmen und 87 Prozent der gesamten Staatseinnahmen ausschließlich aus dem Ölgeschäft. Die Förderung ging allerdings von mehr als zwei Millionen Barrel pro Tag 1980 auf nur noch 1,3 Millionen Barrel zurück.

Der ungewohnte Wohlstand der letzten Jahre ließ die Nigerianer in einen regelrechten Kaufrausch verfallen, nicht nur bei Großprojekten wie Straßen, Stadtentwicklung oder Energieversorgung, sondern auch beim privaten Konsum. Während die Landwirtschaft, die einst das Land allein versorgen konnte, zunehmend herunterkam, blühte der Import. Ob Weizen, Reis, Öle, Fleisch, Milchprodukte, Limonaden oder die Landesdelikatesse Stockfisch – alles wird im Ausland eingekauft, von den notwendigen Industriegütern ganz zu schweigen. „Jeder Naira (rund 3,40 Mark), den unsere Regierung ausgibt, enthält 65 Kobo an Importen", beziffert Edozien die Abhängigkeit.

Auch in Nigeria wuchs die Verschuldung zunächst sprunghaft. Zu den 18 Milliarden Dollar langfristiger Schulden gesellten sich noch 7 bis 8 Milliarden Dollar kurzfristige. Damit sei die Lage aber völlig anders als in Mexiko oder Brasilien, unterstreicht Edozien. „Wir haben nur das kurzfristige Problem. Und wir sind keineswegs am Rande des Bankrotts."

Dennoch wurde sehr kräftig die Notbremse gezogen. Die Importe, Anfang 1982 noch bei 1,2 Milliarden Naira im Monat, wurden inzwischen mit drastischen Restriktionen auf die Hälfte heruntergebracht. Und auch die Regierungsausgaben wurden eingeschränkt.

Die neue Sparsamkeit bereitet den ausländischen Unternehmen im Lande, davon fast 200 aus der Bundesrepublik (dem nach Großbritannien zweitwichtigsten Handelspartner) nicht eben Freude. „Wir hangeln uns von Importlizenz zu Importlizenz und von Überweisung zu Überweisung", stöhnt W. Nadebusch, Chef des nigerianischen VW-Montagewerks, das seine Teile aus Deutschland bezieht.

Auch die gekürzten und gestreckten Großprojekte dämpfen manche Umsatzerwartung. „Wir sehen die aber gar nicht so schwarz", meint Karl Heinz Eger, Geschäftsführer der Brown Boveri Nigeria Ltd. in Lagos. „Zum einen muß man das alles langfristig betrachten. Auf und Ab hat es hier immer gegeben. Zum anderen bauen wir notwendige Infrastrukturanlagen wie Kraftwerke und Überlandleitungen. So ganz ungeschoren sind wir natürlich auch nicht davon gekommen."

Immerhin setzte die Tochter der schweizerischen BBC 1982 noch runde 70 Millionen Franken im Lande um, überwiegend im Bereich der Energieversorgung. Selbst der Gewinntransfer klappt noch einigermaßen, wenn auch mit erheblichen Verzögerungen. Die Laune läßt man sich davon auch nur gelegentlich verderben: „Es ist nicht so, daß hier Torschlußpanik herrscht und daß keine Geschäfte mehr zu machen sind", wiegelt VW-Manager Nadebusch ab. Der Einbruch sei im Gegenteil sogar heilsam: „Jetzt setzt sich endlich die Erkenntnis durch, daß eine eigene Industrie aufgebaut werden muß."

Erste Gehversuche dabei wurden bereits unternommen. So ließ sich das Land, das sowohl über Erz- als auch über Kohlevorkommen verfügt, zwei Stahlwerke bauen, eins von den Deutschen, das andere von den Russen. Da man aber vergaß, die Bergwerke vorher einzurichten, müssen Kohle und Erz erst einmal teuer importiert werden. Teuer kommt es auch zu stehen, daß die drei zugehörigen Walzwerke teils 600 Kilometer und mehr von den Stahlproduktionen entfernt sind.

Doch diese auf den ersten Blick völlig unsinnige Planung zeigt deutlich die Probleme eines Bundesstaates, der von Stammeshäuptlingen regiert wird, Islam und Christentum nebeneinander als Hauptreligionen und dann auch noch 270 Stammessprachen zu bewältigen hat. Damit keine Eifersüchteleien aufkommen, muß alles gleichmäßig verteilt werden.

Der Weg, den Nigeria noch zu gehen hat, um ein Industriestaat zu werden, wird dadurch nicht kürzer. Doch der Kompromiß zwischen wirtschaftlicher Vernunft und innenpolitischer Weisheit ist langfristig wahrscheinlich die einzige Chance, überhaupt ans Ziel zu gelangen.

MÜNCHENER RÜCK / Ergebnis erneut verschlechtert

Unveränderte Dividende?

DANKWARD SEITZ, München

Obwohl das Ergebnis aus dem Rückversicherungs-Geschäft 1982 nochmals deutlich schlechter ausfallen wird als im Vorjahr, stellt die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG ihren Aktionären für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) wieder eine unveränderte Dividende von 18 Prozent in Aussicht. Ermöglicht wird dies, wie es in einem Zwischenbericht heißt, durch das allgemeine Geschäft, das einen „stark erhöhten Überschuß" gebracht hat.

Deutlich verlangsamt hat sich den Angaben zufolge das Beitragswachstum. Während im Vorjahr noch ein Plus von 14 Prozent erzielt werden konnte, stiegen die Einnahmen jetzt nur um etwa 4,5 Prozent auf 9,5 Mrd. DM. Im Inlandsgeschäft habe sich in der Feuerversicherung ein leichter und in den Technischen Versicherungen sowie in der Kfz-Sparte ein spürbarer Rückgang ergeben. Gerade letzterer Zweig hatte im Vorjahr einen starken Zuwachs ausgewiesen. Auch im Auslandsgeschäft hätten die Sparten Feuer, Transport und Technische Versicherungen ermäßigte Raten gebracht, doch spiegelten die DM-Beträge aufgrund der Wechselkursveränderungen die tatsächliche Geschäftsausweitung nicht wider.

Daß das versicherungstechnische Ergebnis sowohl im Inland als auch im Ausland wesentlich schlechter ausgefallen ist, wird mit einer erneut „spürbaren Verschlechterung der großen Masse des Geschäfts" begründet. Zusätzlich hätte ein starker Anstieg der Größtschäden erheblich belastet. Dennoch wird sich, so der Vorstand, insgesamt keine Entnahme, sondern erneut eine „nicht unerhebliche" Zuführung zu den Schwankungsrückstellungen ergeben. Die Hauptversammlung findet am 9. Dezember statt.

Renten weiter unsicher

Am Rentenmarkt konnte sich keine klare Linie durchsetzen. Es wächst die Furcht vor restriktiven Maßnahmen der Bundesbank, um auch von dieser Seite her die Stellung der DM auf den Devisenmärkten zu stützen. Unter Druck lagen öffentliche Anleihen mit mittleren Laufzeiten, wo es Abschläge bis zu 0,40 Prozentpunkten gab. Langläufer waren dagegen eher gesucht. Im mittleren Bereich scheint sich die Renditekonkurrenz der Pfandbriefe auszuwirken. DM-Auslandsanleihen nur wenig verändert.

	2. 8.	2. 8.
M 5½ Bayer.Hypo Pf 14	89,75G	89,75bG
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6¾ dgl. Pf. 2	93,5G	93,5bG
7 dgl. Pf 3	93,5G	94G
7 dgl. Pf 27	–	–
6½ dgl. KS 14	94,25G	94,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	121,5G	121,5G

	3. 8.	2. 8.
Br 6½ dgl. Pf 77	93G	93G
6 dgl. Pf 42	99,85G	99,85G
8½ dgl. Pf 47	101,75G	101,75G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	69,5G	69,5G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78,5	78,5G
6 dgl. Pf 130	90,6G	90,6G
8½ dgl. Pf 133	86G	86G
10 dgl. Pf 168	100,25G	100,5

	3. 8.	2. 8.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7½ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	88GTG	88GTG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	93G	93G
7 dgl. Pf 87	93,5bG	93,5G
7½ dgl. Pf 104	95bG	95G
7 dgl. KS 49	92,5G	92,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G

Optionsscheine

	3. 8.	2. 8.
F 11 BASF 82	45,3	44,7
7¼ Bayer Fin. 79	41,2	40,5
10½ Bayer Fin. 82	51	45,9
6¾ Ciba-Geigy 75	920	902
3½ Commerzbk. 78	50,4	49
4¾ Dt. Bk. Comp. 77	135	134,5
10 Hoechst 75	218	219
6¾ dgl. 79	50,9	50
8 Hoechst 83	55	54
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1250	1275
Mitsui 82	290	285
7¾ Siemens 93	157	153,8
6½ Wells F. 73	283	282

Optionsanleihen

F 8½ BASF 74 m O	142,25G	142G
8½ BASF 74 oO	101,25G	101,25
M 3½ Stumpf 82 mO	194TB	194TB
M 3½ Stumpf oO	79G	79G

Währungsanleihen

F 8 Brasilien 72	99,5G	99,5G
6¾ Kopenhagen 72	94,75	94,75T
9½ dgl. 79	–	99,8G

Optionsanleihen

F 3½ ComBk. Int. 78 mO DM	109,25	108,5
F 3½ dgl. 78 oO DM	86,5	86,75T
4½ C.F.DT. Bk. 77 mO $	121	122T
4½ dgl. 77 oO $	79,5	79,5
7½ Jap. Synth. 82	148,9	151G
7½ dgl. 82 oO	97,8T	97,8G
F 6½ Wells F. 73 mO DM	124G	124G
6½ dgl. 73 oO DM	96G	96,5G

Optionsscheine

F 6½ BASF 74	61,1	59,8
Stumpf 78	1090B	1157B

Wandelanleihen

F 5 Bayer 69	101,2	101,2
5 Bay Wa 75	119B	119B
H 8 Beiersdorf 82	171G	171G
F 4½ Commerzbk. 78	99,35	99,35
D 9 Grimes 74	316G	310
6½ KSB 83	131T	131bG

Privatplazierungen

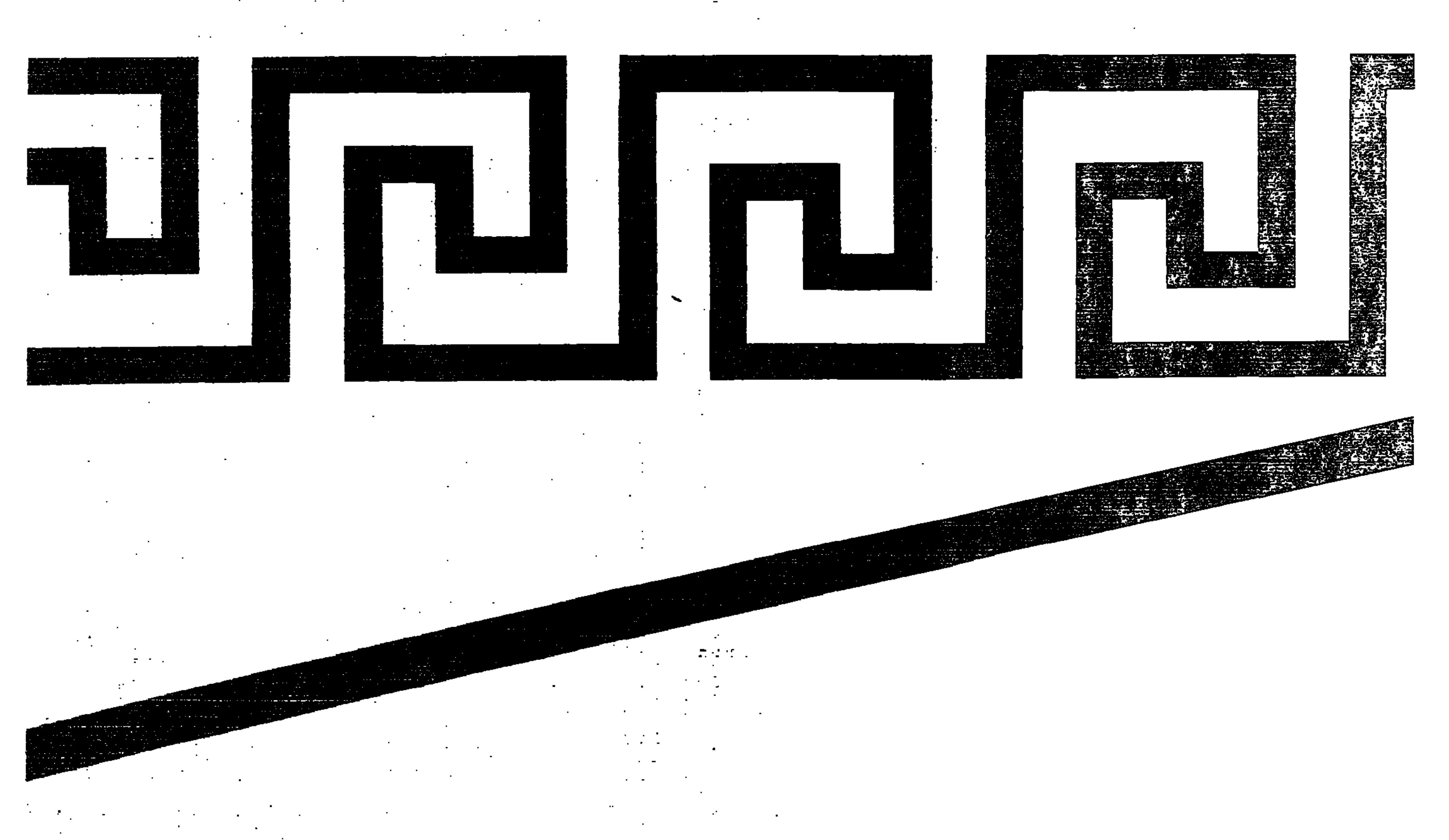
DM-Auslandsanleihen

F 6 AKZO 84	98,5G	98,5G
6½ dgl. 86	98/99	98/99
7¾ Arbed 83	97,5T	97,5T
7½ dgl. 86	97,25G	97,25G
9 dgl. 87	92,75T	92,75T
F 6¾ Ardal 89	94,7/5,7	94,7/5,7
10 dgl. 88	103/3,75	103/3,75
8 Austr. 87	101/2,5	101/2,5
8¾ dgl. 87	102,5	102,5
F 7¼ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6/100	99,6/100
6½ Estel 84	96,5G	96,5G
6¾ dgl. 85	95,5G	95,5G
8½ dgl. 87	96,5	96,5
6¾ Euratom 91	91,75-2	91,75-2
F 6¾ Eurofima 87	98,5G	98,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	92T	92T
5½ Lufthansa 86	98,75G	98,75G
6 Montanunion 90	94,25G	94,25G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	98,5G	98,5G
7½ Parker-H. 87	97,5G	97,5G
7½ Schweden 89	98,5/9,2	98,5/9,2
F 6¾ Weltbank 83	99,9G	99,9G
6¼ dgl. 85	99,2G	99,2G
7¼ dgl. 87	98,5G	98,5G
7¾ dgl. 90	97,5G	97,5G
9 dgl. 88	102	102
8½ dgl. 88	102T	102T
7¾ dgl. 88	99-100	99-100
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	99,25	99,25
11 dgl. 91	113,5G	113,5G

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	3. 8.	2. 8.
F L'Air Liquide	149G	140
D Akzo	65,5	64,5
F Alcan	95,7	93
F Alcoa	101,5	100
F Alg. Bk. Nedld	349	342
F All Nippon Air	3,5G	3,5G
F Amax	71	70
F Am. Cyanamid	124G	124G
D American Expr.	157	157
D Am. Motors	19,95	20
F Am. T & T	162,5	162,8
F Amro Bank	58,7	58,7
M Anglo Am. Gold	314,4	315E
F Anglo Am. m D	55	56,5
F dgl. o D	56	56,5
F Arbed	60G	59G
F Asahi Chem	4,05	3,95
M Atl. Richfield	139,3	135,3
H Atlas Copco	38G	37
M Avon	75,3	75,8
F Bell Canada	21	21,35
F Banco Central	24,4	24,2
F Banco de Bilbao	19,1bG	19,1
F Banco de Santander	17,6	17,6
F Banco de Vizcaya	30,1	29,5
F Banco Hisp. Americ.	18	18,1
D Beatrice Foods	69T	69T
D Bell Canada	55T	56T
F Black & Decker	53bG	52G
F Boeing	110	113
F Bowater	9,1	9,3
D BP	16,3	16,05
M Broken Hill	23,3	23,7
F Bull	12	12,05G
F Cdn. Pacific	103	103
F Canon	15,9	15,4
F Casio Comp.	16	16,2
F Caterpillar	118,5	117
D Ch. Manhattan	129	129
F Chrysler	75,8	73,5
M Citicorp.	100,1	97,6
F City Investing	91G	90G
F Coca-Cola	129,5bB	125
D Colgate	56G	56,5G
F Cons. Gold F	23	22,5
D Cont. Group	106G	105G





Aktien wieder im Auftrieb

Auto- und Einzelhandelspapiere im Vordergrund

DW. – Die Bemühungen um eine Stabilisierung der DM auf den Devisenmärkten honorierten die Anleger mit verstärkten Anlagekäufen. Daran waren zum ersten Mal seit einigen Tagen auch wieder Ausländer beteiligt. Obwohl nach deutlichen Kurssteigerungen in zahlreichen Standardaktien besonders auch bei den Autowerten im Verlaufe Gewinne realisiert wurden, blieb die Tendenz bis zum Schluß freundlich, zumal auf ermäßigter Basis sofort wieder Kaufbereitschaft festzustellen war, vor allem auch aus dem Kreise der privaten Bankenkundschaft. Zu sprunghaften Anhebungen kam es bei den Einzelhandelswerten, ausgelöst durch die günstige Horten-Prognose für das laufende Jahr.

Neben Horten, wo der Kurs an zwei Börsentagen um 14 DM zugelegt hat, stiegen auch Karstadt (plus 7,50 DM) und neuerdings auch Salamander (plus 9 DM). Bei den Autowerten erreichten VW mit 218 DM (plus 8 DM) einen neuen Jahreshöchststand. Ausländer interessierten sich vor allem wieder für Siemens (plus 4,50 DM), zum Teil auch für Titel der Großchemie, deren Kurse jedoch nur wenig anzogen. Im Hintergrund blieben Bankaktien, aber vor allem auch Maschinenbaupapiere, bei denen es sogar überwiegend leicht rückläufige Notierungen gab.

Düsseldorf: Stolberger Zink ermäßigten sich um 20 DM auf 1040 DM, Kabelmetal gaben um 4,50 DM auf 133 DM nach und Ford sanken um 10 DM auf 1150 DM. Gerresheimer Glas erhöhten sich um 2,30 DM auf 122,80 DM, Kochs Adler stiegen um 5 DM auf 266 DM und Schiess befestigten sich um 1,50 DM auf 122 DM.

Frankfurt: VW konnten sich bei lebhaften in- und ausländischen Käufen auf 216,30 DM plus 5,80 DM verbessern. Von Nebenwerten blieben Südzucker 350 DM minus 6 DM, Heidelberger Zement, 428 DM minus 7 DM, die Blauen Quellen 299 DM plus 14 DM und Thüringer Gas-Bezugsrechte 68 DM plus 2 DM bei 720 Stück Umsatz.

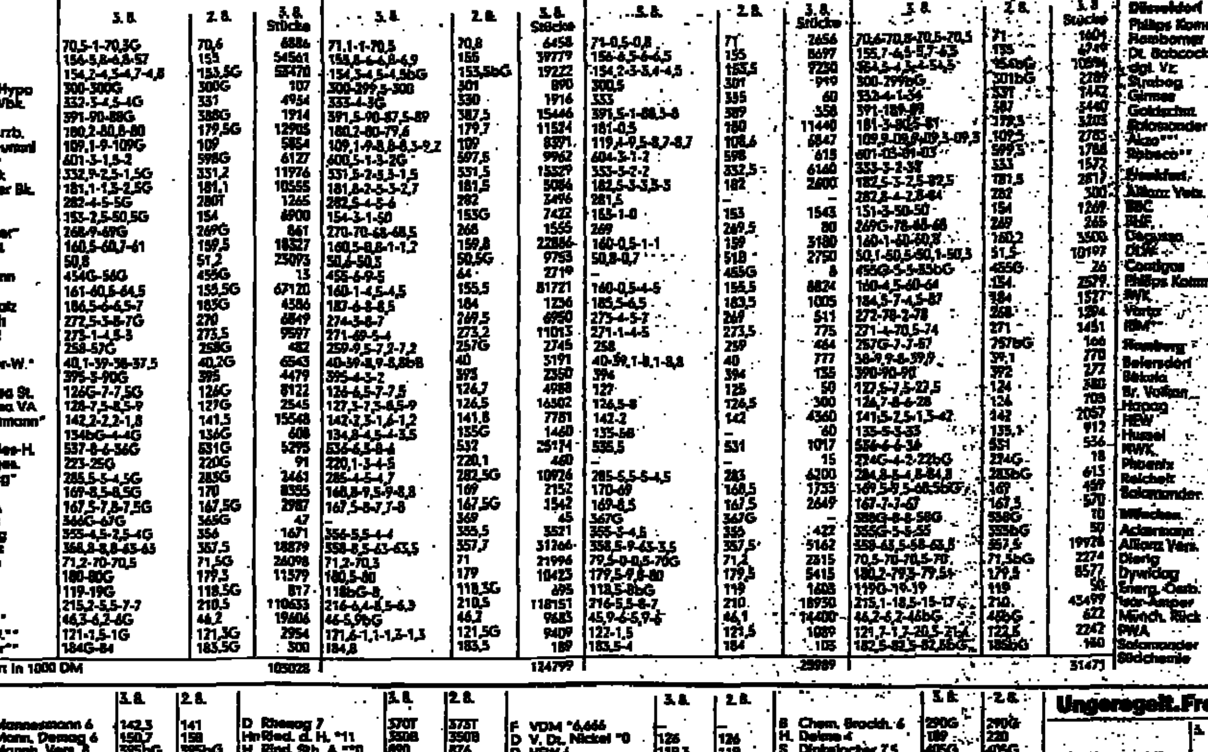
Hamburg: HEW blieben bei 102 DM unverändert und NWK-Vz. wurden mit 162,50 DM plus 0,40 DM bezahlt. Phoenix Gummi gaben auf 136 DM und Reichelt auf 84 DM je um 1 DM nach. Hapag Lloyd fielen auf 41 DM minus 1 DM zurück.

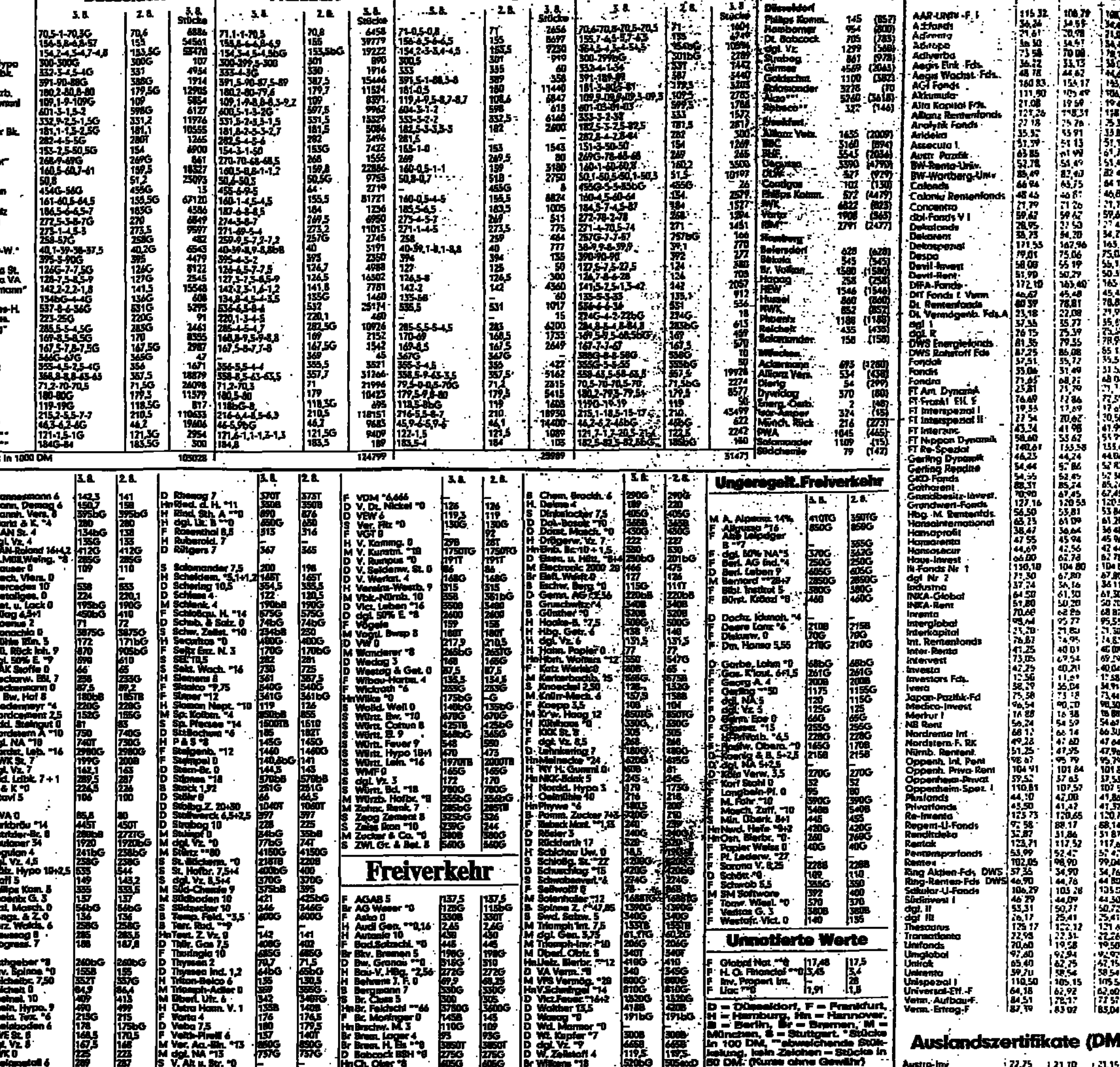
München: Agrob Vz. erhöhten sich um 2 DM auf 345 DM, Dywidag stiegen um 3 DM auf 290 DM und Hutschenreuther schlossen mit einem Plus von 12 DM auf 270 DM. Gehe AG verminderten sich um 6 DM auf 207 DM und Leonische Draht gaben um 5,50 DM auf 335 DM nach.

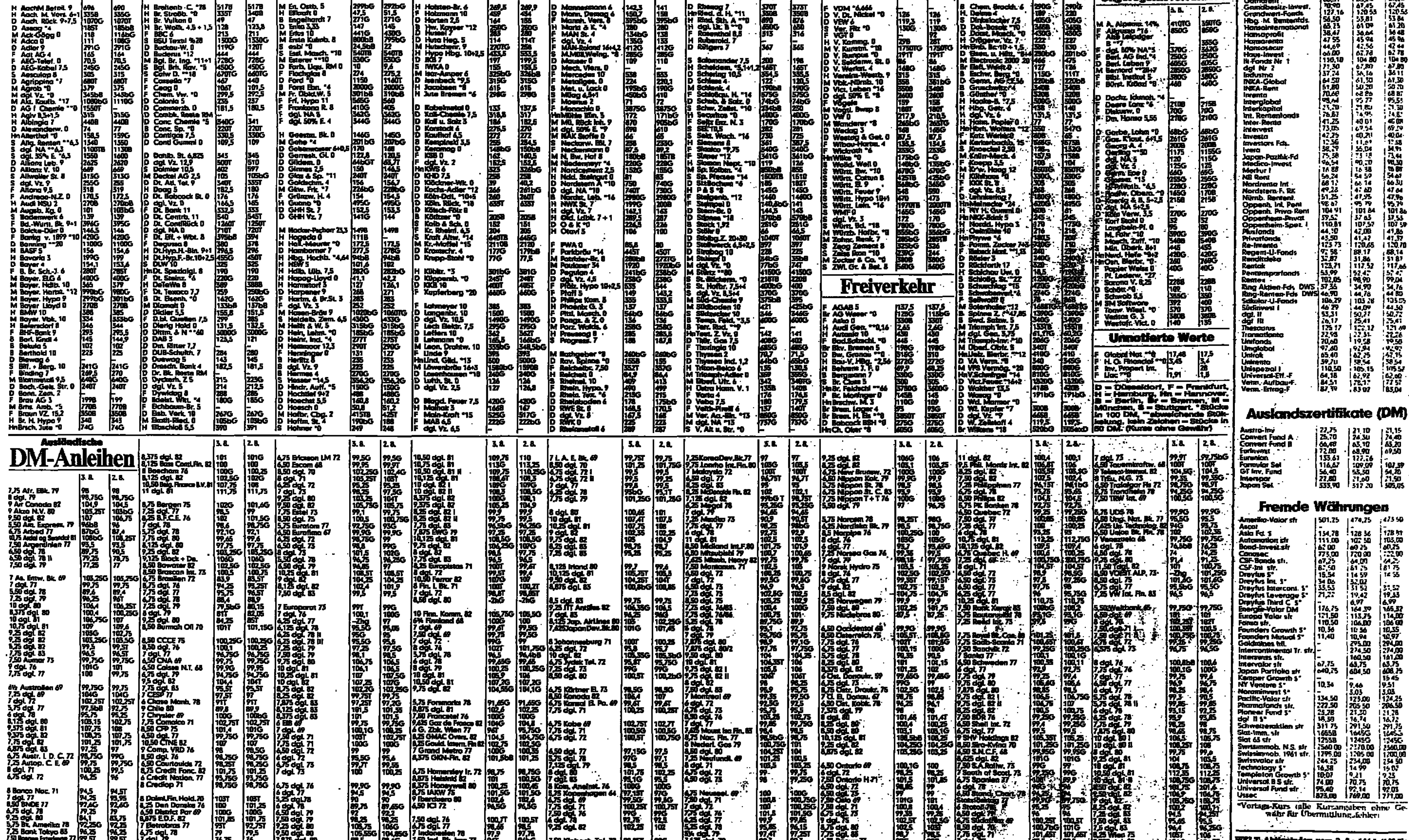
Berlin: DUB-Schultheiss lagen um 8 DM fester. DeTeWe verbesserten sich um 3 DM und Herlitz Stämme um 2 DM. Kempinski lagen um 0,50 DM und Berliner Kindl um 0,10 DM geringfügig freundlicher. Berthold und Herlitz Vorzüge mußten um 2 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze







Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel vom 3. 8.

Kaufoptionen: AEG 10-70/5,60, 10-75/4, 1-70/7, 1-75/6, 1-90/3, 4-80/8, 4-85/6, Siemens 10-310,05/40, 10-328,05/38, 10-360/15, 4-400/14, Veba 10-180/7,50, 1-170/21, 1-180/16,40, 1-190/8,30, 1-200/6, 4-190/14, 4-200/10, BASF 10-250/8,55, 10-160/4,40, 1-145/18,10, 1-160/8, 1-170/6, 4-150/18,50, 4-160/13,60, 4-170/8,80, 4-180/4,65, Bayer 10-138/17,65, 10-146/9,15, 10-150/8, 1-140/16,30, 1-246/19, 1-160/8, 4-170/6,20, 4-180/7,00, Hoechst 10-144,50/15,60, 10-150/11, 10-160/5,40, 1-144,50/19,15, 1-150/16, 1-170/8, 4-160/14, 4-250/21,20, BMW 10-400/19,90, 10-420/8, 1-420/30, VW 10-170/44, 10-180/35, 10-190/25, 10-200/16, 10-210/9,60, 1-170/45, 1-180/35,50, 1-190/26, 1-200/23,60, 1-310/24, 1-220/12,00, 1-230/8,20, 1-240/5,65, 4-200/32, 4-210/31, 4-220/20, 4-230/12, Conti 10-110/5, 1-95/19,90, 1-110/9,80, 1-120/5, 4-110/15, 4-120/7,50, 4-130/6,60, Commerzbank 10-170/13, 10-190/9,70, 1-180/16,10, 1-210/5, 4-180/23,80, 4-190/17, 4-200/13, Deutsche Bank 1-370/9,60, Dresdner Bank 10-166/19,60, Hoesch 10-50/4,40, 10-55/2, 10-60/1, 1-50/7,85, 1-5/4,40, 1-60/3,10, 4-55/6,50, 4-60/4,90, Mannesmann 10-150/4,40, 1-140/12,40, 1-150/9,50, 1-160/5,90, 1-170/2,90, 4-150/13,35, 4-160/8, 4-170/6,40, 4-180/4,20, Preussag 10-270/15, 1-290/11, Thyssen 10-80/1,40, 1-75/5,40, 1-80/3,50, 4-75/7, 4-90/3,10, Avig 1-330/26, Bewag 1-100/8,40, Deutsche Babcock 10-180/8, 1-180/13, Deutsche Babcock Vorz. 1-170/8,40, 4-180/10, GHH 1-180/14,50, 1-170/2,60, Kali + Salz 1-300/7,40, 10-190/8, Karstadt 1-280/10, Kaufhof 10-270/12,20, Kloeckner 10-45/1,50, Mercedes 10-530/30, RWE 4-180/9,50, RWE Vorz. 1-170/12,60, VEW 10-120/8, Chrysler 1-75/11, Xerox 10-120/7, Sony 4-40/4,85, Philips 1-45/5,90, Royal Dutch 1-130/15,40, 1-130/10,90, Elf 1-6/8,40, Norsk Hydro 4-190/20,60. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-65/1,40, 1-65/2, 1-70/3, Siemens 10-350/5, 4-340/7, Veba 10-170/2, 4-170/6, 4-190/8,60, Bayer 10-150/2,50, 10-160/6,60, 1-150/3,10, Hoechst 10-150/1, 10-160/2,50, 4-160/7,60, BMW 10-380/6, 10-390/4,80, VW 0-200/4,80, 1-180/2, 4-200/8,60, Conti 4-110/4,70, Lufthansa 10-130/7, Commerzbank 10-180/4,80, 1-180/5,40, Deutsche Bank 4-340/13,50, Dresdner Bank 10-180/4, Hoesch 10-55/4,20, Mannesmann 1-150/10, 4-150/13,80, Preussag 1-280/10, Thyssen 10-70/2,30, Bay. Hypobank 4-320/15, BBC 10-210/8,40, 4-210/15,60, Daimler 10-610/10,60, 1-610/30, Kloeckner 4-45/5,85, Alcan 4-100/8, Chrysler 10-75/2, 10-80/7,60, General Motors 10-190/9, IBM 10-310/15, 1-310/19,95, 1-320/19,40, Philips 10-45/2,20, Royal Dutch 10-120/6, 1-130/10,40, Elf 4-50/5.

592 Optionen 31 700 (26 650) Aktien, davon 99 Verkaufsoptionen.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 3. 8.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10 –10⅛	5 –5⅛	4¾–5⅛
3 Monate	10⅜–10⅝	5⅜–5⅝	4⅞–5¼
6 Monate	10⅞–11⅛	5¾–6	5 –5¼
12 Monate	11⅛–11⅜	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 3. August folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1525,00	1863,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1223,00	1437,01
5 US-Dollar (Liberty)	533,00	661,35
1 £ Sovereign alt	254,00	312,36
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	191,00	251,94
10 Rubel Tscherwonez	266,00	331,74
2 südafrikanische Rand	251,00	308,94
Krüger Rand, neu	1115,00	1316,70
Maple Leaf	1115,00	1316,70
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	249,00	318,06
20 schweiz. Franken „Vreneli"	214,00	272,36
20 franz. Franken „Napoléon"	211,00	269,04
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1035,00	1248,53
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,08
10 österr. Kronen (Neuprägung)	110,00	142,50
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	480,00	582,10
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

3. 8. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	2,6573	2,6653	2,6271	2,61	2,70
London1)	3,996	4,010	3,957	3,93	4,10
Dublin1)	3,153	3,167	3,096	3,11	3,25
Montreal3)	2,1523	2,1603	2,1226	2,11	2,20
Amsterd.	89,370	89,590	89,37	88,50	90,30
Zürich	123,990	124,180	124,06	123,25	126,00
Brüssel	4,983	5,003	4,945	4,88	5,10
Paris	33,155	33,315	32,355	32,25	34,25
Kopenh.	27,765	27,885	27,548	26,75	28,75
Oslo	35,725	35,845	35,11	35,00	36,75
Stockh.**)	34,010	34,170	33,61	33,25	35,00
Mailand2) **)	1,685	1,695	1,638	1,65	1,75
Wien	14,211	14,251	14,215	14,14	14,38
Madrid**)	1,763	1,773	1,658	1,73	1,85
Lissabon**)	2,180	2,200	2,090	1,84	2,75
Tokio	1,0930	1,0960	—	1,05	1,11
Helsinki	46,830	47,030	45,97	46,00	47,75
Buen. Air.	—	—	—	—	20,00
Rio	—	—	—	0,10	0,75
Athen*) **)	3,1065	3,1605	—	2,50	3,30
Frankf.	—	—	—	—	—
Sydney*)	2,3235	2,3425	—	2,25	2,38
Johannesbg.*)	2,3965	2,4125	—	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert; **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Das Devisengeschäft am 3. 8. verlief ruhiger als zu Wochenbeginn. Nach 2,6560 zu Beginn zog der Kurs auf 2,6625 an, fiel gegen Geschäftsschluß schließlich auf 2,6600 zurück. Die Deutsche Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notiz von 2,6613 66,15 Mio. Dollar. Im Freiverkehr dürfte es ebenfalls zu Interventionen – allerdings in kleinerem Umfang – gekommen sein. Freundlicher für die D-Mark gestaltete sich das Bild gegenüber dem Schweizer Franken, der von 124,365 auf 124,08 zurückfiel. Wahrscheinlich wird die bisherige starke Abschwächung der D-Mark als übertrieben empfunden. Das Britische Pfund notierte mit 4,003 um 2,2 Pfg. schwächer. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen muß mit uneinheitlich bezeichnet werden. US-Dollar in: Amsterdam 2,9725; Brüssel 53,27; Paris 8,0035; Mailand 1574,55; Wien 1870,10; Zürich 2,1448; Irischer Pfund/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5042.

Ostmarkkurs am 3. 8. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 23,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Deports für US-Dollar wurden am 3. August enger gehandelt, was in erster Linie auf stärkere DM-Nachfrage am Euromarkt zurückzuführen ist. Alle FF-Abschläge wurden erweitert genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,17/1,07	3,44/3,34	6,63/6,43
Pfund/Dollar	0,09 / 0,11	0,24 / 0,28	0,45 / 0,50
Pfund/DM	2,10/0,70	5,10/3,70	9,30/9,90
FF/DM	36/20	36/80	188/170

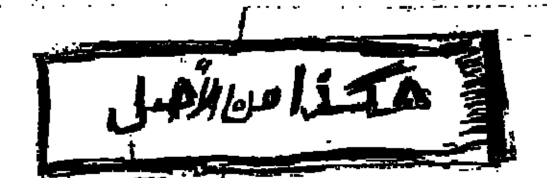
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 3. 8.: Tagesgeld 5,0–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,35–5,45 Prozent; Dreimonatsgeld 5,55–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 3. 8.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 3. 8.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 20. Juli 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/10 (Typ A) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,35) – 8,25 (6,25) – 9,00 (6,87) – 9,25 (7,27) – 9,75 (7,61). Ausgabe 1983/10 (Typ B) 4,25 (4,25) – 6,50 (5,37) – 8,25 (6,32) – 9,00 (6,98) – 9,25 (7,43) – 9,75 (7,82) – 9,75 (8,09) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,82, 2 Jahre 7,09. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,60, Rendite 7,85.



Warenpreise – Termine

Fester schlossen die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Dienstag an der New Yorker Comex. Während Kaffee höher bewertet wurde, ging Kakao uneinheitlich aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	2. 8.	1. 8.
Weizen Chicago (c/bush)		
Sept.	375,25	360,00
Dez.	392,50	397,50
März	401,50	404,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	unerhält.	236,84
Amber Durum	unerhält.	243,04
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	unerhält.	geschl.
Okt.	unerhält.	geschl.
Dez.	unerhält.	geschl.
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	geschl.	95,00
Okt.	95,10	geschl.
Dez.	96,15	geschl.
Hafer Chicago (c/bush)	2. 8.	1. 8.
Sept.	169,75	169,75
Dez.	153,50	184,00
März	195,50	195,75
Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	334,00	330,25
Dez.	338,25	335,50
März	348,00	345,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	2. 8.	1. 8.
Okt.	107,00	geschl.
Dez.	110,00	geschl.
März	115,00	–

Genußmittel

	2. 8.	1. 8.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Sept.	125,30	125,05
Dez.	125,65	125,25
März	124,30	123,90
Kakao New York ($/t)		
Sept.	2345	2365
Dez.	2405	2400
Terminkontr. März	2398	2400
Umsatz	4726	4938
Zucker New York (c/lb)		
unkontr. Nr. 11 Sept.	12,05	11,50
Okt.	12,39	12,05
Jan.	12,85	12,47
März	13,29	12,90
Mai	13,51	13,12
Umsatz	20 472	13 450
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	2. 8. 11,07	1. 8. 10,97
Kaffee London (£/t) Robusta-	2. 8.	1. 8.
Kontrakt Sept.	1664–1665	1645–1646
Nov.	1657–1659	1629–1630
Jan.	1638–1640	1607–1608
Umsatz	3448	1668
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1693–1694	1640–1642
Dez.	1720–1721	1663–1665
März	1699–1700	1650–1652
Umsatz	8494	3673
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt.	197,50–198,25	187,00–187,25
Dez.	203,00–204,00	192,50–193,50
März	212,00–212,25	202,25–202,50
Mai	215,00–215,25	206,00–206,25
Aug.	–	–
Umsatz	9192	3084
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	2. 8.	1. 8.
schw. Sarawak spez.	247,50	347,50
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	365,00	365,00
Orangensaft New York (c/lb)	2. 8.	1. 8.
Sept.	118,25	117,85
Nov.	115,80	115,30
Jan.	110,80	110,20
März	109,80	109,20
Mai	109,80	109,20
Umsatz	200	125

Öle, Fette, Tierprodukte

	2. 8.	1. 8.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	37,50	36,50
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	22,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Aug.	25,50	24,45
Sept.	25,10	24,38
Okt.	25,30	24,52
Dez.	25,55	24,88
Jan.	25,75	25,03
März	25,95	25,20
Mai	26,10	25,30
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	27,00	27,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	18,25	18,00
Choice white hog 4% fr. F.	16,825	16,825
Talg New York (c/lb) top white	15,50	15,25
fancy	15,00	14,75
bleichfähig	14,75	14,50
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,50
Schweine Chicago (c/lb) Aug.	46,55	47,27
Okt.	41,30	41,65
Dez.	43,25	43,25
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Aug.	55,95	56,80
Febr.	61,85	62,70
März	61,25	62,05
Häute Chicago (c/lb)	2. 8.	1. 8.
Ochsen einh. schwere River Northern	60,00	60,00
Kühe einh. schwere River Northern	60,00	59,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Aug.	746,00	728,50
Sept.	751,00	734,00
Nov.	770,00	754,00
Jan.	782,50	769,00
März	793,00	781,00
Mai	798,50	788,00
Juli	803,00	792,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Aug.	209,50	204,00
Sept.	210,00	206,00
Okt.	211,50	207,50
Dez.	217,00	213,70
Jan.	219,00	215,00
März	221,50	219,00
Mai	224,00	222,40
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	2. 8.	1. 8.
Juli	geschl.	301,00
Okt.	315,20	geschl.
Dez.	322,00	geschl.
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	2. 8. 45,00	1. 8. 45,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	2. 8. 800,00	1. 8. 780,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	492,50	480,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	462,50	460,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	143,00	137,00
Kopra Rotterdam ($/t) Phil./Indon. cif	–	–
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1000,0	1010,0
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	–	250,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	2. 8.	1. 8.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Okt.	80,10	80,20
Dez.	81,00	81,25
März	81,55	81,90
Mai	81,82	82,25
Juli	81,95	81,84
Okt.	76,95	76,20
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	58,50	58,50
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	2. 8.	1. 8.
Aug.	448–460	448–460
Okt.	450–452	448–451
Dez.	449–452	448–451
Umsatz	56	28
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	2. 8.	1. 8.
Okt.	45,20	geschl.
Dez.	45,70	geschl.
März	46,00	geschl.
Mai	46,30	geschl.
Umsatz	675	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	2. 8.	1. 8.
Okt.	585,0–586,5	geschl.
Dez.	582,0–582,5	geschl.
März	597,5–598,0	geschl.
Umsatz	19	0
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	2. 8.	1. 8.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	2. 8.	1. 8.
Aug.	13 750	unerhält.
Sept.	13 578	unerhält.
Kautschuk London (p/kg)	2. 8.	1. 8.
Nr. 1 RSS loco	80,50–81,50	80,00–81,50
Sept.	80,70–80,80	79,80–81,00
Okt.	80,80–81,50	79,20–79,90
Okt./Dez.	80,70–80,80	79,10–79,30
Tendenz: stetig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	2. 8.	1. 8.
Nr. 1 RSS loco:	267,50–268,50	265,50–266,50
Aug.	268,50–269,50	266,50–267,50
Sept.	270,00–270,50	268,50–269,50
Nr. 2 RSS Aug.	264,00–265,00	262,00–263,00
Nr. 3 RSS Aug.	260,50–261,50	258,50–259,50
Nr. 4 RSS Aug.	254,50–255,50	252,50–253,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	2. 8.	1. 8.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (-); BTC – (-); BTD – (-).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	3. 8.	2. 8.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	105,46–105,66	106,04–106,24
drittfolg. Monat	109,47–109,67	110,07–110,28
Zink: Basis London		
laufend. Monat	205,91–206,11	206,84–207,24
drittfolg. Monat	212,13–212,53	213,09–213,29
Produz.-Preis	218,55	218,49
Reinzinn 99,9%	3758–3795	3671–3707

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	3. 8.	2. 8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	454,33–456,74	455,21–457,63
Blei in Kabeln	113,25–114,25	113,75–114,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorziehdraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeitsteller.

Messingnotierungen

	3. 8.	2. 8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	370–393	371–394
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–422	418–423
MS 63	430–433	430–434

Zinn-Preis Penang

	2. 8.	1. 8.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	30,25	30,01

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	3. 8.	2. 8.
Leg. 225	364	361–364
Leg. 226	366–367	364–366
Leg. 231	394–401	394–401
Leg. 233	409–415	409–412

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	3. 8.	2. 8.
Platin (DM je g)	40,40	40,20
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	35 900	35 900
Rücknahmepr.	35 100	35 100
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	35 730	35 830
Rücknahmepr.	34 660	34 760
verarbeitet	37 500	37 610
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 445	35 545
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	1030,20	1032,10
Rücknahmepr.	994,10	996,00
Verarbeitet	1075,90	1077,90

Internationale Edelmetalle

	3. 8.	2. 8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	412,75	413,75
15.00	411,00	414,25
Zürich mittags	412,50–413,00	413,75–414,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 050	106 600
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	786,80	785,05
3 Monate	805,60	804,05
6 Monate	826,10	824,35
12 Monate	867,60	865,85
Platin (£-Feinunze) London	2. 8.	1. 8.
fr. Markt	291,90	284,20
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	99,25	95,55

New Yorker Preise

	2. 8.	1. 8.
Gold H & H Ankauf	414,25	411,25
Silber H & H Ankauf	1187,00	1154,00
Platin fr. Händlerpr.	450,00–455,00	450,00–455,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	148,00–150,00	146,00–149,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Aug.	1194,00	1179,50
Sept.	2101,00	1185,00
Dez.	1232,00	1216,00
Jan.	1245,30	1231,30
März	1268,30	1252,90
Mai	1290,30	1274,60
Juli	1312,30	1296,30
Umsatz	28 000	30 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	2. 8.	1. 8.
Aug.	76,65	76,10
Sept.	77,30	76,85
Dez.	79,60	79,10
Jan.	80,35	79,85
März	81,70	81,20
Mai	82,80	82,40
Juli	84,25	83,60
Umsatz	7500	17 000

Londoner Metallbörse

	3. 8.	2. 8.
Aluminium (£/t) Kasse	1032,0–1032,5	1018,0–1019,0
3 Monate	1059,0–1059,0	1046,0–1047,0
Blei (£/t) Kasse	263,00–263,50	262,00–262,50
3 Monate	273,00–273,50	272,00–272,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1120,5–1121,0	1116,0–1117,0
3 Monate	1145,0–1145,5	1141,0–1141,5
abends Kasse	–	1119,0–1120,0
3 Monate	–	1143,5–1144,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1080,0–1081,0	1081,0–1083,0
3 Monate	1110,5–1111,0	1110,0–1112,0
Zink (£/t) Kasse	513,50–514,00	516,00–517,00
3 Monate	529,00–530,00	532,00–532,50
Zinn (£/t) Kasse	8570–8580	8565–8575
3 Monate	8675–8679	8650–8651
Quecksilber $/Fl.)	–	280–285
Wolfram-Erz ($/t-Einh.)	–	76–78

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klāre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

FINANZANZEIGEN

ROBERT BOSCH GMBH STUTTGART

Bekanntmachung

Der Jahresabschluß und der Konzernabschluß zum 31. Dezember 1982 wurden im Bundesanzeiger Nr. 136 vom 26. Juli 1983 veröffentlicht. Der Geschäftsbericht über das Jahr 1982 kann bei der Robert Bosch GmbH, Abteilung ZS, Postfach 50, 7000 Stuttgart 1, angefordert werden.

Stuttgart, am 27. Juli 1983 — Die Geschäftsführer

STADT YOKOHAMA
7% Deutsche Mark-Anleihe von 1969
– WKN 453 730 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen fand am 27. Juli 1983 unter notarieller Aufsicht eine Auslosung statt. Zur Erfüllung der Tilgungsrate per 30. September 1983 waren nom. DM 6.127.000,– Teilschuldverschreibungen auszulosen. Weitere nom. DM 1.873.000,– werden gemäß § 3 der Anleihebedingungen aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Ausgelost wurden die noch im Umlauf befindlichen Teilschuldverschreibungen der Nummernfolge

77 677 – 97 096 zu je DM 1.000,–.

Diese gelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 30. September 1983 an gegen Einreichung der Mäntel und Zinsscheine per 31. März 1984 uff. bei den nachstehend verzeichneten Banken sowie deren Niederlassungen in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft

Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
The Bank of Tokyo, Ltd.
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Europäisch Asiatische Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank – Girozentrale –
Reuschel & Co.
Schwäbische Bank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Bankhaus Hermann Lampe Kommanditgesellschaft
B. Metzler seel. Sohn & Co
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Einlösungen erfolgen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen.

Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., Amsterdam
The Bank of Tokyo, Ltd., Brüssel, London und Paris
Crédit Lyonnais, Paris
Société Générale de Banque S.A., Brüssel
S.G. Warburg & Co. Ltd., London

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 29. September 1983. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die am 30. September 1983 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Nummernkreise 37202 – 47238, 49598 – 60843 und 64761 – 68685 sind einige Stücke noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden.

Yokohama, im Juli 1983

Stadt Yokohama



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

HINWEIS

Der Zwischenbericht zum 30. Juni 1983 über die Geschäftsentwicklung unserer Bank liegt vor und steht Interessenten auf Anforderung zur Verfügung.

Hohe Bleichen 17, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/3 59 10-0

Hamburg, im August 1983 — Der Vorstand

LEICHTATHLETIK / Ehemaliger Weltrekordler in der „DDR" im Zuchthaus

Diskuswerfer Schmidt verurteilt. Er soll versucht haben, Ausreisepapiere zu fälschen

DANIEL HAUSER, Bonn

Über diese Nachricht wird schon seit längerer Zeit in den Stadien gesprochen: Wolfgang Schmidt (29), Ex-Weltrekordler im Diskuswerfen (71,16 m) und jahrelang Kapitän der „DDR"-Leichtathletik-Auswahl, befindet sich in Haft. Schmidt, so die mittlerweile verläßlichen Informationen, ist seit Anfang des Jahres im Zuchthaus Bautzen – vorerst für die nächsten vier Jahre. Dem Berliner wird zur Last gelegt, er habe versucht, Ausreisepapiere aus der „DDR" zu fälschen. Außerdem habe der Europameister von 1978 in Prag in einer Ostberliner Kneipe im angetrunkenen Zustand damit geprahlt, sich notfalls den Weg in den Westen mit Waffengewalt freizuschießen. Einer der Mithörer soll den Weltpokal-Sieger (1977 in Düsseldorf) denunziert haben. Schmidt wird unerlaubter Waffenbesitz in der „DDR" und die Planung der Republikflucht vorgeworfen.

Schmidts 63jähriger Vater Ernst befindet sich dagegen nach vorübergehender Inhaftierung wieder auf freiem Fuß. Ernst Schmidt, Träger der höchsten Auszeichnungen der „DDR" und eine der zentralen Figuren der „DDR"-Leichtathletik, ist weiterhin Mitglied des Trainerstabes – jedoch ohne jegliche Funktion. Ernst Schmidt, seit 20 Jahren Verbandstrainer für die Würfe und einer der wesentlichen Pioniere in Sachen Zehnkampf in der „DDR", soll bis zur Erreichung des Rentenalters in zwei Jahren keinerlei Tätigkeiten mehr ausüben dürfen.

Zurück zur Inhaftierung des Sohnes. Wolfgang Schmidt protestierte beim Olympiasieg des Sowjetrussen Viktor Raschtschupin in Moskau 1980 vehementer als andere „DDR"-Repräsentanten gegen seine – wie er meinte – manipulierte Niederlage. Als Schmidt damals in Moskau zu seinem letzten Versuch ansetzte, pfiffen ihn die sowjetischen Zuschauer aus.

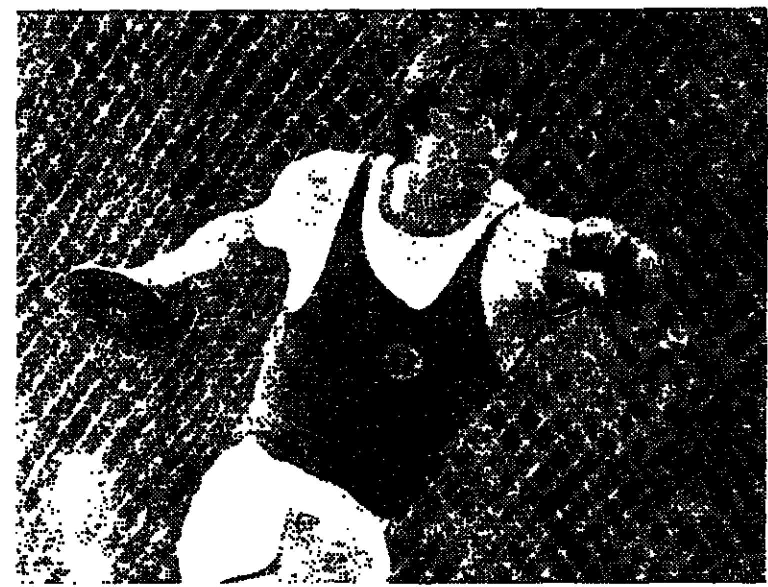
Im vorigen Sommer wurde Schmidt aus dem Kader des Polizeivereins SC Dynamo Berlin ausgeschlossen. Er verlor damit alle Förderungen und Privilegien, außerdem sein Fernstudium als Sportstudent. Er wurde in die „Produktion zurückdelegiert". Der gelernte Elektronik-Facharbeiter arbeitete bis zu seiner Verhaftung in der Verwaltung eines volkseigenen Elektro-Unternehmens in Berlin-Treptow. Seinem Vater wurde damals anheim gestellt, sich entweder für den Sohn oder das System zu entscheiden. Ernst Schmidt entschied sich, offiziell, gegen seinen Sohn.

Doch mit dem Wissen des Vaters quartierte sich Wolfgang Schmidt im letzten Jahr bei den „DDR"-Leichtathletik-Meisterschaften gemeinsam mit seiner kanadischen Freundin, die er 1979 beim Weltpokal in Montreal kennengelernt hatte, in einem Dresdner Hotel ein. Weil auch kaltgestellte Sportler jedoch bei ihrer Mannschaft zu wohnen haben, verstieß dies wiederum gegen „DDR"-interne Regeln. Schmidt fuhr im August 1982 nicht mit zu den Europameisterschaften nach Athen. Die „DDR"-Mannschaftsleitung nannte dafür keine Gründe, erst recht nicht auf Anfrage.

Inzwischen hat Schmidts kanadische Freundin versucht, mit Angeboten zwischen 50 000 und 100 000 Mark den Ex-Weltrekordler aus der „DDR" freizukaufen. Alle Versuche erwiesen sich bis heute als Fehlschläge.

Als am 29. Mai 1983 der Sowjetrusse Jurij Dumtschew in Moskau mit 71,86 m einen neuen Diskus-Weltrekord aufstellte, erwähnten die „DDR"-Zeitungen mit keinem Satz, daß damit der Weltrekord eines „DDR"-Athleten namens Wolfgang Schmidt verbessert worden war. Schmidt wurde lediglich – ohne Kommentar – in den offiziellen Statistiken geführt.

Wolfgang Schmidt war jahrelang eines der großen Aushängeschilder der „DDR"-Leichtathletik. Was jedoch auffiel: Alle Interviews, die er gab, verliefen streng fachlich-sachlich. Schmidt enthielt sich jeglicher Grußadressen an die „DDR"-Sportführung oder gar an die „DDR"-Regierung. Er nahm auch nicht Stellung zum Boykott der Olympischen Spiele 1980 in Moskau, ganz im Gegensatz zu anderen „DDR"-Spitzensportlern.



Er soll Papiere gefälscht haben: Diskuswerfer Wolfgang Schmidt, der lange Zeit den Weltrekord hielt. FOTO: WEREK

HR-Intendant Wolfgang Lehr über Kosten von Fernsehspiel-Produktionen

War die „Buddenbrooks"-Serie riskant?

„Den Intendanten einer Rundfunkanstalt muß vor allem das Ziel der Verwendung der verfügbaren Mittel interessieren." So Wolfgang Lehr, Intendant des Hessischen Rundfunks, in einem Referat zum Thema „Programmauftrag und Wirtschaftlichkeit". Wir veröffentlichen einen kleinen Auszug aus dem Vortrag, der vollständig in Heft 6/83 der „Media Perspektiven" (Frankfurt a. M.) abgedruckt ist und sich speziell mit der Produktion der Fernsehspielredaktion des HR befaßt.

Als sich der Hessische Rundfunk unter der Leitung meines Vorgängers entschloß, Thomas Manns „Buddenbrooks" zu verfilmen, war das für eine Anstalt mittlerer Größe mit schwindendem Eigenkapital, deren Programmproduktionsetat für das Fernsehen damals bei knapp 62 Millionen Mark lag, ein aus der Perspektive der Wirtschaftlichkeit riskantes Unternehmen. Das Projekt war programmlich gesehen zugleich eine Chance und eine Herausforderung für den Hessischen Rundfunk, denn es wurde konzipiert mit Blick auf einen neuen Programmplatz, die Montag-Serie im 1. Fernsehprogramm ab 20.15 Uhr, der damals gerade geschaffen worden war. Als die ersten Schätzungen für die Produktionskosten vorlagen, wurde einerseits deutlich, daß das Projekt in etwa das Doppelte des damaligen Jahresetats der Fernsehspielredaktion schon an direkten Kosten ausmachte. Andererseits war mit der Entscheidung der Programmauftrag des Hessischen Rundfunks in der Sparte ARD-Fernsehspiel für zwei bis drei Jahre abgedeckt. Der Entschluß hatte also Langzeitwirkung.

Die endgültige Produktionsabrechnung lag im Jahre 1979 vor, nach langer Vorbereitung und Planung der dann insgesamt 156 Drehtage im Jahre 1978. Es folgte ein weiteres halbes Jahr für Schnitt, Sprach- und Geräuschsynchronisation sowie für Musikaufnahmen. Für elf Stunden Programm wurden direkte Kosten von rund 7,5 Millionen Mark und anteilige Betriebskosten von rund 5,2 Milionen Mark ausgewiesen, insgesamt also über 12 Millionen. Das Österreichische Fernsehen übernahm sofort einen Anteil, so daß der Aufwand für die Herstellung bei etwa 10,5 Millionen lag. Wir kamen auf Minutenkosten der Erstausstrahlung von rund 16 000 Mark. Dies ist in etwa eine Größenordnung, die für repräsentatve Fernsehfilme heute anzusetzen ist, aber gemessen am Durchschnitt der Sendungen mit Spielhandlungen war dieser Minutenpreis dennoch gut doppelt so hoch. Hinzu kam, daß für die „Buddenbrooks" als anspruchsvolle Literaturverfilmung auch der Publikumserfolg ungewiß war.

In Kategorien ökonomischer Rationalität schien das Unterfangen riskant, ein an Rentabilität orientierter privatwirtschaftlicher Programmproduzent hätte hier sicher gepaßt. Daß die Sehbeteiligung für die „Buddenbrooks" mit 44 Prozent im Durchschnitt aller Folgen der Serie außerordentlich hoch war und die Sehbeteiligungsquote populärer Fernsehserien erreichte – zum Vergleich: die Literaturverfilmung „Berlin Alexanderplatz" kam auf „nur" 16 Prozent –, war der erste, der publizistisch-kulturelle Erfolg. Daß die „Buddenbrooks" nach der Erstsendung auch in allen dritten Fernsehprogrammen der ARD ausgestrahlt wurden und in naher Zukunft im 1. Programm an einem günstigen Programmplatz wiederholt werden, daß Auslandsverkäufe im nachhinein den Herstellungsaufwand reduzierten, bestätigt diese Verfilmung eines Meisterwerks deutscher Literatur erwarteter- oder unerwarteterweise heute auch als „wirtschaftlich vernünftiges" Engagement – weil der Sendeminutenpreis unter dem Aspekt mehrfacher Wiederholung sich dem Durchschnitt annäherte. Und dies ist, mangels anderer Bewertungsmaßstäbe im Rundfunk, der einzige Hinweis, dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit im Sinne von Sparsamkeit genügt zu haben.

Den kulturpolitisch interessanten Sachverhalt der weltweiten Ausstrahlung dieser Verfilmung aber, die in 17 Länder übernommen wurde, nämlich in fast alle west- und osteuropäische Länder, darunter im Wege des Programmaustauschs auch in die DDR, sowie in den USA, Südamerika, Südafrika und Australien ausgestrahlt wurde – wie will man ihn bewerten? Mit welchem Abschlag bei den Sendeminutenkosten soll er in Rechnung gestellt werden? Die Gefahr einer Orientierung an Mittelwerten, wie sie die Sendeminutenkosten beispielsweise darstellen und wie sie die Rundfunkanstalten selbst, aber auch z. B. die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) praktizieren, ist doch, daß diese Mittelwerte zur Norm erhoben werden, mit der Folge, daß man formallogisch streng ökonomische Deduktionen von einem Provisorium als Folge undefinierter Leistungsziele ableitet. Der kulturpolitische Effekt ist in Sendeminutenkosten jedenfalls nicht erfaßbar.

Diese Überlegungen gelten im übrigen auch für die im Rahmen des Filmförderungsabkommens unter Beteiligung des Hessischen Rundfunks entstandenen Filme wie etwa die „Blechtrommel" von Volker Schlöndorff oder „Mephisto" von István Szabó, die beide einen Oscar erhielten. Der Hessische Rundfunk trug zu den Herstellungskosten dieser Filmwerke mit 1 Million bzw. 750 000 Mark bei. Daraus ergaben sich Durchschnitts-Minutenkosten für die Erstsendung von rund 7000 und rund 5000 Mark. Ist das viel oder wenig? Die Beurteilung hängt sicher nicht zuletzt von der Qualität der künstlerischen Leistung Schlöndorffs oder Szabós ab, vom ästhetischen Urteil über ihre Arbeit, das sich letztlich aus einem subektiven Erlebnis ableitet.

Hinault operiert

Lannion (sid) – Der viermalige Tour-de-France-Sieger Bernard Hinault (Frankreich) ist am rechten Knie operiert worden. Der Eingriff verlief ohne Komplikationen. Wegen seiner Kniebeschwerden hatte Hinault in diesem Jahr auf einen Tour-Start verzichtet.

UdSSR im Finale

São Paulo (sid) – Bei der Basketball-Weltmeisterschaft der Damen in São Paulo hat die UdSSR als erstes Team das Finale erreicht. Am sechsten Endrunden-Spieltag besiegten die sowjetischen Spielerinnen Jugoslawien mit 98:64.

Wessinghage mit Bestzeit

Menden (sid) – Der Kölner Thomas Wessinghage, Europameister über 5000 Meter, erzielte bei einem Sportfest in Menden über 2000 Meter in 5:01,00 Minuten europäische Jahresbestleistung. Der Wattenscheider Uwe Mönkemeier (5:06,06) wurde Zweiter.

Nechaew nach Düsseldorf

Düsseldorf (dpa) – Neben dem Kanadier Peter John Lee hat der Eishockey-Bundesligaklub Düsseldorfer EG mit Wiktor Nechaew einen zweiten Ausländer verpflichtet. Der 28 Jahre alte Russe Nechaew hatte in der letzten Saison in den USA vergeblich versucht, bei den Profis unterzukommen. In Düsseldorf erhielt er einen leistungsbezogenen Einjahresvertrag.

Beendet Coe Karriere?

London (sid) – Der englische Weltrekordler Sebastian Coe schließt für die nahe Zukunft das Ende seiner Leichtathletik-Karriere nicht mehr aus. Er will nie mehr über 800 m starten. Einen Tag nach seinem Verzicht auf die Weltmeisterschaft in Helsinki erklärte er, nur noch Rennen über 1500 m oder 5000 m zu bestreiten.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: 1. FC Köln – Grasshoppers Zürich 2:1, Darmstadt – Stuttgart 0:5, Timmendorf – Bremen 3:6, Niederaula – Offenbach 1:7, Frankfurt – Piräus 2:3, Castrop-Rauxel – Mönchengladbach 3:11, Hertha BSC – Dortmund 2:0, Charlottenburg – Ferencvaros Budapest 1:3, Coburg – Bayern München 0:5, Lampertheim – Mannheim 0:15, Damme – Schalke 1:3.

WASSERBALL

Acht-Nationen-Turnier in Duisburg, erster Spieltag: Deutschland – Holland 9:5, Australien – Jugoslawien 8:9, UdSSR – Schweden 16:7, Spanien – Italien 6:9.

TENNIS

70. Nationale Deutsche Meisterschaften in Braunschweig: Herren-Einzel, 2. Runde: Gehring (Berlin) – Elter (Essen) 6:3, 6:4, Beutel (Hannover) – Scheller (Göppingen) 6:2, 6:2, Eberhard (Hannover) – Zipf (Amberg) 6:2, 6:3, Westphal (Neuss) – Engert (Mannheim) 2:6, 7:6, 6:2, Hermann (Karlsruhe) – Schwaier (München) 6:4, 6:2, Jelen (Neunkirchen) – Krammenschneider (Bielefeld) 6:4, 6:2, Theissen (Karlsruhe) – Beermann (Weiden) 0:6, 6:3, 6:2, Keretic (Stuttgart) – Becker (Leimen) 6:3, 3:6, 7:5. Damen-Einzel, 2. Runde: Schropp (Heidelberg) – Belzner (Hannover) 6:1, 6:0, Dries (Düsseldorf) – Lippold (Kiel) 6:4, 7:5, Keppeler (Augsburg) – Diesslin (Heidelberg) 7:5, 6:3, Pfaff (Königstein) – Schönig (Krefeld) 6:4, 6:1, Kohde (Saarbrücken) – Lechner (Aschaffenburg) 6:3, 6:1, Wieser (Wolfsburg) – Dinu (Essen) 6:3, 1:6, 6:2, Lütyn (Hamburg) – Cueto (Stuttgart) 7:5, 2:6, 6:4, Vaaßen (Weden) – Meier (Kaiserslautern) 6:2, 6:2.

OLYMPIA

Wer zahlt, darf das Feuer tragen

sid, **Los Angeles**

Erstmals seit Einführung des Fackellaufs, 1936 zu den Olympischen Spielen in Berlin, können im nächsten Jahr auch ausländische Teilnehmer das olympische Feuer durch das Gastgeberland tragen. Dies bestätigte der zuständige Direktor im Organisations-Komitee (OK) der Sommerspiele von Los Angeles, Joel Fishman.

Am 28. Juli, ein Jahr vor der Eröffnungsfeier, hatte das OK 10 000 Interessenten angeboten, gegen eine Spende von 3000 Dollar, also knapp 8000 Mark, das Feuer über jeweils einen Kilometer der Olympia-Stadt näherzubringen. Damit soll der Fackellauf 1984 zur größten Unterstützung für den Jugend- und Familiensport in den Vereinigten Staaten werden. Bereits einen Tag später lagen neben zahlreichen amerikanischen Bewerbungen auch die ersten Anfragen aus Europa vor.

„Unsere ursprüngliche Idee war", so Joel Fishman, „das ganze Land in den Lauf einzubeziehen. Wir waren auf eine internationale Resonanz gar nicht eingestellt und haben nochmals beraten. Das Ergebnis ist: wir begrüßen jeden herzlich, der diesem Ereignis eine noch größere Dimension geben möchte."

Wer das olympische Feuer zwischen dem 8. Mai und dem 28. Juli nächsten Jahres ein Stück von New York nach Los Angeles tragen will, kann sich also beim Organisations-Komitee melden: telefonisch unter der Rufnummer Los Angeles 4686724 oder schriftlich: LAOOC Torch Relay, Los Angeles, California 90084, USA.

Bei telefonischen Anfragen schickt das OK ein Anmeldeformular zu. Wer gleich einen Scheck über 3000 Dollar schickt, wird sofort registriert. Joel Fishman: „Die frühesten Spender haben das erste Auswahlrecht für ein bestimmtes Datum oder die bevorzugte Strekke." Die Gesamtzahl ist auf 10 000 Teilnehmer begrenzt, weil die übrigen 9000 Kilometer von ausgewählten Sportlern zurückgelegt werden, um den Zeitplan einzuhalten.

Die Amerikaner, denen nachgesagt wird, Profitmachen sei ihr Lieblingssport, haben also eine neue Variante des Amateurs erfunden: Wer zahlt, darf laufen. Womit denn auch alle Sorgen unbegründet sind, es könne in Los Angeles zu einem Chaos kommen. Da sind Profis am Werk ...

SCHACH-WM

Russischer Boykott des Halbfinales

DW. **Bonn**

Der sowjetische Schach-Verband boykottiert das Halbfinanle des Kandidaten-Turniers zur Weltmeisterschaft aus Protest gegen die Austragungsorte. Junioren-Weltmeister Gary Kasparow sollte in Pasadena (Kalifornien) gegen den in der Schweiz lebenden Exil-Russen Viktor Kortschnoi antreten, Wassili Smyslow, der Robert Hübner nach einem Losentscheid besiegte, in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) gegen Ungarn Zoltan Ribli.

Nikolai Krogius, im sowjetischen Sportministerium für Schach zuständig, erklärte gestern einem Vertreter der französischen Nachrichtenagentur AFP, man habe „endgültig beschlossen", den Spielen fernzubleiben.

Die Bekanntgabe dieses Boykotts erfolgte nur zwei Tage vor Beginn der Wettkämpfe. Der Rückzug von Kasparow und Smyslow entwertet die gesamte Herausforderungsrunde, an deren Ende der Gegner für Titelverteidiger Anatoli Karpow ermittelt sein sollte. Wie es jetzt weitergeht, ist ungeklärt. Nach sportlichen Regeln müßten jetzt Kortschnoi und Ribli um das Recht kmämpfen, Karpow herausfordern zu dürfen.

Mit Spannung war besonders Kortschnois Auseinandersetzung gegen den 20 Jahre alten Kasparow, Sohn deutschstämmiger Juden aus Baku, erWartet worden. Um die Austragung dieses Kampfes bewarben sich drei Städte. Kasparow wünschte sich Las Palmas, Kortschnoi Rotterdam. Der Präsident des Welt-Schach-Verbandes, der Philipino Campomanes, setzte deshalb – er dachte wohl, er ginge den Weg des geringsten Widerstandes – Pasadena als Spielort an. In der kalifornischen Stadt hatten sich Bankleute zusammengeschlossen, um den mit 150 000 Dollar dotierten Kampf in ihre Stadt zu bekommen. Für den Kapmf zwischen Smyslow und Ribli hatte sich nur Abu Dhabi interessiert. Viktor Kortschoi, der schon 1978 und 1981 gegen Karpow kämpfte (und verlor) sieht hinter der sowjetischen Boykott-Entscheidung politische Gründe, die in der Herkunft von Kasparow liegen: „Karpow ist ihr Heros, er macht keinen Ärger. Der sowjetische Verband fürchtet, daß Kasparow seinen Liebling Karpow schlagen könnte. Und so denken die Sowjets: besser Kortschnoi als Kasparow.

STAND PUNKT / *Europaliga*

Die Kulisse war schon fast gespenstig. Nur knapp 3000 Menschen verloren sich in einem Stadion zu früher Abendstunde, in dem 60 000 Besucher Platz finden können. Doch mehr wollten eben die Saisoneröffnung des 1. FC Köln gegen Grasshoppers Zürich (2:1) nicht erleben. Andere Fußball-Bundesligaklubs machten ähnliche Erfahrungen. Fortzusetzen scheint sich dabei nur ein Trend der letzten Saison. Die „Ware Fußball" wird hierzulande nicht mehr bedenkenlos gekauft. Der niedrigste Zuschauerzuspruch in den letzten zehn Jahren während der Saison 1982/83 ist ein Indiz dafür.

Ganz anders dagegen verläuft die Entwicklung auf europäischer Ebene. Die Europäische Fußball-Union (UEFA) gab jetzt die Zahlen der drei Cup-Wettbewerbe bekannt. Dabei kam Erstaunliches heraus: Mit fast sechs Millionen Zuschauern wurde ein neuer Besucher-Rekord aufgestellt.

Nur auf höherer Ebene scheint also der Fußball noch reizvoll zu sein. Peter Krohn, vormals Präsident des Hamburger SV, und Wilhelm Neudecker, einst Präsident des FC Bayern München, dürfen sich im nachhinein bestätigt fühlen. Sie haben schon vor Jahren eine Europaliga gefordert. Statt Braunschweig und Bochum würden dann die Gegner Juventus Turin oder Real Madrid heißen. Ein Gedanke, der neu aufgegriffen werden sollte – angesichts der Zuschauerzahlen im Europapokal. D.

KRITIK

Eine Symphonie für die Augen

Da hat es jemand gewagt, Amerika zu genießen und nichts als zu genießen, auch wenn es „nur" die Landschaft des wilden, weiten, atemberaubenden Westens der Vereinigten Staaten war. Die französische Fotografin Babette Mangolte präsentierte ihr **Tagebuch einer Landschaft:** ein Fest der Farben, eine Symphonie für die Augen. Die Kamera schwelgte; der Text blieb sparsam, dem Bild untergeordnet. Eine weise Beschränkung. Versuche von Formulierungskunst wären dem optischen Angebot wohl immer unterlegen.

Das Staunen offenbart sich immer noch am sinnfälligsten im Verstummen; Schweigen ist vielleicht die adäquateste Methode zur Aufarbeitung überwältigender Eindrücke wie im Bryce- oder Grand Canyon, am Zabriskie-Point, im Monument Valley oder am Fuße eines Mammutbaumes.

Solche Wunder der Natur dienten den Pantheisten des 19. Jahrhunderts als Beweis für ihre These von der Einheit Gottes mit der Natur. Und nicht zuletzt verdanken die USA es der Naturschwärmerei dieser Menschen, wenn die Ausmaße ihrer Nationalparks heute annähernd der Fläche der Europäischen Gemeinschaft entsprechen. Ein Geschenk, das Amerika jedem seiner Besucher gern zu Füßen legt.

Schade nur, daß dieser Film im Nachtprogramm des ZDF versikkern mußte.

KNUT TESKE

ARD



III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 Pfarrer Johannes Kuhn antwortet
10.35 Bitterer Honig
12.10 Bilanz
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD-Ferienprogramm für Kinder
15.25 Unsere kleine Farm
Mary (1)
16.10 Tagesschau
16.15 Frauengeschichten
Jil Sander, die Hamburger Modeschöpferin
17.00 Matt und Jenny
5. Die verlassene Kirche
18.25 Kein Tag wie jeder andere
Wie Gerhard sein erstes Solo spielen sollte
Film von Roswitha Ziegler und Nils Bolbrinker
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschließend:
Der 7. Sinn
20.18 Gesichter Asiens
21.05 Jazz-Intermezzo
Mit Nat King Cole, Cab Calloway und Gene Krupa
21.15 Wissen Sie es besser?
Ein Spiel für Besserwisser: Italienische Nacht
22.30 Tagesthemen
23.00 Der diskrete Charme der Bourgeoisie
Französischer Spielfilm von 1972.
Mit Fernando Rey, Delphine Seyrig, Paul Frankeur, Stephane Audran, Jean-Pierre Cassel, Bulle Ogier, Claude Pieplu, Julien Bertheau, Michel Piccoli u. a.
Regie: Luis Buñuel
Botschafter Don Rafael hat sich in Paris einen kleinen, aber illustren Freundeskreis zugelegt. Die Herrschaften leben von einem lukrativen Rauschgifthandel, sie versuchen immer wieder, sich gemeinsamen Gaumenfreunden hinzugeben, aber jedesmal verhindern befremdende Widrigkeiten das geplante Mahl.
00.40 Tagesschau

15.17 heute
ZDF-Ferienprogramm für Kinder
15.20 Pinocchio
Ein Esel ist zu gewinnen
15.45 Wir haben Spaß
Die sprechende Ente
16.35 Ferienkalender
17.00 Musik und Technik
2. Elektronische Tonerzeugung
17.30 heute / Aus den Ländern
17.45 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Conny & Jean
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.25 Der Paragraphenwirt
Fernsehserie in 13 Folgen
Gäste gesucht
19.00 heute
19.30 Peter Alexander:
Das süße Leben des Grafen Bobby
Österr. Spielfilm, 1962
Mit Peter Alexander, Gunther Philipp u. a.
Regie: Geza von Cziffra
21.00 heute-journal
21.20 Kennzeichen D
Themen: Ist die soziale Marktwirtschaft zu sozial? – Die umstrittenen Thesen des CDU-Wirtschaftspolitikers Haimo George über Lohnkürzung und Einschnitte ins soziale Netz führen zu Konflikten in der Union / Kinder hinter Gittern – Jugendliche Strafgefangene lernen meist erst im Knast, wie man krimineller Profi wird / Streng, korrekt, zuweilen freundlich – Reisende berichten von Grenzkontrollen der „DDR" / Sommer-Entspannung – Polnische Ferienkinder in der „DDR" und wieder „DDR"-Touristen in Polen
Moderation: Joachim Jauer
22.05 Das kleine Fernsehspiel
Sterben mit 30
Porträt eines Freundes
23.40 heute

WEST
18.00 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer (4)
Spiel mit der Augsburger Puppenkiste
Von Drachenstadt nach Lummerland
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde

NORD/HESSEN
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer (4)
19.00 Sie machten Steine aus gebrannter Erde (4)
Eine Geschichte der norddeutschen Backsteinarchitektur
19.15 Wunder der Erde
Vulkane im Kaskadengebirge

WEST/NORD/HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Robin und Marian
Amerik. Spielfilm, 1975
Mit Sean Connery, Audrey Hepburn u. a.
Regie: Richard Lester
21.55 Die goldenen Hungerjahre (1)
Von Hans Borgelt nach dem Buch „Das war der Frühling von Berlin"
Kultur auf Trümmern
Mit Friedhelm Ptok, Christian Rohde u. a.
Regie: Helmut Meewes
22.55 Paris sagen Sie? – Sie meinen doch wohl Paris?
Ein Film von Matheo Yamalakis
Matheo Yamalakis' Film erzählt von Menschen in Paris, nicht über Paris. Er kam auch nicht im April, von dem ein Schlager schwärmt. Er kam im Winter, und es war kalt. Keine Jahreszeit für Veilchen-Verkäuferinnen, die Polizisten unfreundlich: Drehgenehmigung, Bürokratie à la française. Einen Film über Geschichte, Architektur, Kunst hatte er nicht im Sinn.
00.10 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
15.00 Von der Liebe besiegt
Dt. Spielfilm, 1956
Regie: Luis Trenker
18.30 Aerobic-Dance (7)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 The taming of the shrew
Von William Shakespeare
Mit Kommentar von Friedrich Luft
Regie: Jonathan Miller
21.50 Dallas für Nachzügler
Der Trick

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Damals Tagesgespräch
Der Mitbürger
Regie: Rainer Wolffhardt
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
Zu Gast: Karlheinz Böhm
21.45 Europa nebenan
22.30 Dallas
Zerreißprobe
23.15 Rundschau

Football in Wembley - Rache am europäischen Soccer-Export

CLAUS GEISSMAR, **London**

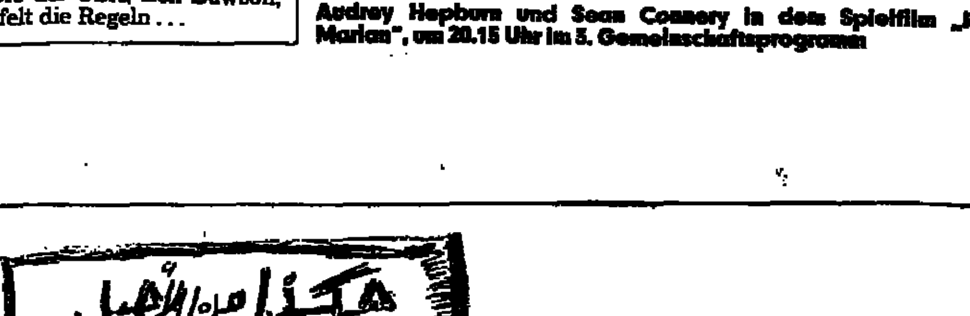
Jahrzehntelang ist der europäische Fußball in den USA ignoriert worden. Das hat sich in den letzten 15 Jahren fast geändert, schließlich ist Pele dort aufgetreten, spielt Franz Beckenbauer noch immer, oder besser: schon wieder. Soccer, der europäische Fußball, gewann in den USA immer mehr Boden. Dem amerikanischen Football hat das nicht geschadet. Dieses andere Spiel – der Ball ist nicht rund, sondern einförmig – zieht in Amerika immer noch von August bis Januar Millionen an. Aber noch nie wurde Football von hochklassigen Mannschaften in Europa gespielt.

Jetzt nehmen die Amerikaner Rache am europäischen Fußball-Export. Jetzt bringen sie Football nach Europa. Und sie beginnen gleich mit einem Schlagerspiel, noch dazu im Londoner Wembley-Stadion, dessen Rasen von Fußballenthusiasten in aller Welt gern als „heilig" bezeichnet wird. Hier, in der Kultstätte des Soccer, spielen am Samstag die „Minnesota Vikings" gegen die „St. Louis Cardinals". Wembley, im letzten Jahr durch eine Papst-Messe mit Hochaltar und Weihrauch tatsächlich zur heiligen Stätte gemacht, steht dennoch keine Veranstaltung mit Kardinalswürden bevor. Denn die „Cardinals" aus Minnesota sind mit Sicherheit genauso rauhbeinig wie die „Wikinger" aus St. Louis.

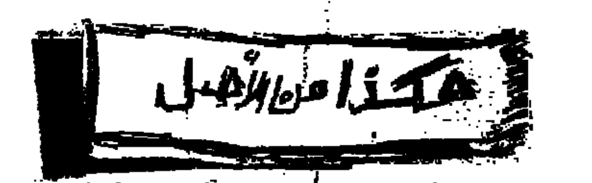
Football im amerikanischen Stil ist eine Sportart mit hartem, schon brutalem Körpereinsatz. Deshalb tragen die Spieler Sturzhelme, metallene Gesichtsgitter und fast überdimensionale Schulterpolster. Der europäische Zuschauer eines Football-Spiels entdeckt mit Erstaunen, daß die einzelnen Spielszenen nur drei bis fünf Sekunden lang sind. In dieser extrem kurzen Phase versucht die angreifende Mannschaft mit dem Ball zehn Yard (neun Meter) Raum zu gewinnen. Die verteidigende Mannschaft, die dies zu verhindern versucht, hat die Angreifer nach Sekunden zu einem häßlichen Klumpen von Spielern verkeilt.

Gespielt werden 60 Minuten. Da aber nur die Sekunden der aktiven Spielzeit gezählt werden, dauert ein Match über drei Stunden. Wie die Zuschauer im Mutterland des Fußballs die komplizierten Football-Regeln begreifen sollen, ist vor der Großveranstaltung von Wembley noch nicht ganz klar. Als Sponsor des Wembley-Spiels tritt „Global International Airways" auf, eine Fluggesellschaft, die sich als das größte Charterunternehmen der Welt bezeichnet. Zwei Wochen lang machten die Veranstalter in London Rundfunk- und Fernsehreklame, um 100 000 in das Wembley-Stadion zu locken.

Da der brutale Körpereinsatz des amerikanischen Football nicht so ganz der feinen englischen Art entspricht, werden viele Zuschauer wahrscheinlich nur aus einem Grund kommen: Die „Wikinger" und „Kardinäle" aus den USA werden von „Cheer Leaders" aufs Feld geführt und angefeuert von jungen Mädchen mit Mannequin-Figuren und kurzen Röcken. Ein paar ausgesuchte Engländerinnen lernen seit mehreren Tagen unter Leitung des bekanntesten Football-Kommentators der USA, Len Dawson, verzweifelt die Regeln ...



Audrey Hepburn und Sean Connery in dem Spielfilm „Robin und Marian", um 20.15 Uhr im 3. Gemeinschaftsprogramm FOTO: HIPP



Ein Elefant hat's besser

R. K. B. – „Sie kennen doch den verstorbenen italienischen Schriftsteller und Faulkner-Übersetzer Elio Vittorini?" – „Ja", sage ich, „auch einer von ..." Was ich sagen will (einer von den schnellen Nachkriegspartisanen), bleibt mir im Hals stecken. Ich biege ab: „... auch einer, von dem ich mal wieder was lesen muß."

Kurz vorher geschah nämlich Folgendes: Jahrzehntelang habe ich einen ebenfalls verstorbenen *bedeutenden Lyriker* verachtet, der sofort nach dem Krieg als Kommunist auftrat, vorher aber einen Band Mussolini gewidmet hatte. Als ich aber den Band aus dem Regal nahm und ihn aufschlug, fand ich – nichts. Keine Widmung. Eine jahrzehntelange falsche Erinnerung, irgendeine Verwechslung.

Und so lese ich nun zur Selbstkontrolle Vittorinis Partisanenroman „Uomini e no" wieder, den er 1945 blitzschnell auf den Markt warf, und ich entdecke einen wichtigen Zusammenhang. Einmal fragt sich der Partisanenchef, mit welchem Recht er jedesmal die zehnfache Zahl unbeteiligter italienischer Geiseln dem Tod überantwortet. Daß er am Ende statt des sicheren Rückzugs ganz allein den sicheren Tod im Kampf gegen eine Übermacht vorzieht, ist nur erklärlich, wenn man an den en passant angedeuteten Skrupel zurückdenkt. Das hatte ich damals übersehen. Vittorini war also kein „schneller Nachkriegspartisan".

Und so lese ich endlich, zum erstenmal, „Il Sempione strizza l'occhio al Fréjus" (Im Schatten des Elefanten) und entdecke eine *Geschichte, halb Epos, halb Fabel*, in der eine ganze Familie von Arbeitslosen einen uralten Großvater, einen mächtigen Elefanten von Mann, verehrungsvoll und verzweifelt füttert und dafür hungert. Ein italienischer Faulkner, ein Stück unvergängliche Literatur.

Meine Lieben, traut euren alten Erinnerungen nicht! Schreibt lieber ein Leben lang Tagebuch mit Namensregister, was ich mein Leben lang versäumt habe.

Gebrauchsgraphik: Neue Bücher zur Plakatkunst

Lächeln der Mao Lisa

Wie oft müssen wir uns das große Lamento vom Elend der Künste anhören. Und wie oft müssen sich die Künstler, die uns teuer sind (oder kommen), nachsagen lassen, daß sie ihr Handwerk nur mangelhaft beherrschen. Die neue Wildheit hinterläßt genauso wie die alte Abstraktion häufig den Eindruck, daß die Maler nicht von den Höhen der technischen Perfektion zu den einfachen Formen herabgestiegen sind, sondern daß sie schon während des Aufstieges nicht recht aus den Niederungen herauskamen.

Ganz anders sieht es bei einem Kunstzweig aus, dem die hehren Weihen gewöhnlich verwehrt werden, weil er aufs Praktische ausgerichtet ist: der Plakatkunst. Wie fragwürdig eine solche Klassifizierung ist, belegen vier Bände, die sich mit den verschiedenen Formen des Graphic Design befassen. Sie lehren überzeugend, was die als „Gebrauchsgraphiker" über die Schulter angesehenen Künstler zu leisten vermögen.

In dem Band „Kunst und Grafik" macht der Herausgeber Willy Rotzler in seiner Einleitung darauf aufmerksam, daß die praktischen Künste gern als artes minores betrachtet werden, weil sie – im Gegensatz zu den angeblich selbstbestimmten „freien Künsten" – „fremdbestimmt", an einen Auftraggeber gebunden seien. Aber zugleich erinnert er in einem historischen Rückblick daran, daß die „freien Künste" erst eine Erfindung des vorigen Jahrhunderts sind. Dabei kamen mehrere Strömungen zusammen. Um 1870 gewann mit dem Impressionismus zum ersten Mal eine Kunstrichtung Bedeutung, die auf das Unverständnis der Zeitgenossen stieß. Gleichzeitig aber bereiteten einige dieser „unverstandenen" Künstler einer neuen populären Kunstform den Weg, dem Plakat. Was Toulouse-Lautrec, Chéret oder Steinlen entwarfen – und was heute längst als Kunst akzeptiert ist –, war damals nur Tagesware. Und auch so manches, was die sechzehn in diesem Band vorgestellten Graphiker – unter ihnen Herbert Bayer, André François, Milton Glaser, Anton Stankowski – geschaffen haben, denunziert die angebliche Grenze zwischen Kunst und Gebrauchskunst als fragwürdig.

Wenn es einen Unterschied zwischen der angewandten und freien Kunst gibt, dann ist es das Verhältnis zum „Empfänger". Die praktischen Künste haben den Zeitgenossen im Auge (wie alle großen Künstler bis zum Historismus), während die freien auf die Ewigkeit zielen, vom Ruhm zehren, der ihnen durch spätere, verständigere Generationen zuteil werden sollte. Die „Freien" stützen sich – als Trost in der Gegenwart – allenfalls auf eine kleine „Kunst-Elite", die ihnen Bröckchen des Nachruhms sozusagen als Vorschuß zahlt. Das allgemeine Publikum aber halten sie für dumm.

Auch darin unterscheiden sich die Plakatkünstler. Sie trauen ihrem Publikum durchaus Intelligenz zu. Das verrät eine Auswahl der besten Plakate des vergangenen Jahres in „graphis posters 83". Die Graphiker zitieren da z. B. mit einer Frei- und Frechheit die Klassiker der Kunst und ihrer eigenen Branche, daß es ein Vergnügen ist.

Selbst bei politischen Plakaten wird dieses Stilmittel mit Witz gebraucht, wenn Alain Le Quernec ein oft reproduziertes Lenin-Porträt übernimmt, dem Heiligen Vater der Kommunisten jedoch eine „Solidarnosc"-Plakette ansteckt. Nicht minder wirkungsvoll ist Roman Cieslewiczs Modifikation eines populären Mao-Bildes, in dem er das Gesicht des chinesischen Revolutionärs durch das der Mona Lisa ersetzte. Es ist in einem Band abgebildet, der achtzehn der wichtigsten Graphic Designer mit ihrem Arbeiten vorstellt: „Top Graphic Design". Neben dem Polen Cieslewicz finden sich da u. a. Otl Aicher, Henryk Tomaszewski, Günther Kieser oder Shigeo Fukuda.

Das deutsche Team Rambow Lienemeyer von den Sand, das mit seinen Fotoplakaten die Collage-Technik weit über Heartfields Stil, der häufig als Gesinnungsersatz gepflegt, aber nicht beherrscht wird, hinaus entwickelt hat, zitiert in dem Band den französischen Kollegen Savignac, der einmal gesagt hat: „Ein Plakat muß immer ein kleiner Skandal auf der Straße sein" – und sei es der Skandal unübersehbarer Qualität.

Die ist den japanischen Plakaten nachzusagen. Eine Auswahl wandert gerade mit einer Ausstellung durch die Bundesrepublik (derzeit in Stuttgart, dann in Kiel). Sie wird von dem großformatigen Band „Japanische Plakate" begleitet, der an vielen Beispielen zeigt, wie hier intelligent und ironisch mit der Tradition gespielt wird. Da tauchen die Figuren und die Farben des populären Ukiyo-e-Holzschnittes auf, wird die alte Kultur des Schriftplakates fortgeführt oder werden neue Bildwelten – wie die synthetischen Räume mit ihrer suggestiven Tiefenwirkung von Kazumasa Nagai – entdeckt. Aber Japan ist da auch glücklicher dran. Es kannte nie einen Unterschied zwischen freier und angewandter Kunst, zwischen der Kunst als Selbstzweck und dem Kunsthandwerk.

Die Plakatkunst ist also durchaus in der Lage, den freien Künsten mit ihrem fatalen Hang, die Innovation über die Tradition zu stellen, aus der Sackgasse zu helfen. Denn die Enkel des Toulouse-Lautrec können sich sehr gut neben den eigenwilligen Nachfahren der Fauves sehen lassen.

PETER DITTMAR

„Kunst und Grafik", von W. Rotzler und J. N. Garamond, ABC-Verlag, Zürich, 186 S. mit zahlr. Abb., 106 Mark
„Graphis posters 83", von Walter Herdeg, Graphis Press, Zürich, 200 S., 615 Abb., 118 Mark
„Top Graphic Design", von FHK Henrion, ABC-Verlag, Zürich, 160 S. mit zahlr. Abb., 106 Mark
„Japanische Plakate", von Heinz-Jürgen Kristahn und Frieder Mellinghoff, Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach, 160 S. mit zahlr. Abb., 28,00 Mark




Eine Kunst, die auf das Praktische ausgerichtet ist: Plakat für die Verlagswerbung, von Armand Domènech FOTO: KATALOG

Französischer Staatsangehöriger und deutscher Dichter: René Schickele zum 100. Geburtstag

Im Herzen die Weisheit zweier Völker

Der heute vor 100 Jahren im damaligen „Reichsland Elsaß-Lothringen" geborene Elsässer René Schickele begann am Anfang unseres Jahrhunderts im Zeichen des Jugendstils und gehörte schon vor dem 1. Weltkrieg zur Avantgarde der deutschen Literatur. Als Herausgeber der Zeitschrift „Die weißen Blätter" war er während des Kriegs einer der führenden Namen des Expressionismus, der engagierten und pazifistischen Tendenz dieser geistigen Bewegung. 1918 wurde er *als Elsässer* französischer Staatsangehöriger. In den biographischen Notiz zur „Menschheitsdämmerung", der legendären, 1920 von Kurt Pinthus herausgegebenen Anthologie expressionistischer Lyrik, vermerkte er mit charakteristischer Ironie: „Gestern deutscher, heute französischer Staatsangehöriger: ich pfeife darauf." Er fügte bedeutsam hinzu: „Immerhin gehöre ich zur deutschen Literatur."

Der „citoyen français und deutsche Dichter", wie er sich selbst bezeichnete, ließ sich in Badenweiler nieder, geistig über den nationalen Grenzen, und er war einer der anerkannten Schriftsteller der Weimarer Republik: wurde er doch 1926 (trotz seiner französischen Nationalität) in die „Preußische Akademie der Künste" gewählt, zusammen mit Thomas und Heinrich Mann, Hermann Hesse, Alfred Döblin, Oskar Loerke, Franz Werfel, um nur einige „große Namen" der Zeit zu nennen. Er war aber vor allem Europäer, und zwar zu einer Zeit, in der es nicht leicht war, Europäer zu sein. Als seine „elsässische Mission" erkannte er die Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland.

Als dann die „mehrjährige Sonnenfinsternis" hereinbrach, verließ er – schon im Herbst 1932 – sein Haus in Alemannien und fand in Südfrankreich einen letzten Zufluchtsort. Er lebte dort „in mehr als einer Weise im Exil", wie er in einem Brief aus dem Jahr 1936 schreibt: „französischer Staatsangehöriger und deutscher Dichter, im Elsaß wurzelnd, ohne dort leben zu können (ein Krähwinkel, wie alle Militärprovinzen!), ehemaliges Mitglied der deutschen Akademie, der bei Hitlers Machtergreifung demissionierte, worauf meine Bücher in Deutschland als gegen den Geist des Nationalsozialismus verstoßend nicht nur verboten, sondern gleich beschlagnahmt wurden, aber weder Jude noch Marxist, sondern lediglich einer jener verbissenen Pazifisten, wie man sie heute auf dem Kontinent in keinem Lager duldet."

Immerhin gehörte er zur deutschen Exilliteratur. Er mußte auch erfahren, materiell und geistig, wie gefährdet diese Situation im Zeitalter der „modernen Diktaturen" war. So heißt es im Tagebuch: „Wenn es Goebbels gelingt, unsere Namen von den deutschen Tafeln zu löschen, sind wir tot. Gespenster in der Diaspora, in der wasserarmen Provinz. Schon die nächste Generation wird nichts mehr von uns wissen."

Zugleich fand er zu seinem französischen Erbteil zurück, und mit seinem Erinnerungsbuch, das den bezeichnenden Titel „Le Retour" („Heimkehr") trägt, wandte sich der von Kindheit an Zweisprachige dem Französischen zu, der Sprache seiner frankophonen Mutter. Zu seinem letzten Werk wurde jedoch – unter dem Titel „Das Vermächtnis" – eine kommentierte Anthologie deutscher Gedichte von Walther von der Vogelweide bis Nietzsche. Er starb am 31. Januar 1940 in Vence. Erst 1956 kam es zur Überführung der sterblichen Hülle nach dem Friedhof zu Lipburg bei Badenweiler („Hier wollte ich einmal ruhen", hatte er geschrieben, „bis die Posaunen des ewigen Sommers mich weckten"). Kasimir Edschmid prägte die Grabschrift: „Sein Herz trug die Liebe und Weisheit zweier Völker."



War Europäer, als es nicht leicht war, Europäer zu sein: René Schickele (1883–1940) FOTO: KIEPENHEUER & WITSCH

Seltsamerweise gehört Schickele heute zu den Verkannten der deutschen Literatur. Es ist mehrfach festgestellt worden, daß die 1959 von Hermann Kesten unter Mitwirkung von Anna Schickele herausgegebene Edition der wichtigsten Werke in drei Bänden nach dem Krieg nicht die erhoffte „Wiederentdeckung" brachte. In den Literaturgeschichten wird er meistens nur noch am Rande vermerkt, und doch stand er lange und deutlich genug im Mittelpunkt des literarischen Lebens. 1983 darf also nicht bloß Anlaß zu einer pietätvollen Gedächtnisfeier sein. Es soll uns zu einer Reflexion führen über die historische Bedeutung und mehr noch: über die Aktualität des Werks.

Das Quasi-Vergessen, dem Schickele zum Opfer gefallen ist, hängt wohl mehr oder weniger zusammen mit der Isolierung, zu der ihn das Unglück der Geschichte verurteilte. Das heißt auch: dieses literarische Schicksal hat zu tun mit der schwierigen Situation des Elsässers.

Schickeles Name ist bedeutsam mit dem „elsässischen Probleme" verbunden. Doch war der Dichter nicht Prophet im eigenen Land. Er war lange Zeit im Elsaß sozusagen „tabu"; es war besser, über ihn zu schweigen. Bis heute bleibt er mehr oder weniger „verdächtig". Warum? Weil er zugleich das Französische und das Deutsche im Elsaß verteidigte, weil er für die elsässische Doppelkultur eintrat.

Ist Schickeles Zeit also doch gekommen?

Die notwendigen internationalen Voraussetzungen zu seinem „geistigen Elsässertum" sind heute gegeben, die von ihm zeitlebens angestrebte deutsch-französische Versöhnung und Freundschaft ist Wirklichkeit geworden. Seine Tragik war es, in eine Zeit hineingeboren zu werden, in der die politischen Spannungen sein Lebenswerk erschwerten und zuletzt vereitelten.

Dabei hat sich auch die elsässische Wirklichkeit verändert. Auf dem Terrain selbst hat sie sich aber eher *negativ* verändert, ja, beängstigend zugespitzt, nämlich durch den Rückgang und die Zersetzung der Mundart, womit die Grundlage der elsässischen Zweisprachigkeit und Identität verlorengeht. Heute, wo endlich die historischen Voraussetzungen einer zweisprachigen Zukunft des Elsaß erfüllt wären, ist es vielleicht für eine solche Entwicklung bereits zu spät, weil die Möglichkeiten dazu weitgehend zerstört wurden. Auch die elsässische Tragödie hat ihre Ironie.

Es gibt aber auch da Hoffnungszeichen. Es ist dem Geist Schickeles besonders gemäß, daß seit den siebziger Jahren mit einer Reihe von Schriftstellern und Liedermachern eine neue, junge, streitbare „elsässische Bewegung" aufgetreten ist, die sich vom vergifteten „Volkstums"-Gedanken befreit hat, die nicht rückwärts blickt, die nicht auf Gewalt bedacht ist, sondern auf eine Bewußtwerdung und Emanzipation (man lese z. B. André Weckmanns Roman „Wie die Würfel fallen" von 1981, das bedeutendste Erzählwerk aus dem Elsaß seit Schickeles „Erbe am Rhein").

Zu diesen Hoffnungszeichen gehört nicht zuletzt das im Juni von der Straßburger Universität organisierte deutsch-französische Schickele-Kolloquium. Erstmals kam es damit in Straßburg zu einer offiziellen Schickele-Ehrung. Die Beiträge zu diesem Kolloquium werden noch dieses Jahr unter dem Titel „Elsässer, Europäer, Pazifist – Studien zu René Schickele" erscheinen.

ADRIEN FINCK

Sein Markenzeichen ist das hohe D – Neue Schallplattenaufnahmen mit dem Tenor Nicolai Gedda

Wenn der Postbote auf schwedisch anklingelt

In Schweden ruft der Postillon statt des einsilbigen „Hohohoho" „Hohejoho". Das ist das erste, was wir von der Vier-Platten-Kassette des Tenors Nicolai Gedda lernen (EMI 1 C 137-78233/36). 1952 hat der Tenor das Rondo des Chapelou aus Adams Oper „Le Postillon de Lonjumeau" aufgenommen, noch in schwedischer Sprache. Da gab es Nicolai Gedda eigentlich noch gar nicht, auch wenn das hohe D seines Postillons ihm bald wie ein vertracktes Markenzeichen anhängen sollte.

Ein anderes Ereignis im selben Jahr aber sollte Geddas Karriere begründen. Der Produzent Walter Legge begleitete seine Frau, die Sängerin Elisabeth Schwarzkopf, nach Stockholm und ließ ein Vorsingen für junge schwedische Sänger arrangieren. Gedda war darunter, Legge begeistert. Er unterzeichnete gleich Kontrakte mit Gedda, und die Karriere war gemacht.

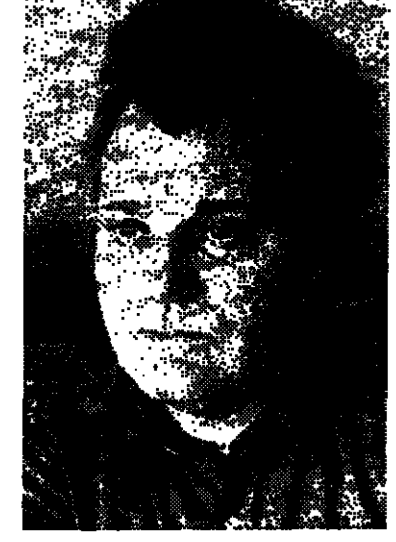
Sie dauert seitdem schon über dreißig Jahre, und ein Verfall von Geddas Stimme ist nicht abzusehen. Verdient aber hatte sich der damals 27jährige seinen Erfolg schon vorher. Wohl selten hat sich ein Sänger gründlicher auf seine musikalischen Aufgaben vorbereitet. Der Vater, ein weißrussischer Sänger, war 1917 während der Revolution nach Schweden geflüchtet, heiratete dort und übernahm 1928 an der Russisch-Orthodoxen Kirche von Leipzig die Kantoren-Stelle. Nicolai Gedda wuchs dreisprachig auf, russisch mit dem Vater, schwedisch mit der Mutter, deutsch mit den Freunden.

Später lernte er Französisch, Italienisch, Englisch und Spanisch – alles mit einer Perfektion, die ihm nicht nur das völlig akzentfreie Gestalten seiner Gesangspartien erlaubte, sondern die ihn in jeder Sprache zu einem Phonetiker machte, der selbst einheimischen Kollegen Mores lehren konnte.

Und, nicht zu vergessen, eine Stimme: einen schlanken, perfekt sitzenden Tenor, langen Atem, ein Timbre wie feines Porzellan. Seltsamerweise aber konnte dieser so jung und leicht klingenden Stimme auch ein beträchtliches Volumen zuwachsen, das ihm neben Mozart, Rossini und den Franzosen auch die Opern Verdis und Puccinis, ja sogar jugendliches deutsches Heldenfach eröffnete.

Dieser Plattenquerschnitt durch Geddas weitgespanntes Repertoire – sechs Seiten Oper, je eine Seite Operette und Lied – präsentiert die Stimme in allen Facetten und Nuancen, folgt dem Sänger auch in abgelegene Bereiche der französischen und russischen Oper, bietet bis auf zwei, drei Ausnahmen Musterlösungen der Gesangsästhetik. Zu übertreffen sind diese Aufnahmen in unseren Tagen einer vulgarisierten Gesangsstilistik auf lange Zeit nicht.

REINHARD BEUTH



Eine Stimme wie feines Porzellan: Nicolai Gedda FOTO: KEYSTONE

Wissenschaftliche Fortschritte im Umweltschutz: „Rezyklierung" von Alt-Kunststoffen bei Preussag

Flugasche fürs strahlendste Weiß unseres Lebens

Akkumulatoren sind heute die größten Bleiverbraucher in Westdeutschland: Rund 40 Prozent des Konsums gehen in diese Verwendung. Bleiakkumulatoren jedoch werden auch schon in größtem Umfang wieder aufbereitet – fast zu 90 Prozent. Die „Rezyklierung" jedoch geht heute schon über die Bleirückgewinnung hinaus. Bei der „Preussag AG" werden in deren Bleihütte in Oker nicht nur etwa 25 Prozent des westdeutschen Sekundärbleies gewonnen – vor allem aus den bis zu vier Millionen alten Akkus, die dort durchgesetzt werden –, sondern auch das Gehäusematerial der Akkumulatoren großenteils verwertet.

Es besteht weitgehend aus Hartgummi und Polypropylen, neben anderen Kunststoffen in geringer Menge. Lange Zeit wurden diese Kunststoffe einfach „verhaldet". Der steigende Erdölpreis und der damit ansteigende Kunststoffpreis sowie die zunehmende Verwendung des „recyclingfreundlichen" Kunststoffs Polypropylen haben in jüngster Zeit Interesse an der Rückgewinnung dieses Akkumulatoren-Gehäusematerials geweckt. Insgesamt machen die Kunststoffanteile rund 20 Prozent des Gewichts des von der „Preussag" angekauften Akkumulatorenschrotts aus.

Die Kunststoffanteile des Schrotts werden nun durch Aufschwimmen in einer Flüssigkeit getrennt in die Hartgummmi-Fraktion (bei der auch „andere Kunststoffe" verbleiben) und die Polypropylen-Fraktion. Für die Hartgummi-Fraktion gibt es im Augenblick noch keine andere Verwertung als diejenige, als Zusatzbrennstoff mit hohem Energiewert in Müllverbrennungsanlagen oder Zementklinkeröfen zu dienen. Sinnvoller wäre ihre Zerlegung in petrochemische „Grundbausteine" für die Synthese neuer Polymerwerkstoffe, doch sind Verfahren für diese Zerlegung erst in der Entwicklung.

Die Polypropylen-Fraktion (zu über 95 Prozent Polypropylen) dagegen wird heute schon wieder voll „rezykliert", und zwar zu einem Sekundärpolypropylen, das z. B. für Spritzguß verwendbar ist. Die Teile haben allerdings nicht voll die Eigenschaften von Neupropylen.

Das Polypropylen-Gemisch wird zerkleinert, intensiv gewaschen, um das kontaminierende Blei der Akku-Vergangenheit zu entfernen, dann werden die Fremdstoffe abgetrennt. Zurück bleibt ein Mahlgut, das verkaufsfähig ist – nur nicht als vollwertiges Polypropylen. Denn die Farbe des Sekundärpolypropylens ist unvermeidbar grauschwarz, und die Verarbeitungseigenschaften sowie die Festigkeit sind nicht so genau festlegbar wie bei Neupolypropylen, sondern niedriger und über weite Bereiche schwankend.

Eine andere interessante Technologie für die Wiedergewinnung von wertvollem Rohmaterial wurde bei der „Preussag" in deren Seltenmetallanlage in Goslar entwickelt: die Aufarbeitung von Rückständen der Kunstfaserherstellung auf Germaniumdioxyd. Germaniumdioxyd wird heute für die Produktion von Polyesterfasern verwendet. Es dient als Katalysator für die Herstellung möglichst großmolekularer Polyester bei der „Kondensation" der Ausgangssubstanzen Glykol und Terephtalsäure. Durch die Germaniumdioxydbeimengung wird die Vergilbungsneigung der Fasern entscheidend reduziert, Gardinen und Wäsche behalten auch nach häufigem Waschen das beliebte „strahlende Weiß".

Bei der chemischen Reaktion wird ein Teil des Germaniumdioxyds in die Faser eingebaut, ein Teil bleibt in einem Rückstand zurück, der zwar zäh und schmierig ist, der sich jedoch durch Verbrennung „aufbereiten" läßt. Das Gros des Materials – wie bei fast allen Polymerkunststoffen Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff – geht als Wasser und Kohlendioxyd durch den Schornstein. Die „anorganischen Komponenten" des Polyester-Rückstands, d. h. auch das Germaniumdioxyd, bleiben jedoch in fester Form und bilden Flugasche, die im Schornstein aufgefangen wird. Der Rückstand enthält etwa 0,2 Prozent Germaniumdioxyd, das aus der Flugasche extrahiert werden kann.

Auf diese Weise wurden in den vergangenen Jahren bereits mehrere tausend Tonnen Rückstände durch die „gezielte Veraschung" aufbereitet und daraus etliche Tonnen Germaniumdioxyd gewonnen, die dann wieder zu neuen Katalysatoren verarbeitet werden konnten. Die Rezyklierung, unerläßlich für einen modernen Umweltschutz, kommt voran.

JÜRGEN STEINERT

KULTURNOTIZEN

Dirk Schortemeier wurde von der Stadt Köln als Direktor des neuen Konzertsaales im künftigen Haus des Wallraf-Richartz-Museums bestellt.

Der Schriftsteller Georg Holmsten feiert heute seinen 70. Geburtstag.

Magali Damonte, französische Mezzosopranistin, erhielt die „Goldene Zikade", den Preis des Internationalen Musikfestivals von Aix-en-Provence.

Mattie Peter, die farbige amerikanische Jazzsängerin, ist im Alter von 64 Jahren in Kopenhagen gestorben.

JOURNAL

Früherer Termin für Filmfestspiele Cannes

AFP, **Paris**

Die Internationalen Filmfestspiele von Cannes, die normalerweise stets gegen Mitte Mai beginnen, sollen im nächsten Jahr vorverlegt und bereits Ende April oder in den ersten Maitagen beginnen. Der Festivalbeauftragte Michel Bonnet führte diese Grundsatzentscheidung auf die bessere Hotellage in der Kongreßstadt und die längere Zeitspanne zur Kinoprogrammierung der Festivalfilme vor der Sommerflaute zurück. Dies trifft allerdings auf den Widerstand der Verantwortlichen des Internationalen TV-Programmarktes MIP-TV, die als nächste Veranstaltungsdaten die Zeit vom 27. April bis 2. Mai nächsten Jahres bereits gebucht hatten. Sie drohten der Stadt Cannes gerichtliche Schritte und einen Umzug in eine andere Stadt an.

Giorgio Strehler als Europa-Parlamentarier

AFP, **Rom**

Der italienische Theaterregisseur Giorgio Strehler wird möglicherweise als Nachfolger des sozialistischen Partei- und designierten Regierungschefs Bettino Craxi ins Europaparlament einziehen. Nach einem Telefongespräch mit Craxi hat Strehler sein Einverständnis für den Parlamentarierposten gegeben. Der Begründer und Direktor des „Piccolo Teatro" und Craxi sind beide Abgeordnete Mailands. Als Regierungschef ist Craxi gezwungen, sein europäisches Mandat niederzulegen.

Museumsrat unterstützt Athener Forderung

AFP, **London**

In ihrer Forderung an das „British Museum" auf Repatriierung des Parthenon-Frieses nach Griechenland hat die Athener Regierung die Unterstützung des Internationalen Museumsrates erhalten. Er verabschiedete in London eine Resolution, in der er die Rückführung von Kulturgütern in ihr Ursprungsland fordert. Der griechische Repräsentant Yannis Tzekadis, Direktor der Altertumsabteilung im Athener Kulturministerium, erblickte in der Entschließung des internationalen Gremiums einen „moralischen Sieg" seines Landes. Allerdings hielt er es für fraglich, daß das „British Museum" jetzt Bereitschaft zeigen wird, sich von dem Parthenon-Fries zu trennen.

Budapest veranstaltet Esperanto-Weltkongreß

dpa, **Budapest**

Die *ungarische Hauptstadt* ist bis zum 6. August Tagungsort des 68. Esperanto-Weltkongresses. 6500 Anhänger der künstlichen „Weltsprache" behandeln in einer Reihe von Veranstaltungen die linguistischen und sozialen Probleme der modernen Kommunikation. Besondere Aufmerksamkeit wird unter anderem den Auswirkungen der Elektronik auf die Massenkommunikation gewidmet.

Leskis Privat-Bibliothek nach Augsburg

dpa, **Augsburg**

Die Augsburger Universitätsbibliothek hat von der Witwe des 1981 gestorbenen österreichischen Altphilologen Albin Leski dessen private, 2000 Bände umfassende Büchersammlung erhalten. Der Wissenschaftler galt als einer der bedeutendsten klassischen Philologen der Gegenwart. Die Universität konnte mit der ihr übergebenen Sammlung bestehende Lücken, vor allem in der griechischen Literatur, schließen.

Autoren protestieren gegen Poesiefestival

dpa, **Mexiko-Stadt**

Mexikanische und ausländische Dichter und Schriftsteller haben gegen das 2. Internationale Poesiefestival protestiert, das vom 24. bis zum 30. Oktober in der mexikanischen Stadt Morelia veranstaltet werden soll. In einem Schreiben hieß es: „Wir wissen alle, daß die Wirtschaftslage des Landes nicht weniger beängstigend ist als im vergangenen Jahr." Damals war das Treffen kurzfristig abgesagt worden, als sich herausstellte, daß Mexiko praktisch zahlungsunfähig und im Ausland mit rund 200 Milliarden Mark verschuldet war.

Ausstellung: „Schiffe, Häfen, Kontinente"

DW. **Stade**

Im Schwedenspeicher-Museum in Stade ist bis zum 18. September die Ausstellung „Schiffe, Häfen, Kontinente" zu sehen. Darin werden Graphiken, Zeichnungen und Gemälde aus dem Kupferstichkabinett der Kunstbibliothek Berlin, die zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz gehört, gezeigt. Die Objekte werden ergänzt durch Schiffsmodelle von der Antike bis zur Gegenwart. Die Ausstellung umfaßt 400 Exponate. Sie wird im Herbst weiter nach Celle, Bonn, Bremerhaven und Berlin wandern.

Skelett eines 6000jährigen Elefanten

AFP, **Besançon**

Das vollständig erhaltene Skelett eines Elefanten ist in einem Steinbruch bei Rougemont im ostfranzösischen Department Doubs gefunden worden. Nach Schätzung von Fachleuten ist das Fossil über 6000 Jahre alt. In dem Gebiet wurden bereits mehrfach Überreste frühzeitlicher Lebewesen gefunden.

Wende im Hößl-Prozeß nichts als ein Bluff?

Ankläger hält Geständnis eines Mithäftlings für falsch

WERNER ZWICK, München

Die „sensationelle Wende" im Münchner Maisfeld-Mordprozeß passierte wie in einem Hollywood-Krimi gegen Ende der Vorstellung, als Staatsanwalt und Verteidiger ihre Plädoyers schon gehalten hatten und der Angeklagte Peter Hößl aufgrund der Indizienkette überführt schien.

Plötzlich meldete sich aus dem Untersuchungsgefängnis München-Stadelheim der 30jährige Mithäftling Hößls, Walter Fink, den „sein Gewissen drückte" und der nicht wollte, „daß ein Unschuldiger für seine Tat bestraft wird".

Die Sensation schien perfekt, die bayerische Justiz wieder einmal blamiert: Nur weil der 43jährige Kaufmann Peter Hößl als junger Mensch einmal drei Morde begangen hat, sollte er für den mysteriösen Mord im Maisfeld an dem 15jährigen Schüler Peter Siegl verantwortlich gemacht werden, meinten die Kritiker.

Der Verteidiger Hößls, Rechtsanwalt Christoph Rückel zeigte sich von der Entwicklung zwei Tage vor dem geplanten Urteilsspruch „angenehm überrascht". Schließlich hatte Hößl den Mord im Maisfeld bis zuletzt geleugnet, obwohl der Verkauf der Tatwaffe an ihn durch Zeugen belegt war und er für die Tatzeit kein Alibi hatte.

Doch Rückel ist nicht Perry Mason, auch wenn er früher einmal in der Kanzlei des bekannten Anwalts Rolf Bossi gearbeitet hat, und Mordprozesse laufen in Deutschland im allgemeinen nicht nach dem Strickmuster eines Fernsehkrimis ab.

So nimmt es kaum Wunder, daß die „sensationelle Wende" sich schon einen Tag nach dem „Geständnis" des „wirklichen Täters" Fink als Seifenblase entpuppte, als bloßer Entlastungsangriff eines Häftlings für seinen Freund, wie Staatsanwalt Jürgen Hanreich aufgrund erster Ermittlungen unschwer nachweisen konnte.

Fink wurde am Mordtag, dem 26. August 1982, nämlich in Bayreuth gesehen und machte zur Tatzeit sogar einen Behördengang, wie Hanreich gestern herausfand. Fink habe Hößl schon als Häftling in der Justizvollzugsanstalt Straubing gekannt und sei ihm in München-Stadelheim wieder begegnet. Beide wurden dort sogar Zellennachbarn.

Ob Hößl seinen Freund erst in Stadelheim überredet hat, ihn auf so dramatische Weise aus der Schußlinie zu holen, oder ob der Entlastungszeuge von sich aus den Freund retten wollte, konnte bislang nicht geklärt werden.

Fink soll aber noch vor der Urteilsverkündung, die für heute terminiert worden ist, auf jeden Fall vom Gericht angehört werden. Danach will Hanreich dann Zeugen präsentieren, die das sensationelle „Geständnis Finks widerlegen sollen.

Der Staatsanwalt ist nach wie vor überzeugt, daß nur Hößl die Tat verübt haben kann, da er sowohl die Tatwaffe und die Zeit hatte, sie auszuführen. Schon in seinem Plädoyer hatte Hanreich ausgeführt, daß der Mord an dem Schüler „typisch" für Hößl war, der auch seine ersten drei Opfer ohne Grund erschossen hatte.

Während des ganzen Prozesses hatte Hößl keine Gelegenheit ausgelassen, seine angebliche Unschuld durch Infragestellen sämtlicher Indizien zu beweisen. Er ließ selbst dann nicht davon ab, als sich seine Einlassungen als unlogisch, ja neben der Sache liegend erwiesen. So behauptete er immer wieder, die Strecke von seinem Arbeitsplatz bis zum Tatort hätte er nur mit einem Rennrad in eineinhalb Stunden in beiden Richtungen bewältigen können, nicht aber mit seinem normalen Drahtesel. Das widerlegte ihm die Polizei. Den Eltern des Opfers gegenüber zeigte er keinerlei Mitgefühl. Dabei hatten selbst unbeteiligte Prozeßbeobachter Mühe, ihr Mitgefühl mit den schwergetroffenen Eltern zurückzuhalten. Ihre Aussagen waren wiederholt von Weinkrämpfen unterbrochen worden.

Schon Ungeborene reagieren auf Pop, Rock und Mozart

SAD, New York

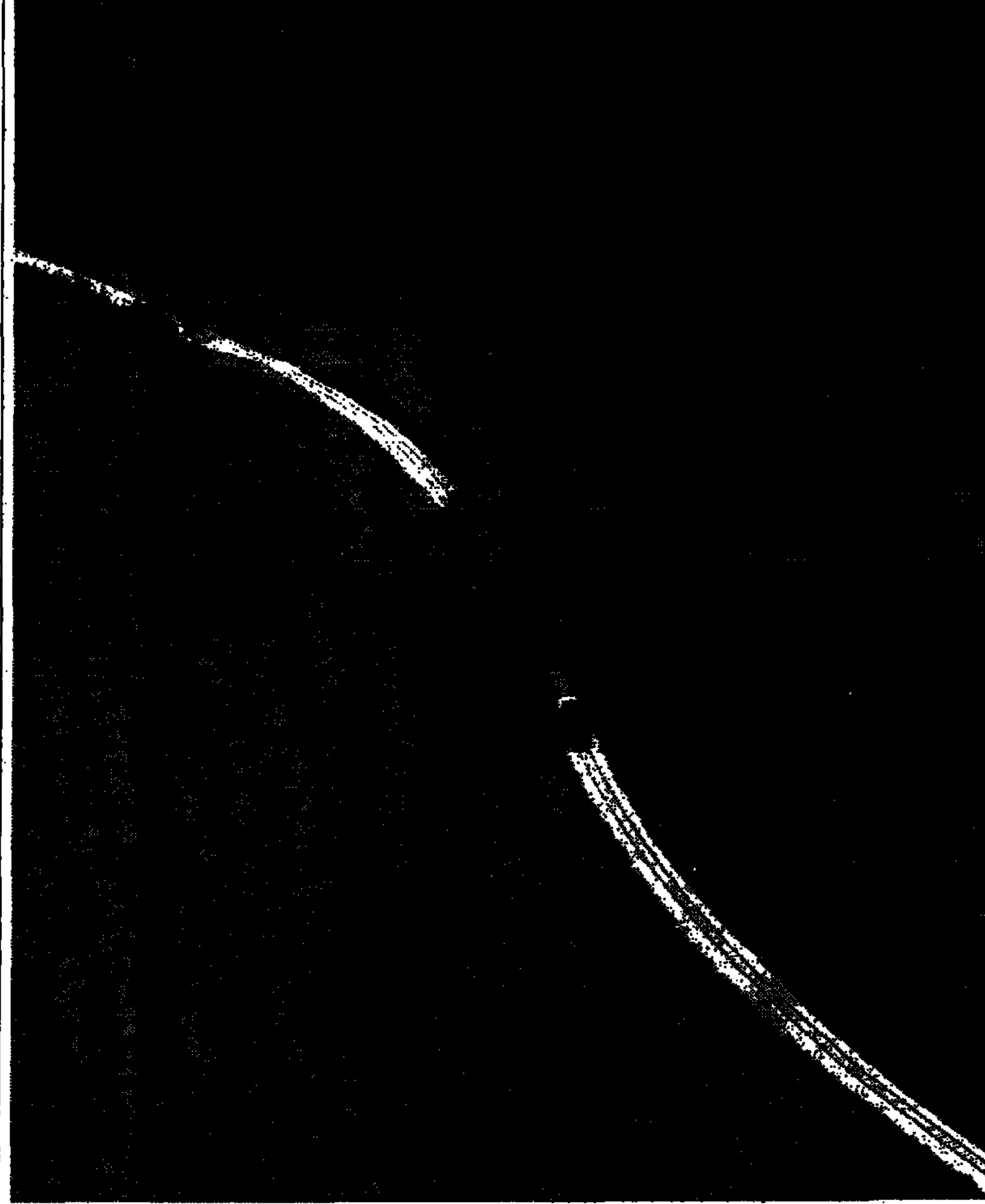
Ungeborene Babys treiben bereits regelmäßig Gymnastik im Mutterleib. Sie hören lieber Mozart als Rock, und wenn auf den Leib der Mutter ein Lichtstrahl gelenkt wird, drehen sie neugierig den Kopf. Sie kennen die Stimme ihrer Mutter bereits vor der Geburt.

Diese Erkenntnisse haben amerikanische Forscher durch Experimente mit ungeborenen und gerade zur Welt gekommennen Babys gewonnen. Ihr Fazit: Ungeborene Kinder sind viel aktiver als man bisher glaubte und nehmen an Geschehnissen in der Außenwelt lebhaften Anteil.

„Wenn man außerhalb des Mutterleibes eine Rassel schüttelt oder eine Lichtquelle auf die Bauchwand der Mutter richtet, dreht das ungeborene Kind seinen Kopf in die Richtung des Geräusches oder des Lichtes", berichtet Professor Barry Lester von der medizinischen Fakultät der Harvard-Universität. Der britische Professor Michele Clements hat festgestellt, daß bereits 16 Wochen alte Föten auf Rock-Musik mit wütendem Strampeln reagieren, sich bei Mozart-Kompositionen aber friedlich und ruhig verhalten.

Mediziner der University of North Carolina fanden heraus, daß Babys schon kurz nach der Geburt die Stimme ihrer Mutter erkennen und von den Stimmen anderer Personen unterscheiden können. Sie steckten drei Tage alten Kindern Schnuller in den Mund. Durch schnellere oder langsamere Saug- und Schluckbewegungen konnten die Kinder zwei Tonbandgeräte in Gang setzen. Ein Gerät enthielt ein Band mit einer Aufnahme der Stimme der Mutter, das andere ein Band mit der Stimme einer fremden Frau. Innerhalb von zwanzig Minuten lernten die Neugeborenen, das Tonband mit der Stimme der Mutter anzuschalten.

Daß ungeborene Kinder bereits Gymnastik treiben, wurde bei Versuchen in San Diego festgestellt. Sie wickeln in regelmäßigen Abständen ein Bewegungsprogramm ab, bei dem sie in immer gleicher Reihenfolge Arme und Beine bewegen, sich krümmen, ausstrecken und im Mutterleib drehen.



Schlangenlinie

Fotografiert auf der Schwäbischen Alb von Manfred Grohe. Luftbild, freigegeben unter Nr. 42/3346

„Meerjungfrau" in der Südsee fotografiert

SAD, London

Ein amerikanischer Anthropologe glaubt, in der Südsee eine „Meerfrau" fotografiert zu haben. Die mit Teleobjektiv gemachten Aufnahmen werden jetzt in Texas analysiert. Wie der Londoner „Daily Express" gestern aus New York meldete, hat Roy Wagner, Leiter der anthropologischen Abteilung an der Universität Virginia, deutlich die für Nixen typische gespaltene Schwanzflosse erkannt. „Den Oberkörper konnte ich nicht sehen, weil das Wesen zu schnell immer wieder untertauchte", berichtete er. „Aber die Eingeborenen sagen, die Kreatur habe einen Menschen-Oberkörper, manche männlich und manche weiblich." Wagner unternahm die Expedition nach Neuirland, der zweitgrößten Insel im Bismarck-Archipel, zusammen mit einem Kollegen. Die seejungfrauähnlichen Geschöpfe beobachteten sie eine Stunde lang in der Elisabethbucht an der Südostküste von Neuirland. „Es tauchte immer wieder auf, offenbar um Luft zu holen, und tauchte dann wieder, wahrscheinlich, um am Meeresboden Nahrung aufzunehmen." Unter den Eingeborenen tobt angeblich ein Streit um die Frage, ob es an Menschenfresserei grenze, die Meeresgeschöpfe zu verzehren.

Söhne gaben Eltern-Mord zu

AP, Ludwigsburg

Die beiden Söhne des amerikanischen Ehepaars, das in der Army-Wohnsiedlung Pattonville im württembergischen Remseck-Aldingen (Kreis Ludwigsburg) ermordet aufgefunden wurde, haben die Tat zugegeben. Die 14 und 17 Jahre alten Söhne des Ehepaars waren am Vortag am Chiemsee festgenommen worden. Die Leichen des 39jährigen Hauptfeldwebels und seiner 37jährigen Frau waren am Montag in einem Abstellraum im Keller eines Wohnblocks der Siedlung, in Seesäcke gehüllt, entdeckt worden. Das Motiv der Tat soll das schlechte Verhältnis zwischen Eltern und Kinder, sowie der Wunsch der Jungen nach Geld gewesen sein, um unabhängig leben zu können".

Mitterrands Reaktion

AFP, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat gestern die Entschlossenheit des Staates bekräftigt, den öffentlichen Frieden zu gewährleisten und das Verbrechertum entschieden zu bekämpfen. Zugleich kündigte er vermehrte Kontrollen an den Landesgrenzen und verschärfte Verfolgung von illegalem Waffenbesitz an. Die Regierung reagierte damit auf eine Welle von Gewalt, bei der in den vergangenen Wochen Kinder und Erwachsene erschossen oder verletzt wurden.

Skeptische Chinesen

AP, Bern

Käse ist in China praktisch unbekannt. Sehr interessiert zeigte sich daher eine Delegation von fünf chinesischen Wissenschaftlern, die sich auf Einladung der Schweizerischen Käseunion in einer Emmentaler Käserei in die Geheimnisse der Käseproduktion einweihen ließ. Die Besucher aus der Volksrepublik China ließen sich dabei nur schwer davon überzeugen, daß die großen Löcher im Emmentaler ein Qualitätszeichen und nicht ein Versagen des Käsers darstellen.

Schneefall in Bayern

dpa, München

Nach schweren Unwettern und einem Temperatursturz um 20 Grad hat es gestern in Bayern oberhalb von 1600 Metern kräftig geschneit. In Höhen von 2000 Metern blieb der Schnee liegen und verwandelte Bergspitzen und hochgelegene Hänge in weiße Winterlandschaften. Nach Angaben des Münchner Wetteramts fielen auf der 2963 Meter hohen Zugspitze seit Dienstag zehn Zentimeter Schnee. Dort wurden gestern minus fünf Grad gemessen.

Dürre in Senegal

AP, Dakar

Der in dem westafrikanischen Staat Senegal herrschenden Dürre sind nach Mitteilung der Regierung seit Anfang Juni bereits 160 000 Haustiere zum Opfer gefallen. Weitere 1,2 Millionen Tiere seien vom Verhungern oder Verdursten bedroht. Im Zuge eines Hilfsprogrammes wurden zunächst 10 000 Tonnen Futtermittel an die Bauern verteilt.

Explosive Funde

AP, Hannover

Der niedersächsische Kampfmittelbeseitigungsdienst hat 1982 rund 72 400 Granaten aller Kaliber, 127 Bomben aller Größen, neun Seeminen, einen Torpedo, eine Wasserbombe und eine Sprengboje sowie über 1000 Minen, 1700 Panzerfäuste und unter anderem rund sechs Tonnen Infanteriemunition geborgen. Die Kampfmittel stammten überwiegend aus dem Zweiten Weltkrieg und wurden vor allem in den Industriezentren und bei ehemaligen Munitionsdepots gefunden.

Das böse Erwachen nach einer Analyse: Auch in Hamburg nimmt der Baumtod zu

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

In Hamburg wurde jetzt die Ursache des Waldsterbens einwandfrei nachgewiesen: Der saure Regen – in Verbindung mit anderen Faktoren – ist schuld am Tod der Bäume. Im Auftrag der Umweltbehörde in der Hansestadt haben die Göttinger Professoren Bernhard Ullrich und Alois Hüttermann den Hamburger Wald auf Herz und Nieren untersucht. 1981 begannen die ersten Schritte eines Bodenanalyseprogrammes, das Zustand und Zusammensetzung der Waldböden und ihre qualitative Entwicklung erforschen sollte. Hinzu kamen chemische und biochemische Untersuchungen von Fichtennadeln und deren Dichte, Messungen von Jahresringen der Bäume, eine „biologische Umweltkontrolle der Wald-Ökosysteme" sowie Infrarot-Bilder aus der Luft, die Aufschlüsse über das Ausmaß der Schäden am Wald liefern.

Beispielhaft für ganz Deutschland wird in Hamburg das Bodenanalyseprogramm mindestens über die nächsten fünf Jahre weiterlaufen. Damit soll eine langfristige Bestandsaufnahme der Waldschäden geschaffen werden, um Aussagen über Trends und Zukunftsaussichten machen zu können. Vergleichbare Bestandsaufnahmen sollen nun auch in Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen folgen.

Ökosysteme verändert

Bei der Untersuchung der Hamburger Waldböden ergab sich, daß auf 92 Prozent aller untersuchten Standorte schon bald mit einer erheblichen Gefährdung des Waldes zu rechnen ist. Eine fortschreitende Versauerung des Bodens habe alle früheren Güteklassierungen überholt. Die Qualität des Waldbodens sei durchgehend schlecht. Der fortschreitenden Versauerung des Bodens folgt die Veränderung der Ökosysteme, die auch dem Baum das Leben ermöglichen. So ziehen sich aus dem sauren Milieu zum Beispiel die Regenwürmer zurück; Zahl und Form der Artenzusammensetzung von Lebewesen ändert sich, die sogenannte Zersetzerkette, die die Nährstoffe in der Erde verarbeitet, wird unterbrochen.

Die Untersuchung der Benadelungsdichte an den Bäumen ergab, daß in Hamburg auf 60 Prozent der untersuchten Flächen die Fichtenbestände stark gefährdet sind, zehn Prozent der Gebiete tragen Hinweise auf Gefährdungen. Nach den chemischen Analysen fand man auf 40 Prozent der Flächen eine starke Belastung der Nadeln durch Schwefelverbindungen aus Immissionen.

An 100 Probebäumen haben die Wissenschaftler auch die Jahresringe und ihre Entwicklung nachgemessen. Das Ergebnis: Selbst in den unbelasteten Hamburger Gebieten haben sich die Bäume seit Mitte der fünfziger Jahre dem abnehmenden Wachstum anderer Gebiete angepaßt. Je nach Windrichtung ist der Wald in der Hansestadt Schadstoffen ausgesetzt, die auch aus Großbritannien oder den Benelux-Ländern kommen können.

Die Begehung der Wälder für eine optische Waldschadensaufnahme brachte bereits von 1982 auf 1983 eine rapide Verschlechterung. Inzwischen ist jede vierte Kiefer und jede achte Fichte schwer krank.

Noch finsterer sahen die Ergebnisse von Infrarotaufnahmen aus, die aus der Luft von zwei Hamburger Waldgebieten gemacht wurden, die aber wegen des starken Nadelbaum-Bestandes in diesen Wäldern nicht repräsentativ sind. Das Verfahren läuft so ab: Das Blattgrün (Chlorophyll) in Blättern und Nadeln speichert Sonnenwärme und gibt wiederum Wärmestrahlen ab. Die empfindlichen Infrarotfilme können diese Strahlen, je nach Intensität, in Farben umsetzen. Schäden können so per Aufnahme festgestellt werden, bevor sie das Auge sieht.

Schäden seit Jahren

Dabei ist das jetzige Krankheitsbild das Ergebnis eines 30jährigen Schädigungsprozesses. Vor Jahren habe man, so die Wissenschaftler, die Gefahren nicht gesehen, weil mit den Schadstoffen auch Nährstoffe in die Luft gerieten, die die Wälder zunächst gedüngt hätten.

Ozonschäden hingegen, aus der Verbindung von Stickoxiden, Kohlenwasserstoffen und starkem Sonnenlicht, wurden weder für Hamburg noch für die Lüneburger Heide nachgewiesen.

Das Fazit der bisher vorliegenden Ergebnisse zieht der Hamburger Forstrat Rainer Wujciak: „Bisher haben wir geglaubt, daß vor allem die süddeutschen Wälder gelitten haben, in denen die ‚Diva Tanne' besonders stark vertreten ist. Nun müssen wir feststellen, daß auch im Norden nicht nur Fichte und Kiefer, sondern auch die Laubbäume schon krank sind."

Zur sofortigen Schadensmilderung hat Hamburg seit 1981 eineinhalb Millionen Mark ausgegeben. Hinzu kommen Millionenbeträge für die Sanierung der Hamburger Luftbelastung aus Industrieunternehmen und Kraftwerken.

Schweden: Anruf genügt, und jeder Bürger wird zum „gläsernen Menschen"

dpa, Stockholm

Der schwedische Bürger Edmund Rapaport hat am 22. April 1983 mit seinem BMW 520, Kennzeichen JJR 424, in Stockholm falsch geparkt, dafür ein Protokoll über 200 Kronen (66 Mark) bekommen und auch bezahlt. Das braucht normalerweise keinen anderen als den Bürger Rapaport selbst zu interessieren. 200 000 Leser der Zeitung „Svenska Dagbladet" haben an diesem Beispiel jetzt Aufklärung darüber erhalten, wie leicht alles, was in unzähligen behördlichen Registern über jeden Schweden gespeichert wird, zu erfahren ist.

Der Schlüssel zur vollständigen Durchleuchtung des Bürgers Rapaport war seine zehnstellige Personennummer 230910-0658. Die Reporter des Blattes verschafften sich damit Zugang zu 14 Datenbanken – vom Amtsgericht Stockholm, über das Finanzamt, den Gerichtsvollzieher und die Versicherungskasse bis zum Amt für Zivilverteidigung. Ein Anruf beim Einwohnerregister der Provinzialverwaltung von Stockholm genügte, um die Personennummer zu erhalten.

Kein Freiraum mehr

Unter der Schlagzeile „Edmund Rapaport – Hier hast Du Dein Leben" erfuhren die Leser unter anderem folgendes über ihren nunmehr prominenten Mitbürger: Zweifacher Witwer mit fünf Kindern, keine registrierten Waffen im Hause, geboren am 10. September 1923 im heute sowjetischen Lemberg, bekannte sich 1946 zum mosaischen Glauben, danach nicht getauft und nicht konfirmiert, seit dem 20. November 1953 schwedischer Bürger, nicht mehr wehrpflichtig, ist bereits sechsmal im Großraum Stockholm umgezogen, verdient derzeit 17 090 Kronen im Monat (5640 Mark), hat 1981 eine Steuerrückzahlung von 5562 Kronen (damals 2558 Mark) erhalten, besitzt einen Führerschein, der am 7. März 1984 ungültig wird, war in den vergangenen Jahren weder in kriminelle Taten verwickelt noch hat er vor Gericht gestanden.

Edmund Rapaport ist Chef des Statistischen Zentralbüros, einer Behörde, die mehr als 150 Datenbänke „füttert" und verwaltet. Sie speichert zum Beispiel Angaben über 13 000 Schweden, die beim Alkoholkonsum ein auffälliges Verhalten zeigen, 19 000 Jugendliche, die lernen sollen, ihre kriminelle Energie in Wohnheimen zu zügeln, 40 000 Kinder, die wegen vermuteter Erziehungsunfähigkeit ihrer Eltern oder weil sie tatsächlich Mißhandlungen ausgesetzt waren, behördlichem Schutz unterstehen, 78 000 Familien, die Sozialhilfe erhalten.

Doch damit nicht genug. In Rapaports Behörde wurden jetzt Pläne entwickelt, alle Register zusammenzuschalten, die den Staat mit persönlichen Daten seiner Bürger versorgen. Damit soll die alle fünf Jahre stattfindende Volks- und Wohnungszählung überflüssig werden.

In der Superdatenbank sollen unter anderem eingehen: Die bei der Polizei und den Kirchengemeinden geführten Einwohnerregister, die Wohnungsregister mit Daten über die Wohnungsbesteuerung, die Unternehmens- und Arbeitsstättenregister, die Kraftfahrzeugregister, die Daten über die Vermögens- und Einkommensverhältnisse jedes Schweden, die ihrerseits mit den Datenbänken des Reichssteueramtes und der Gerichtsvollzieher gekoppelt werden können, die Arbeitgeberdaten über Beschäftigte und deren Verdienste.

Denn, so die Argumentation der Behörde, wenn schon die für jeden Einwohner Schwedens obligatorische Personennummer der Schlüssel zu sämtlichen Datenbänken im Lande ist, dann soll sie auch genutzt werden. Doch nun ist zum ersten Mal, wenn auch sehr verhalten, Kritik im Wohlfahrtsstaat gegen die fortschreitende „Verdatung" der Menschen zu hören.

Eigensüchtige Obrigkeit

Bisher galt die Überzeugung, „wer nichts zu verbergen hat, hat auch nichts zu befürchten". Nun wächst das Bewußtsein im Lande, daß die Beschwichtigung der Obrigkeit, alles sei nur zum Besten der Bürger gedacht, möglicherweise zu eigennützig ist.

„Wir haben nicht erkannt, daß die Entwicklung so schnell geht", gab der Chef der staatlichen Dateninspektion, Jan Freese, zu. „Sollte diese Superdatenbank eingeführt werden, wird sie in der westlichen Welt ohne Beispiel sein." In ihrer Tragweite sei sie nicht mit der Datensammlung anläßlich der geplanten und vom Bundesverfassungsgericht suspendierten Volkszählung in der Bundesrepublik zu vergleichen.

Die Gesetzesmaschinerie der Regierung arbeitet: Wenn die 349 Abgeordneten im Oktober zur Herbstsitzung des Reichstages zusammenkommen, soll ihnen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden: 1984 kann dann der „Gläserne Mensch" aus der Taufe gehoben werden.

FRANK OTTE

WETTER: Hochdruckeinfluß

Wetterlage: Ein Keil des Azorenhochs schiebt sich weiter ostwärts vor und drängt ein Schlechtwettergebiet über Süddeutschland und der Osthälfte Deutschlands langsam Richtung Polen ab.



Vorhersage für Donnerstag:

Das gesamte Bundesgebiet: In der Osthälfte anfangs stark bewölkt und gelegentlich noch etwas Regen. Später wie schon in der Westhälfte heiter bis wolkig und trocken. Tageshöchsttemperaturen zwischen 17 Grad im Osten und 23 Grad im Westen. Abkühlung nachts auf 12 bis 9 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden zeitweise wolkig, aber niederschlagsfrei, sonst allgemein heiter und weiter ansteigende Temperaturen.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	28°
Bonn	18°	Kopenh.	18°
Dresden	13°	Las Palmas	24°
Essen	17°	London	18°
Frankfurt	17°	Madrid	24°
Hamburg	17°	Mailand	24°
List/Sylt	16°	Mallorca	26°
München	11°	Moskau	18°
Stuttgart	14°	Nizza	28°
Algier	27°	Oslo	17°
Amsterdam	18°	Paris	17°
Athen	29°	Prag	11°
Barcelona	23°	Rom	26°
Brüssel	17°	Stockholm	21°
Budapest	17°	Tel Aviv	32°
Bukarest	30°	Tunis	31°
Helsinki	26°	Wien	19°
Istanbul	25°	Zürich	13°

*Sonnenaufgang am Freitag: 5.49 Uhr, Untergang: 21.06 Uhr; Mondaufgang: 1.03 Uhr, Untergang: 17.21 Uhr. * in MEZ, zentraler Ort Kassel.



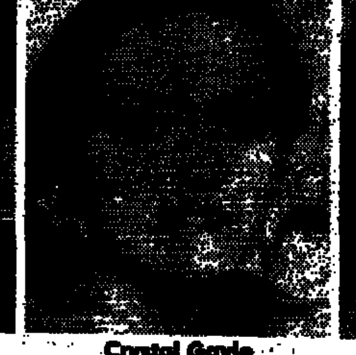






Victoria Principal — Jaclyn Smith — Twiggy — Shari Belafonte-Harper — Karen Allen

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land? Victoria Principal, will jetzt das amerikanische Frauenmagazin „Harper's Bazaar" herausgefunden haben. Den zweiten Platz errang Jaclyn Smith aus der Serie „Drei Engel für Charlie". Dritte wurde Ex-Schlankheitsstar Twiggy; vierte Shari Belafonte, Tochter von Harry, fünfte die Filmschauspielerin Karen Allen. Platz 6 errang die 50jährige Joan Collins.


Joan Collins — Jennifer Beals — Rachel Ward — Crystal Gayle — Jane Seymour

ZU GUTER LETZT

Die Öffentlichkeit ist zunehmend beunruhigt, daß die Zahnärzte abseits stehen, während das Kiefernsterben weitergeht ... Volkesstimme, gestern aufgeschnappt in der Hamburger U-Bahn, Linie 2.

